

CUBA LIBRE

1/94

SDM

diesmal:

- ★ **Interview mit Hans Modrow**
- ★ **Westeuropäische Solikonferenz**
- ★ **Indigena-Aufstand in Chiapas**

Tel 030 / 693 40 29
D-1000 Berlin 61
Gneisenaustr. 2
im Mehringhof

Chile Lateinamerika
Dokumentationszentrum
Forschungs- und



1994 - Jahr der
Solidarität mit Cuba



Dieses Bild und das Umschlagbild wurden auf der bundesweiten Cuba-Solidemo
am 16. Oktober 1993 in Bonn aufgenommen

Liebe LeserInnen,

Bedauerlicherweise haben an dieser Ausgabe der Cuba libre nur ein Teil der bisherigen Redaktionsmitglieder mitgewirkt. Um wilden Spekulationen und Gerüchten hinsichtlich der Gründe dafür vorzubeugen, möchten wir euch an dieser Stelle über diese Entwicklung in aller Offenheit informieren.

Auf der Bundesvorstandssitzung am 5.2.94 in Köln wurde, entsprechend dem Arbeitsauftrag der BDK, ein Redaktionsstatut beschlossen. Der Beschluß ist gültig, er wurde mit absoluter Mehrheit aller Vorstandsmitglieder gefaßt. Das Redaktionsstatut beinhaltet die Durchführung einer Schlußredaktionssitzung an der sich Redaktions- und Vorstandsmitglieder beteiligen können. Der Termin für diese Schlußredaktion für die Ausgabe 1/94 wurde am 5.2. für den 26.2.94 beschlossen. Als Ort wurde zunächst Frankfurt wegen der zentralen Lage ins Auge gefaßt.

Auf der Redaktionssitzung am 12.2.94 in Hamburg wurde die Redaktion über die Beschlüsse des Vorstandes und den Termin der Schlußredaktion informiert. Eine Mehrheit der anwesenden Redaktionsmitglieder akzeptierte die gefaßten Beschlüsse nicht, und wollte „weiterarbeiten wie bisher“. Die Nicht-Teilnahme an der Sitzung am 26.2. wurde von diesen Redaktionsmitgliedern prinzipiell und nicht aufgrund von Termenschwierigkeiten angekündigt.

Gleichwohl bleiben natürlich die Vorstandsbeschlüsse bindend. Da die Mehrheit der Redaktion in und um

Hamburg wohnt, wurde aber der Ort für die Schlußredaktion nach Hamburg verlegt, um gerade ihnen leichter Möglichkeiten einer Teilnahme anzubieten. ★

Leider wurde dieses Angebot zu einer offenen Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Cuba libre Redaktion hinsichtlich der nächsten vorliegenden Ausgabe der Zeitschrift dennoch ausgeschlagen, kein einziges der besagten Redaktionsmitglieder war erschienen, Artikel hatten sie ebenfalls keine zu dem Termin eingebracht.

Wir möchten unsererseits betonen, daß wir an keinerlei Ausgrenzungen innerhalb der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba interessiert sind, sondern es im Gegenteil sehr bedauern, daß es bei einigen RedakteurInnen zu so einer Verweigerungshaltung gekommen ist, daß Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz wie Bundesvorstandsbeschlüsse ignoriert werden. Wir haben die Hoffnung nicht aufgegeben, daß, gerade angesichts der zuspitzten, schwierigen Situation in Cuba, alle in der FG vertretenen Strömungen wieder zusammenfinden in der gemeinsamen Solidaritätsarbeit und den Arbeitsauftrag, den sich die europäische Solidaritätsbewegung auf ihrem Treffen in Havanna im Dezember 1993 gegeben hat, 1994 zum Jahr der internationalen Solidarität mit Cuba zu machen, auch in der BRD umzusetzen beginnen.

Mit solidarischen Grüßen

Gabi Ströhlein
Vorsitzende

Marianne Schweinesbein
stellv. Vorsitzende

Redaktionsstatut

Beschluß des Bundesvorstandes der FG BRD-Kuba e. V. bei der Sitzung am 5.2.1994 in Bonn

1. Herausgeber der Cuba Libre ist „der Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V.“. Es kann also - entgegen anderslautenden Gerüchten - keine „unabhängige“ Redaktion geben.
2. Die CL-Redaktion hat sich in ihrer Arbeit den Zielen des Vereins laut Plattform und Satzung, sowie den Beschlüssen des höchsten Vereinsorgans BDK unterzuordnen.
3. Der Bundesvorstand ist nicht nur Herausgeber der CL sondern zwischen den BDKs auch das höchste Gremium der FG. Er hat somit die Verantwortung, „... alle Aufgaben durchzuführen, die sich aus der Satzung und den Beschlüssen der BDK ergeben.“ (Satzung, PAR 11 e/b)
4. Seit geraumer Zeit gibt es innerhalb des Vereins (Basis und Vorstand) heftige Debatten um einzelne Artikel bzw. die Gesamttendenz der CL. Entgegen den in der Plattform formulierten Zielen wie „... Diffamierungen und Angriffe gegen Cuba zurückzuweisen, ... für eine breite Solidarität mit Cuba in der Bundesrepublik Deutschland ... zu wirken ...“ usw. werden immer öfter Beiträge veröffentlicht, die das Gegenteil bewirken.
5. Die CL „gehört“ nicht einer kleinen Gruppe von Menschen, sondern soll das Sprachrohr der gesamten FG sein.
6. Infolgedessen hat der Bundesvorstand gemäß seinen Aufgaben (siehe Punkt 3) auch eine Kontrollfunktion gegenüber der CL-Redaktion.
7. In gemeinsamer Sitzung von Redaktion und Bundesvorstand werden von den vorliegenden Artikeln diejenigen ausgewählt, die in der anstehenden Cuba Libre erscheinen werden. Besteht Uneinigkeit über die Veröffentlichung von Texten, entscheidet die einfache Mehrheit der anwesenden BV-Mitglieder über die Veröffentlichung.



1994 - Jahr der Solidarität mit Cuba

- Westeuropa-Konferenz**
ein Bericht aus Cuba Seite 6
- Erklärungen WEK**
Forderungen der Solidaritätsgruppen Seite 8
- Fidel Castro in Havanna**
Zur aktuellen Lage Seite 10
- Cubas Lage**
Statistik zur wirtschaftlichen Entwicklung Seite 13
- 4. Bundestreffen**
vom 21.-23.1.94 in Berlin Seite 14
- Brief der Botschaft**
an die DelegiertInnen des Bundestreffens Seite 18
- Resolution zu Irmgard Möller** Seite 19

Lateinamerika

- Pastores for Peace**
Artikel aus dem Neuen Deutschland (ND) Seite 19
Solidaritätserklärung Seite 19
Rede von Lüko Willms in Frankfurt Seite 20
Botschaft an den US-Präsidenten Seite 22
- Chiapas**
Die „perfekteste“ Diktatur Lateinamerikas am Ende? Seite 23
Chronik der Ereignisse Seite 28
Stellungnahme der FIPI Seite 31
- Internationalismuskongress**
in Frankfurt am Main Seite 32
- Beitrag von Shafik J. Hándal**
auf dem Frankfurter Kongress Seite 34

O - Ton

- Interview mit Roberto Robaina**
„...die Füße auf die Erde...“ Seite 39
- Energieversorgung**
Interview aus dem ND mit E. Mainegra, 1.2.94 Seite 41
- Interview mit Hans Modrow**
vom 14.12.93 Seite 32



Information

20 Jahre Freundschaftsgesellschaft	Seite 45
Buchbesprechung: Odranoel	Seite 46
Abschied von Alfredo L. Alvarez	Seite 47
ASTA Trier Cuba Woche vom 2.-5.Mai	Seite 47
Ricardo Alarcon Präsident der Nationalversammlung zu Gast in der BRD	Seite 48
Leserbriefe & Meinungen	Seite 49
Glas statt Weißblech Unterstützungsaufruf	Seite 53
Kurze Tagesnachrichten	Seite 54
Aus der FG: Brief an alle Mitglieder	Seite 56
Stellungnahmen zu dem Brief an die Mitglieder und Cuba Libre AbonentInnen eines Teils der Redaktion	Seite 57

Solidaritätsprojekte

Besuch im Asthmazentrum	Seite 61
Die José-Martí-Brigade	Seite 62
Soliflugzeug	Seite 64
Busse für Cuba	Seite 66
Eisenbahn	Seite 66

Herausgeber:

Vorstand der
Freundschaftsgesellschaft BRD – Cuba e.V.
in Zusammenarbeit mit der Freundschaftsge-
sellschaft Berlin - Cuba, Theodor Heuss- Ring
26; 50668 Köln, Tel.: 0221 / 13 18 36

Konten:

Bank für Gemeinwirtschaft Bonn,
BLZ 380 101 11
Kto.- Nr.: 120 299 990 0

Postgiro Köln,
BLZ 370 100 0

Kto-Nr: 30 79 84-507

Redaktion: Heinz W. Hammer, Harry Hoppe,
Stelios Pavlidis, Manfred Sill, Marianne
Schweinesbein, Gabi Ströhlein,
Visdp: M. Schweinesbein

Druck: Drucktechnik, Zeißstr 66a,
22765 Hamburg, Tel.: 040/ 393 201

Layout; Satz; EBV: schriftbild, Zeißstr. 66a,
22765 Hamburg, fon 040 / 390 06 40

CUBA LIBRE erscheint 4 mal Jahr.
Jahresabo: DM 20.-
Einzelheft DM 5.-

Abo- Preis pro Ausgabe: DM 5, + Porto
Kündigung des Abos bis 6 Wochen vor Jah-
resende bis Jahresende.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Encuentro Europeo de Solidaridad con Cuba

★ **Havanna, 6. - 11. Dezember 1993**

1994: Jahr der Solidarität mit Cuba



Zum ersten Mal fand das jährliche Treffen der europäischen Solidaritätsbewegung mit Cuba nicht in Europa sondern in Cuba selbst statt. Mehr als 270 Delegierte aus 24 Ländern nahmen an den Plenumsitzungen und Arbeitsgruppen teil.

Von morgens 9 Uhr bis in die Abendstunden waren die Tage mit den verschiedenen Programmangeboten ausgefüllt. Die Tagung war überaus arbeitsintensiv, die verschiedenen Arbeitsgruppen, die sich zur Vorbereitung der angeregten Aktionen und zur Erarbeitung der Abschlusserklärung, eines Appells an die Abgeordneten des Europaparlamentes und eines Briefen an den US-Präsidenten trafen, nutzten für ihre Tätigkeit alle nur möglichen Pausen in den Mittags- und Abendstunden. Nebenbei gab es noch allerlei Gelegenheiten zu kleinen Gesprächsrunden, mit VertreterInnen des Gesundheitswesens, der Presse, der Künstler usw.

Hochrangige GesprächspartnernInnen

José Luis Rodríguez, Finanzminister, sprach über die Ziele der cub. Regierung, den Kampf um die Verteidigung der sozialen Errun-

genenschaften zu führen, aber auch darüber, daß Auswege zur Erholung der cub. Wirtschaft gefunden werden müssen. Konzentration auch auf die eigenen wissenschaftlichen Ressourcen ist nötig, z.B. auf den Bereich der Biotechnologie. Er betonte auch die Notwendigkeit einer Öffnung für ausländisches Kapital, z.B. im Tourismussektor, wo jedes 5. Zimmer derzeit „fremdfinanziert“ wird.

Gabriel Molina, Granma internacional, referierte über die Rolle der Presse in Cuba.

Nicanor Leon Cotajo, Peraza, Vizepräsident des MINREX, und **Aguilar**, Centro de Juceplán, nahmen Stellung zu den Problemen der Blockade.

Miriam Almanza, ICAP, berichtete über die große Bedeutung der Spenden, die in Cuba über den materiellen Wert hinaus auch einen großen ideellen Wert darstellen, und über deren Verteilung an

die Stellen, wo größter Bedarf herrscht.

Beiträge von **Abel Prieto**, **Miguel Mejides**, UNEAC-Vorsitzender, und einem Vertreter der Zeitschrift Bohemia beschäftigten sich mit der Rolle von Kunst und Kultur im heutigen Cuba.

„Demokratie und Menschenrechte in Cuba“ standen im Mittelpunkt der Rede von **Ricardo Alarcon**, Parlamentspräsident.

Außenminister **Roberto Robaina**, sowie seine Stellvertreterin **Isabel Allende** stellten ihre Aufgaben dar, die lateinamerikanische Integration zu vertiefen, neue Märkte für cubanische Produkte zu suchen, den politischen Kampf gegen die Blockade zu verstärken.

Vielbeachteter Gast: Lucius Walker, USA

Reverend Lucius Walker, einer der Initiatoren der „Freundschaftskarawane USA-Cuba“, bedankte

sich für die internationale Unterstützung, als im Herbst 1993 nur durch einen mehrtägigen Hungerstreik die Weiterfahrt eines gespendeten Schulbusses über die US-Grenze erzwungen werden konnte. Er stellte die Planungen für eine 3.

des Handelsembargos gegen Cuba zu veranlassen.

Lucius Walker lud VertreterInnen der europäischen Solidaritätsbewegung ein, sich an der 3. Freundschaftskarawane zu beteiligen, um die zunehmende internationale Isolierung der USA in dieser Frage deutlich zu machen. Gleichzeitig können natürlich Nachrichten über den Verlauf und (zu erwartende) Behinderungen der Karawane schnell und direkt nach Europa übermittelt werden.

Verleihung der Freundschaftsmedaille des Staatsrats

Im Rahmen eines Empfangs mit cubanischen Persönlichkeiten und VertreterInnen div. Botschaften wurde die Medaille der Freundschaft an eine Reihe besonders verdienstvoller AktivistInnen der europäischen Cuba-Solidarität verliehen. Aus der BRD wurden die Europaparlamentarierin Dorothee Piermont, sowie der Vorsitzende des Netzwerk Cuba, Heinz W. Hammer ausgezeichnet.

Excursionen

Im Rahmen des offiziellen Programms wurden auch Excursionen in das Zentrum für Biotechnologie, das Krankenhaus „Hermanos

Almeira“, zu den Kindern von Tschernobyl und in das Campamento „Julio A. Mella“ veranstaltet. Auch dabei ergaben sich zahlreiche Gespräche und Diskussionen und vielfältige Eindrücke.

So erfuhren wir, daß in den letzten Jahren 12.000 strahlengeschädigte Kinder und 2000 erwachsene Begleitpersonen in Cuba Behandlung und Erholung fanden. 3% der Kinder haben oder hatten Krebserkrankungen. Zahlreiche andere Krankheitsbilder sind ebenfalls auf Strahlenschäden zurückzuführen. Die Kinder bleiben in der Regel etwa zwei Monate in Cuba und werden erst nach Hause gebracht, wenn mittels eines erfolgversprechenden Behandlungsplanes erste entscheidende gesundheitliche Fortschritte erzielt worden sind. Cuba führt diese internationalistische Hilfe immer noch weiter, obwohl es aufgrund der Blockade selbst unter immensen Beeinträchtigungen leidet. Gerade Medikamente gegen Krebs, bzw. Grundstoffe dafür, müssen oft teuer eingekauft werden.

Fidel auf dem Kongreß

Am letzten Tag schließlich erschien unter gewaltigen Beifallstürmen Fidel Castro selbst auf dem Podium, agil, humorvoll und sehr interessiert an einem kurzen Bericht über den Verlauf des Europatreffens. Anschließend hielt er eine etwa einstündige Rede, die demnächst in deutscher Sprache erscheinen wird.

msw



Freundschaftskarawane vor, die im Februar/März 1994 auf 13 verschiedenen Routen durch die USA ziehen sollte, um den Kampf gegen die Blockade und das Torricelli-Gesetz zu verstärken. Denn die Solidaritätskräfte in den USA haben es sich zur Hauptaufgabe gemacht, die US-Regierung zur Beendigung

Beschlüsse

Allgemeine Zustimmung fanden folgende Planungen:

- ★ 1994 soll ein „Jahr der Cubasolidarität“ werden,
- ★ Eine europaweite Aktion „Schiff für Cuba“ soll durchgeführt werden,
- ★ Der 10. Oktober wird weltweit zum Aktionstag,
- ★ Vom 21. - 23. November findet in Cuba ein Weltkongreß der Solidarität statt,
- ★ Das nächste Jahrestreffen der europäischen Cubasolidarität findet im Herbst 1995 in Europa statt.

Westeuropäische Solidaritätsgruppen



Wir fordern:

Wir, 271 Delegierte aus 24 europäischen Ländern, die sich in Havanna, Cuba, vom 6. bis 11. Dezember 1993 getroffen haben, und die Freundschaftsgesellschaften, Komitees, Gruppen und Netzwerke der Freundschaft und der Solidarität mit Kuba repräsentieren, stellen fest, daß diese Bewegung einen außerordentlichen Zuwachs in den letzten drei Jahren gehabt hat. Wir sind im vergangenen Jahr von 46 auf 147 Organisationen angewachsen, die in 216 einzelne Gruppen untergliedert sind, und wir haben eine neue Breite des umfassenden politischen Spektrums der Zusammensetzung erreicht. Außerdem hat die Teilnahme von Reverend Lucius Walker, Koordinator der „Pastoren für den Frieden“ in den USA, eine direkte Kontaktaufnahme mit der Bewegung der Cubasolidarität in den USA ermöglicht.

Seit über 30 Jahren wird Cuba seitens der USA einer skriminellen ökonomischen und politischen, einer illegalen und ungesetzlichen Blockade unterworfen, die noch durch den Zusammenbruch des europäischen sozialistischen Lagers und das Torricelli-Gesetz verschärft wurde. Für die Außenbeziehungen Cubas verletzt dieses Gesetz die grundlegenden Regeln der internationalen Rechte und die Souveränität Cubas sowie aller Völker.

Mit dieser Politik der Unterdrückung strebt die Regierung der USA danach, dem cubanischen Volk ein politisches, soziales und ökonomisches System - den Kapitalismus - aufzuzwingen und es in die sogenannte neue Weltordnung zu integrieren. Weder sucht noch wünscht diese Blockade Veränderungen auf Cuba, sondern die Zerstörung der cubanischen Revolution und der sozialen Errungenschaften.

Dennoch haben, trotz der sehr schweren ökonomischen Situation, die von der Blockade verursacht wird, sowie vom Verschwinden des europäischen sozialistischen Marktes, mehr als 90% der cubanischen Bevölkerung im Februar dieses Jahres in einer freien und geheimen Wahl zugunsten der Politik ihrer Regierung abgestimmt. Damit bekräftigten sie ihren Willen, den sozialistischen Weg weiterzuerfolgen und verteidigten eine Gesellschaft die auf Gerechtigkeit, Gleichheit und menschliche Solidarität basiert.

Die Tatsache, daß wir unser Treffen in diesem Jahr in Cuba durchgeführt haben, bringt unseren Willen zum Ausdruck, vor aller Welt zu zeigen, daß Cuba nicht allein ist. Wir möchten mit diese Akt unsere Solidarität mit Cuba in seinem Kampf um das Überleben angesichts der Aggression, die die Blockade darstellt, verstärkt zum Ausdruck bringen. Unsere Solidarität ist vor allem ein politischer Akt zur Verteidigung der

Rechte des cubanischen Volkes und aller Völker auf ihre Selbstbestimmung und ihre Souveränität. Die materielle Solidarität ist eine Konsequenz aus dieser politischen Solidarität als Erwidern auf die durch die Blockade hervorgerufenen Entbehrungen. Unsere Solidarität ist auch hervorgegangen aus dem internationalistischen Beitrag der cubanischen Revolution, die sie für die Völker der sogenannten Dritten Welt geleistet hat. Die Solidarität kann und darf niemals Bedingungen stellen noch die Prinzipien des Weges vorschreiben, den das cubanische Volk gewählt hat.

Wir rufen alle Völker auf - alle, die gegen den Imperialismus kämpfen, alle, die eine gerechtere und gleichberechtigte Gesellschaft suchen - mit uns gemeinsam aktiv zu werden,

- ★ um das Recht des cubanischen Volkes auf Selbstbestimmung und Souveränität zu verteidigen;
- ★ um gegen die Informationsmanipulation in Bezug auf Cuba und gegen die Informationsblockade zu kämpfen;
- ★ um sich der Bewegung des Kampfes anzuschließen, die aus den Eingeweiden des Monsters selbst, in den USA, entstanden ist, gegen die imperialistische Politik seiner Regierung gegenüber Cuba, und Formen der Zusammenarbeit zu finden, um die Aktionen der Solidarität mit Cuba in beiden Kontinenten zu verstärken.

Wir schließen uns der Entscheidung des „II. Lateinamerikanischen und Karibischen Treffens der Freundschaft und Solidarität mit Cuba“ an, das Jahr 1994 zu einem „Internationalen Jahr der Solidarität mit Cuba“ zu erklären, das am 10. Oktober 1994 in einem „Tag der Mobilisierung“ in den Hauptstädten unserer Länder einen Höhepunkt finden soll.

Wir fordern die Regierung der Vereinigten Staaten auf, mit sofortiger Wirkung und in Übereinstimmung mit der Resolution Nr. 4816 der Vereinten Nationen vom 5. November 1993:

- ★ zur Aufhebung der Blockade gegen Cuba;
- ★ zur Annullierung des Torricelli-Gesetzes;
- ★ zur Auflösung des Seestützpunktes in Guantanamo, auf einem gegen den Willen des cubanischen Volkes illegal besetzten Territorium, der eine Provokation und eine permanente Bedrohung darstellt;
- ★ zur Beendigung der ständigen militärischen Bedrohung gegenüber Cuba;
- ★ zur Aufnahme von Beziehungen zu Cuba auf der Basis der gegenseitigen Souveränität.

Wir rufen die Regierungen und Parlamente der Europäischen Staaten auf:

- ★ die im Europäischen Parlament verabschiedete Resolution vom 12. September 1993 über die Anerkennung Cubas umzusetzen;
- ★ die Einmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten der Länder nicht zuzulassen, die sich in der Anwendung des Torricelli-Gesetzes manifestiert.
- ★ die Regierung der USA mit der Forderung nach sofortiger Beendigung der Blockade gegen Cuba unter Druck zu setzen
- ★ Handelsbeziehungen zu Cuba ohne irgendwelche Vorbedingungen und Einmischung aufzunehmen oder auszubauen.

Wir, die VertreterInnen der Gruppierungen, die sich hier versammelt haben, gehen gestärkt und ermutigt aus diesem Treffen, durch die Kraft und den

Mut des cubanischen Volkes in seinem anti-imperialistischen Kampf. Wir verpflichten uns, im Gedanken- und Erfahrungsaustausch hinsichtlich des weltweiten Treffens der Solidarität mit Cuba 1994 überzeugend deutlich zu machen, daß vor allen Differenzen in unseren Einschätzungen der Realität sowie der möglicher Lösungen, uns eines vereint: Die Gewißheit, daß wir alle gemeinsam die Hoffnung verteidigen und den Sieg erringen können!

Delegationen aus:

Belgien ★ Irland ★ Schweiz ★ Bulgarien ★ Italien ★ Slowakische Republik ★ Bundesrepublik Deutschland ★ Niederlande ★ Spanien ★ Dänemark ★ Norwegen ★ Tschechische Republik ★ Finnland ★ Österreich ★ Ukraine ★ Frankreich ★ Polen ★ Ungarn ★ Griechenland ★ Portugal ★ Zypern ★ Großbritannien

Dringender Aufruf an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments

Die 270 TeilnehmerInnen, die in Havanna vom 6. bis 11.12.93 zusammenkamen und die 24 europäische Länder und 93 Organisationen und Gruppen der Solidarität mit Cuba repräsentieren, fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, ihre jeweiligen Regierungen nachhaltig unter Druck zu setzen, um die Resolution vom 12.9.93, die Cuba betrifft, umzusetzen.

Wir appellieren an Sie:

- ★ daß Sie über Ihre entsprechenden Regierungen Druck auf die Regierung der Vereinigten Staaten ausüben, damit diese die kriminelle Blockade gegen das cubanische Volk aufhebt;
- ★ daß Ihre Länder die Beziehungen zu Cuba normalisieren und sie die Regierung der Vereinigten Staaten auffordern, dasselbe zu tun;
- ★ daß die zwischen Cuba und der DDR abgeschlossenen Verträge seitens der BRD anerkannt werden;
- ★ daß Ihre Länder das Recht des cubanischen Volkes anerkennen, den Weg weiterzugehen, den es vor 34 Jahren eingeschlagen hat, ohne daß ihm Bedingungen irgendwelcher Art auferlegt werden.

Die TeilnehmerInnen des Europäischen Treffens der Solidarität mit Cuba

Havanna, 9. Dezember 1993

Brief an Herrn William Clinton, Präsident der Vereinigten Staaten

Die 270 TeilnehmerInnen, die in Havanna vom 6. bis 11. Dezember zusammenkamen und die 24 europäische Länder und 93 Organisationen und Gruppen der Solidarität mit Cuba repräsentieren, klagen auf das heftigste die Blockade an, die Ihr Land gegen Cuba seit 32 Jahren verhängt hat und die durch das Torricelli-Gesetz noch verschärft wurde.

Dieses Vorgehen ist eine vehemente Verletzung des internationalen Rechts, der Menschenrechte und der Selbstbestimmung Cubas.

Auf diese Art versuchen Sie, das cubanische Volk zu strangulieren und durch Gewalt gefügig zu machen.

Aus diesem Grund fordern wir:

- ★ die sofortige Aufhebung der Blockade gegen das cubanische Volk;
- ★ die Auflösung des Seestützpunktes Guantanamo;
- ★ die Einführung normaler Beziehungen zwischen den beiden Staaten, ohne irgendwelche Bedingungen zu stellen;
- ★ die Anerkennung des Rechtes des cubanischen Volkes, und aller Völker, ihren eigenen Weg zu gehen.

Die TeilnehmerInnen auf dem Europäischen Treffen der Solidarität mit Cuba

Havanna 9. Dezember 1993

„...sondern habe nur eine frustrierende Grippe“



zur aktuellen Lage:



Fidel Castro,
Abschlußrede einer Arbeitssitzung der Provinz Ciudad Habana, 7. November 1993:

Genossinnen und Genossen:

Ich werde meine Stimme, bzw. meine Lautstärke nicht erhöhen, denn es geht mir nicht so gut mit meinem Hals; es ist kein großes Problem, ich bin nicht schwer krank, sondern habe nur eine frustrierende Grippe.

Endlich hat die Beratung der Provinzversammlung der Stadt Havanna stattgefunden, auf die wir alle mit großem Interesse gewartet haben. Wir alle wissen, daß Havanna eine außerordentliche Rolle im Leben des Landes spielt; gerade diese Stadt stellt den schwierigsten und konfliktreichsten Bereich in Bezug auf die Aufgaben der Partei, der Regierung und der Revolution dar.

Trotz aller Dinge über die hier in diesem Saal gesprochen, und einiges auch geschrieben wurde, alles Wahrheiten über die großartige, ehrenvolle und heldenhafte Geschichte Havannas, ist diese Stadt ohne Zweifel der schwierigste Ort für die Revolution. Das sagten wir auch damals, an den Tagen der Wahlen.

Unsere Versammlung, bei der ich das Privileg hatte, von Anfang bis Ende teilnehmen zu können, begann mit Glendas Ansprache über die geleistete Arbeit innerhalb der Speziellen Periode, die die schwierigste ist, seit Beginn der Revolution, und ich muß ehrlich sagen, daß ich von den Ergebnissen der Arbeit, die die Partei unter den heutigen ungünstigen

Bedingungen erreicht hat, beeindruckt bin. Ich werde die Daten nicht wiederholen, es ist nicht notwendig, Ihr habt sie gehört; aber es gibt eine Zahl, die mir auffiel, das ist die Tatsache, daß die Kindersterblichkeit bei 8,9 pro 1.000 Geburten liegt, trotz unserer Probleme innerhalb der Speziellen Periode, in der wir leben.

Die Kindersterblichkeit in Washington dürfte dreimal so hoch sein, verglichen mit der Hauptstadt des sozialistischen Cuba in der Speziellen Periode und das unter den Bedingungen einer Blockade, die sich nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers noch verheerender auswirkt. Das sagt viel aus. (Applaus)

Ich muß sagen, daß unsere Provinzversammlung ein Qualitätsniveau hatte, wie ich es in den vergangenen Revolutionsjahren nicht erlebt habe. Das bedeutet die Spezielle Periode macht uns besser, läßt uns die Dinge vertiefen, macht uns effizienter. Sie gibt uns mehr Verantwortungsbewußtsein, macht uns leistungsfähiger und führt uns besser zum Wesen der Dinge.

Wir haben begonnen das Thema Tourismus auszuwerten, ein so schwieriges, ein so kompliziertes, ein so bedeutsames und ausschlaggebendes Thema. Die Revolution hat nicht so großen Wert auf den Tourismus gelegt und alles was wir auf diesem Gebiet getan haben, war damals



zugunsten des Volkes und zwar ausschließlich. Seitdem wir all die privaten Klubs, all die privaten Strände dem Volk zur Verfügung gestellt haben und Erholungsmöglichkeiten im ganzen Lande anbieten konnten, zum Vergnügen unserer Einwohner, haben wir nicht daran gedacht, Vorstellungen über die Entwicklung eines internationalen Tourismus hier auf Cuba zu entwickeln.

Seit einer gewissen Zeit jedoch, noch vor der Zerstörung des sozialistischen Systems, haben wir die Überzeugung, daß auch der Tourismus eine Ressource darstellt, die genutzt werden sollte. Jedes Land sollte von seinen natürlichen Ressourcen leben und da wir keine großen Energieressourcen zur Verfügung hatten, mußten wir andere Ressourcen, wie z.B. das Meer, die Sonne, die klare Luft, die Schönheit unseres Landes als eine Entwicklungsmöglichkeit nutzen, als Quelle des Reichtums und Wohlstands für unser Volk. Aber man gab dem Tourismus keine so große Gewichtung. Ihr wißt, wie viele Dinge in Angriff genommen wurden, um das Leben unseres Volkes zu verbessern um eine gerechte Gesellschaft aufzubauen, um eine würdevolle Zukunft zu planen.

Neue Umstände zwangen uns, die touristische Arbeit voranzutreiben und zwar mit großem Krafteinsatz. Vielleicht hätten wir etwas früher mit dieser Arbeit beginnen sollen

vielleicht wäre es besser gewesen, etwas früher anzufangen. Wir haben etwas früher mit dem Hotelbau für den internationalen Tourismus begonnen; wenn ich früher sage, dann meine ich ungefähr 10, 12 oder auch 14 Jahre. Wir hätten die in Bezug auf den Tourismus existierenden Vorurteile überwinden können, ihn als eine wichtige ökonomische Ressource sehen können.



Manchmal ist es uns aus der Reinheit unserer Vorstellungen so vorgekommen, als ob der Tourismus uns beflecken würde. Ich glaube wahrlich nicht, daß es eine richtige Einschätzung ist, der Tourismus hätte auch innerhalb der Reinheit unserer Ideen und Vorstellungen entwickelt werden können.

Aufgrund der besonderen Ereignisse, des Zusammenbruchs des sozialistischen Lagers in Europa und der Zerstörung der früheren Sowjetunion, haben wir die veränderten Bedingungen kommen sehen die für unser Land so drastische Folgen gebracht haben. Daher haben wir uns die Entwicklung des internationalen Tourismus als einen vordringlichen Bereich

unserer Planungen vorgenommen, um die Situation, die uns ereilt hat, ertragen zu können, und aus dieser Situation wieder herauszukommen. Es war nicht das einzige Programm, das wir uns vorgenommen hatten, aber es ist ohne Zweifel ein von seinen Perspektiven her sehr erfolgversprechendes.

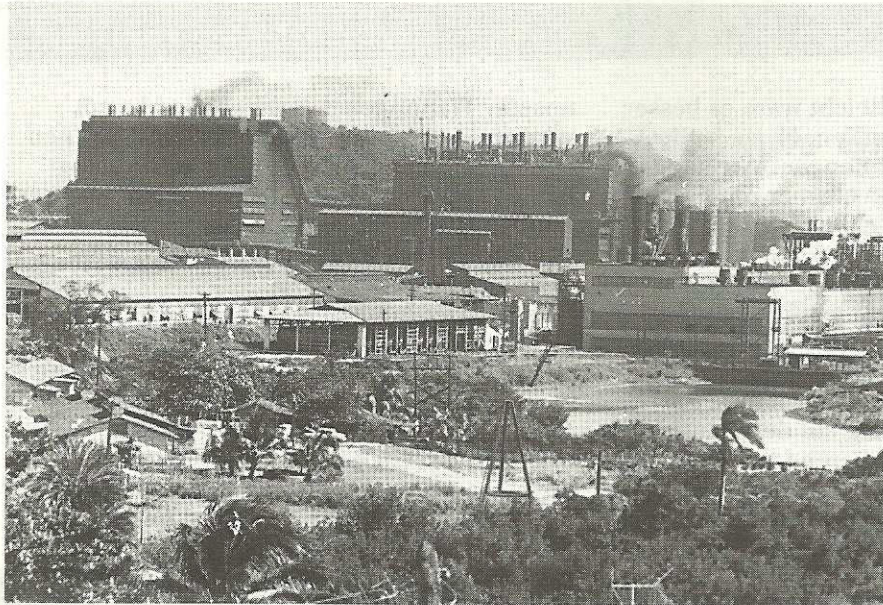
Über dieses Thema sind wir in eine sehr grundlegende Diskussion eingestiegen und es ist mit großer Verantwortung darüber gesprochen worden. Es sind Fehlentwicklungen besprochen worden, man hat Problemlösungen ausgewertet, es ist die Unwissenheit, die bezüglich dieses Themas entstanden war, behandelt worden. Das war logisch, weil wir viele Jahre unerfahren in der Verwaltung von Hotels waren und darin, entsprechende Dienstleistungen anzubieten. Denn der Tourismus, wie er früher hier betrieben worden war, in Verbindung mit Glücksspiel, Drogen und Prostitution, hatte zu einer Ablehnung einer Entwicklung dieses Bereiches geführt. Es war also logisch, daß wir keine Erfahrungen auf dem Gebiet hatten, während andere Länder große Erfahrungen sammelten. Hier stellte man einleuchtenderweise die Notwendigkeit fest, mit dem Ausland zu einer Zusammenarbeit zu kommen.

Diese hatten wir nicht benötigt, und benötigen sie nicht in mancherlei Bereichen. So erreichten wir ein Niveau des Gesundheitswesens, wie kein anderes Land der Dritten Welt, und wir

haben es mit unseren eigenen Kadern erlangt. aufgrund unserer eigenen Erfahrungen.

Es sind unsere Universitäten, die unsere Wissenschaftler und Ärzte ausgebildet haben und es ist unsere Revolution, die neue Konzepte hervorbrachte, und uns zu den großen Erfolgen im Gesundheitswesen führte. Wir brauchten niemanden, der kam, um uns auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zu unterrichten, weil wir seit über 30 Jahren in diesem Bereich arbeiten. Trotzdem aber versäumten wir Gelegenheiten und Möglichkeiten nicht, Kenntnisse aus dem Ausland zu bekommen, Informationen aufzunehmen und alles das anzuwenden, was in der Welt nützlich ist. Denn wenn wir auch sehr viel Ahnung von etwas haben, oder überzeugt sind, von etwas Ahnung zu haben, müssen wir uns auch an die übrige Welt wenden, um die Dinge aufzugreifen, die die menschliche Intelligenz geschaffen hat und die auch für uns von Nutzen sein könnten.

Auf dem Gebiet des Zuckerrohranbaus, der Zuckerrohrernte oder der zuckerrohrverarbeitenden Anlagen, bei der Organisierung von Contingentes (hoch motivierte Arbeitsbrigaden) brauchten wir nicht viele Erfahrungen im Ausland zu suchen, weil die Revolution selber viele Ideen auf diesen Gebieten entwickelte.



Wenn wir außerdem in den militärischen Bereich gehen, so haben wir Erfahrungen gesammelt, uns Wissen angeeignet über Organisation, Versorgung, Nachtrupp, den Einsatz moderner Techniken; aber ehrlich, die Hauptideen, die das Land in Bezug auf die Verteidigung leiten, sind die Ideen, die 1958 entwickelt wurden, als unser Befreiungskrieg begann. Sie entwickelten sich durch die Erfahrungen der vielen Jahre zu den Ideen, die uns heute zur Doktrin des Krieges des ganzen Volkes inspirieren, die ur-cubanisch ist.

Trotzdem haben wir nicht die internationalen Erfahrungen, z.B. der VietnamesInnen, der Sahraudis oder anderer kämpfender Völker in der Welt: es gibt immer etwas vorzutragen und zu lehren. Deshalb müssen wir in großer Bescheidenheit die Erfahrungen anderer einholen, um sie mit unseren zu verknüpfen. Das ist die Einstellung, die wir für alles entwickeln müssen.

Hinsichtlich des Tourismus wurde eindringlich gesprochen über die Bedeutung des Wissens und der Erfahrung, die ausländische Spezialisten beitragen.. Wir sollten uns nicht betroffen fühlen oder gedemütigt; weder unsere Liebe zu Cuba, noch unsere patriotische Veranlagung sollten wir verletzt sehen; im Gegenteil, wir sollten dankbar dafür sein. Es hat sich in der Vergangenheit erwiesen, daß unsere Erfahrungen in diesem Bereich minimal waren, es ist aber ein Feld, auf dem wir schleunigst alles das lernen müssen, was es zu lernen gibt. Es hat sich auch gezeigt, daß wir viel Zeit verloren haben beim Sammeln eigener Erfahrungen, in einem Bereich, der lebensnotwendig ist.

Ich bin der Meinung, daß in und mit dieser Veranstaltung unsere Erkenntnisse über dieses Gebiet bereichert wurden. Ausgehend von der Analyse bezüglich des Ostteils (Entwicklung des Tourismus), bis zur Ansprache des Genossen Osmany. Dieser sprach einige interessante Dinge

an, unter anderem die Vorstellung, daß wir nach den erreichten Erfolgen ca. 10 Millionen Touristen empfangen müßten, damit sich das daraus erzielte Bruttoeinkommen erhöhen könnte auf 10000 bis 15000 Millionen Dollar. Denn die Dollarwährung hat sich zur Vergleichswährung entwickelt, denn es ist fast unmöglich, andere Währungen als Ausgangsmaß zu verwenden, da man manchmal für einen Dollar Tausende von einer anderen Währung braucht, oder Hunderte von einer anderen Währung, um sie gegen einen Dollar einzutauschen.

Man war der Meinung, das könnte in einer kurzen Zeit erreicht werden, auch ich bin davon überzeugt, aber vielleicht wäre es angebracht, zu sagen, daß dies mit dem Wiederaufbau des Landes zusammenhängt, insbesondere mit dem Wiederaufbau und der Entwicklung der ökonomischen Basis.

Der Verlust des sozialistischen Lagers und der UdSSR bedeutete einen sehr starken Schlag, einen Schlag, der bei mir die Frage aufwirft, ob ein anderes Land oder eine andere Revolution diesen je hätte ertragen können, wie wir ihn heute zweifellos ertragen müssen, ich frage mich, ob es Lösungen für eine so unermeßliche Tragödie gibt. Wir müssen all das aufbauen, was wir mit einer Weltkatastrophe verloren haben

Das bedeutet, es müßte wieder das aufgebaut werden, was das sozialistische Weltsystem und die UdSSR für uns bedeutet haben. Denn nur wenn wir uns das zum Ziel setzen, können wir das, was sie ökonomisch für uns bedeutet haben, wieder aufbauen. Ich glaube, daß wir dazu fähig sind, es wieder aufzubauen und zu übertreffen. Damit sollte die Bedeutung, Verantwortung, Ernsthaftigkeit beschrieben sein, die diese Versammlung geprägt haben.

Wenn wir eines Tages all das wieder aufbauen können, wird es uns besser gehen, als zu der Zeit, als wir es noch nicht verloren hatten, denn es wird etwas sein, das sich nicht in anderen Händen befindet, die Lösung wird sich in unseren eigenen Händen befinden.

Ich spreche über einen einzigen Wirtschaftsbereich, den Tourismus, und dessen Entwicklung wird uns nicht korrumpieren, denn es gibt Länder, die ungefähr 40 Millionen Touristen jährlich



empfangen, die eine sehr starke Wirtschaft entwickeln konnten und die ihre nationale Identität nicht verloren haben. Und wenn wir irgendwann in der Lage sind, 10 Millionen Touristen zu empfangen, haben wir nicht unsere Identität und unsere Kultur zu verlieren, sondern werden im Gegenteil Möglichkeiten haben, unsere nationale Identität zu vertiefen, den Einfluß unserer Kultur zu verstärken und, warum sollten wir es nicht aussprechen, auch unseren politischen Einfluß zu vergrößern.

Es ist sehr richtig, wenn gesagt wird, daß diejenigen, die dieses Land besuchen, nicht den Kontakt zu Randbereichen der Gesellschaft haben, wie es häufig der Fall gewesen ist, sondern daß sie die Möglichkeit haben sollen, mit der Masse der Bevölkerung Kontakt zu haben, mit der Mehrheit und den Besten unseres Landes, damit sie sehen und erfahren, was unser Land ist.

Mehr als wir uns darüber Gedanken machen, wie man uns vom Ausland beeinflussen könnte, sollten sich einige im Ausland Gedanken machen, über den großen Einfluß, den wir in der Welt ausüben könnten und ausüben. Und wenn das Vaterland, die Revolution und ihre Errungenschaften überleben, wird unser Einfluß sehr groß sein, denn Hunderte Millionen Menschen in der Welt werden nicht aus dem Staunen kommen, und aufwachen, wenn sie darüber nachdenken, wie ein so kleines Land es geschafft hat, unter einer Blockade und in

Konfrontation mit der größten Macht der Welt, aushalten und überleben zu können. Aus diesem Grund haben wir gesagt, daß das Aushalten, den Sieg in sich trägt, und unser Land könnte, ohne seine Identität zu verlieren, ohne seine Prinzipien zu verlieren, eine in der Welt einzigartige Heldentat vollbracht haben.

Wenn wir sagen: Wir werden den Tourismus entwickeln, dann meinen wir: Wir werden Luft anbieten, Meer anbieten, die Schönheit des Landes anbieten, das bedeutet also, wir werden mit diesen natürlichen Ressourcen Handel treiben. Aber wir werden keinen Handel treiben mit unseren Prinzipien, unseren Idealen, unserer Ehre. Prinzipien, Ideale und Ehre können gestärkt werden, wenn wir in der Lage sind, diesen kolossalen Kampf, in dem wir uns befinden, gewinnen zu können, wenn wir in der Lage sind, zu beweisen daß wir die schwierigen Bedingungen trotzdem überwinden und besiegen können.

Die Reinheit ist nicht in einem Glaskasten zu finden. Nicht die Frau, die in einer Klosterzelle lebt ist rein, sondern die Frau, die durch die Welt geht und rein bleibt. Laßt uns durch die Welt gehen und rein bleiben, denn die Reinheit in einem Glaskasten gibt keinen Sinn. ...



Statistik

Veröffentlicht von Carlos Lage, Granma 30.10.93

Verluste durch die Blockade: in 30 Jahren ca. 40 Milliarden US-Dollar.

Ertrag der Zuckerernte 1993: 4,3 Millionen Tonnen.

Wirtschaftliche Verluste durch den Hurrikan im März 1993: 1 Milliarde US-Dollar.

Weltmarktpreise:

	Nickel	Zuckerrohr
1974:		65,50 US Cents/Pfund
1989:	13,283 US Cents/Tonne	
1992:	6,998 US Cents/Tonne	9,10 US Cents/Pfund
1993:	4,487 US Cents/Tonne	10,41 US Cents/Pfund

(Anmerkung: Zucker und Nickel sind Hauptexportgüter Cubas. Preisverfall im angegebenen Zeitraum bei Nickel um 2/3, bei Zucker um 6/7 !)

Importniveau:

1989:	8139 Millionen Dollar
1992	2236 Millionen Dollar
1993	1700 Millionen Dollar

751 Mio. US\$ mußten **1993** für den Brennstoffimport von 5,7 Mio Tonnen Erdöl verwendet werden.

440 Mio. US\$ für den Import von Grundnahrungsmitteln. Davon

80 Mio für Milchpulverimport von 46.800 t, um die Milch für Kinder vom 1. bis zum 7. Lebensjahr sichern zu können.

Wirtschaftlicher Austausch:

Export:	1990	1993	Import:	1990	1993
Europa:	83%	67%		87%	38%
Lat.Amerika:	7%	14%		7%	47%

Bis 1989 wurden 85% der Export- und Importgeschäfte mit der UdSSR, bzw. dem RGW abgewickelt.

Joint Ventures 1993:

413 JV mit Partnern aus 40 Ländern in Cuba in den Bereichen Tourismus, Zitrusfrüchteindustrie, Zementindustrie, Erdöl (Forschung und Bohrungen auf Risiko des ausländischen Partners).

Landwirtschaft:

74% der Bevölkerung leben in Cuba in den Städten und 26% auf dem Land.

Es bestehen Landwirtschaftlichen Produktionseinheiten in Form von UBPC, Unidad Básica de Producción Cooperativa.

Weiterhin sollen Landwirtschaftseinsätze der städtischen Bevölkerung und der Schulen erfolgen. Diese Einsätze sollen so erfolgen, daß in der Hochsaison der Ernte die meisten Schülerinnen und StudentInnen eingesetzt werden.

Die Schulen auf dem Lande werden weiterbetrieben.

4. Bundestreffen der Cubasolidaritätsgruppen vom 21.-23.1. 1994 in Berlin

„große Schritte nach vorne“



„45 Organisationen aus der gesamten BRD nahmen am 4.bundesweiten Treffen der Cuba-Solidaritätsgruppen im Januar in Berlin teil. 'Ein Spektrum, so repräsentativ, wie selten auf einer linken bundesweiten Veranstaltung', meint Reiner Thiele von Cuba Sí. Ein Zeichen auch dafür, daß die Solidarität mit dem Inselstaat in der Karibik nicht nachläßt, im Gegenteil.“
(Berliner Linke, 11.02.94)

„... muß man sagen, daß die Kuba-Solidaritätsbewegung in den letzten zwei Jahren große Schritte nach vorn gemacht hat. Selten habe ich so viele Leute getroffen, denen die internationale Solidarität so am Herzen liegt.“
(UZ, 18.02.94)

Zwei Pressestimmen zu unserer vom NETZWERK CUBA -Informationsbüro- e.V. veranstalteten Konferenz, bei der neben den internationalen Gästen* über 280 Menschen in Arbeitsgruppen und im Plenum eine Bestandsaufnahme über die aktuelle Situation der Cuba-Solidarität in der BRD machten und sich über laufende und zukünftige Projekte und Aktivitäten austauschten.

Bei der Eröffnungsveranstaltung referierte der Vorsitzende des NETZWERK CUBA, Heinz-W.Hammer, namens des Vorstands dieser Koordinationsstelle über die Entwicklung seit dem letzten Bundestreffen, insbesondere das Vorwärtkommen des NETZWERK (ohne dabei die objektiven und subjektiven Hemmnisse zu verschweigen), über die aktuelle Lage Cubas und die Anforderungen an die Solidaritätsbewegung und das Anliegen des 4.Bundestreffens. Die anschließende Diskussion mit den hochrangigen cubanischen Vertreter/innen dauerte bis in die Nacht.

In den Arbeitsgruppen wurde über vielfältige Themenkreise diskutiert:

- ★ NETZWERK gegründet - und wie weiter? (Politische und finanzielle Rechenschaftslegung und Impulse für weitere Vernetzung);
- ★ Brigadetätigkeit auf Cuba (FG öffnet Cuba-Brigaden für alle interessierten Gruppen - wie wird die Praxis gestaltet?);
- ★ Öffentlichkeitsarbeit (traditionelle Formen und elektronische Medien);
- ★ Alternative Energien (effizientere Zusammenarbeit hier, auf und mit Cuba);
- ★ Medizin (aktuelle Bedarfslisten, Transport, allgemeine Sammlung und spezielle Partnerschaften);
- ★ Projekte auf Cuba (Koordinati-on, Informationsaustausch);
- ★ Aktuelle Projekte in der BRD (Unterstützung US-Karawane, Entwicklung einer BRD-Karawane)

★ Gewerkschafter/innen für Cuba (aktuelle Situation in den Gewerkschaften, Chancen und Grenzen des Handelns, Vernetzung)

Neben diesem intensiven Meinungsaustausch auf AG-Ebene gab es unzählige „informelle“ Kontakte; das Arbeitspensum erinnerte an das Europatreffen im Dezember in Havanna.

Trotz sicherlich vorhandener organisatorischer Schwächen kann festgestellt werden, daß die in diesem Jahr veranstaltende Gruppe Cuba Sí hervorragende Arbeit in Vorbereitung und Durchführung der Konferenz geleistet hat. Selbstkritisch ist anzumerken, daß wir es als FG nicht geschafft haben, neben vielen anderen Gruppen ebenfalls einen eigenen Informationsstand abzusichern, obwohl viele Mitglieder und Regionalgruppen der FG vertreten waren und aktiv an der Konferenz teilgenommen haben.

Im den aktuellen „NETZWERK CUBA - nachrichten“ sind die

Ergebnisse der Arbeitsgruppen dokumentiert (anzufordern beim NETZWERK, Wolfstraße 10, 53111 Bonn). Alle Gruppen der Cuba-Solidarität werden gebeten, diese Impulse des 4.Bundestreffens für ihre weitere Arbeit vor Ort zu nutzen und sich an den laufenden Vernetzungsbestrebungen im Sinne einer schlagkräftigeren Solidarität mit Cuba zu beteiligen.

Dies gilt sicherlich insbesondere für die geplante bundesweite KARAWANE (oder Sternfahrt) DER SOLIDARITÄT MIT CUBA im September '94, zumal dieses Thema bereits konstruktiv bei der letzten Bundesdelegiertenkonferenz der FG diskutiert wurde und für unsere Organisation - neben der Veranstaltung zum 20.Jahrestag der Freundschaftsgesellschaft - einen besonderen Stellenwert einnehmen sollte.

Tragen wir -die Anregungen des 4.Bundestreffens nutzend- das unsere dazu bei, endlich die barbarische Blockade gegen das aufrechte und kämpfende Cuba zu beenden!

Im Folgenden dokumentieren wir die beiden vom 4.Bundestreffen einmütig verabschiedeten Dokumente:

1. Abschlusserklärung:

President of the United States of America
Mr. William Clinton
The White House
Washington D.C.

Sehr geehrter Herr Präsident,

seit über 30 Jahren wird Cuba von den USA einer völkerrechtswidrigen ökonomischen und politischen Blockade unterworfen. Diese Blockade hat der Wirtschaft des Entwicklungslandes Cuba schweren Schaden zugefügt und Mangel und Entbehrungen für das cubanische Volk verursacht.

Mit dieser Politik will die Regierung der USA dem Volk von Cuba gegen dessen Willen ein anderes politisches, soziales und ökonomisches System - den Kapitalismus aufzwingen. Damit werden keinerlei positive Veränderungen auf Cuba angestrebt, sondern die Zerstörung der Gesellschaftsordnung und der sozialen Errungenschaften der cubanischen Revolution.

Dennoch haben trotz der schweren ökonomischen Situation, die von der

Internationale Gäste beim 4.Bundestreffen der Cuba Solidaritätsgruppen vom 21.-23.01.94 in Berlin

Bei unserem Treffen konnten wir folgende Gäste aus dem Ausland begrüßen:

Aus Cuba:

Enith Alerm Prieto -

Abgeordnete der Nationalversammlung der Republik Cuba, Mitglied des Staatsrates und Vorsitzende der Pionierorganisation »José Martí«;

Eugenio Maynegra -

Abgeordneter der Nationalversammlung der Republik Cuba, Mitglied des Parlamentsausschusses für Energiefragen und Präsident des Nationalen Forums für Wissenschaft und Technik;

Jorge Garcia Fraga und Mario Darías -

Liedermacher;

Rolando González Téllez -

I.Vizepräsident des ICAP (Instituto Cubano de Amistad con los Pueblos - Cubanisches Institut der Freundschaft mit den Völkern);

Gabriel Benítez -

Zuständiger Sekretär des ICAP für die BRD;

Rodney López Clemente -

Botschafter der Republik Cuba in der BRD, Bonn;

Alfredo León Alvarez -

Botschaftsrat der Republik Cuba in der BRD, Bonn;

Oswaldo Garcia Calvo -

Botschaftsrat und Leiter der Außenstelle der Botschaft der Republik Cuba, Berlin;

Hannes Richert -

Ehemaliger Vorsitzender der FG BRD-Cuba e.V., der seit 1 1/2 Jahren auf Cuba lebt und arbeitet.

2. Gäste aus dem europäischen Ausland:

Vertreter/innen von vier Solidaritätsorganisationen, die im **Netzwerk der Cuba-Solidarität Kataloniens 'Defensem Cuba'** mitarbeiten, und zwar:

der **Katalanischen Vereinigung für den Frieden**;

der Nichtregierungsorganisation **'Sant Boi Solidario'**;

der **Kommunistischen Partei Kataloniens** und

der **Katalanischen Vereinigung der Nicaragua - Brigadist/innen**;

sowie aus **Österreich**
Vertreter/innen von:

'Sonne für Cuba' aus Wien und

der **Österreichisch - Cubanischen Gesellschaft**.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen Genannten für die Teilnahme und konstruktive Mitarbeit an unserem Bundestreffen.

Blockade sowie vom Verschwinden des RGW-Markts verursacht wird, mehr als 90% der cubanischen Bevölkerung im Februar 1992 in einer freien und geheimen Wahl zugunsten der Politik ihrer Regierung abgestimmt. Damit bekräftigten sie ihren Willen, den sozialistischen Weg weiterzuführen und verteidigten eine Gesellschaft, die auf Gerechtigkeit, Gleichheit und menschlicher Solidarität beruht.

Es ist eine unerträgliche Doppelmoral, wenn eine große und mächtige Nation wie die USA das ganze Volk eines kleinen Landes der „Dritten Welt“ durch Hunger und Mangel zu politischer Unterwerfung zwingen will. Argumente für die Blockade - seit je nur Vorwände für die Durchsetzung der klassischen Vormachtpolitik der USA auf dem gesamten Kontinent - bestehen seit dem Zusammenbruch der Blockkonfrontation nicht mehr.

Heute muß Cuba mit der Situation fertig werden, daß der Anteil der ehemaligen RGW-Staaten an seinem Handelsvolumen von 85% auf ein Minimum gesunken ist.

Zusätzlich versuchen die USA, mit dem im Oktober 1992 verabschiedeten Torricelli-Gesetz, die Situation auf Cuba noch weiter zu verschärfen. Dieses Gesetz droht Drittländern, die ihre Handelsbeziehungen mit Cuba aufrechterhalten, massive Repressionen an.

Diese völkerrechtswidrige Praxis ist von der Mehrheit der Staaten der Weltgemeinschaft auf der vergangenen Vollversammlung der Vereinten Nationen entschieden verurteilt worden.

Wir fordern die Regierung der Vereinigten Staaten auf, mit sofortiger Wirkung und in Übereinstimmung mit der Resolution No. 4816 der UN-Vollversammlung vom 3.11.95:

- ★ die Blockade gegen Cuba aufzuheben;
- ★ das Torricelli-Gesetz zu annullieren;
- ★ den Marinestützpunkt in Guantánamo, einem gegen den Willen des cubanischen Volkes okkupierten Territorium, der eine Provokation und eine permanente Bedrohung darstellt, aufzulösen;
- ★ die ständige militärische Bedrohung Cubas zu beenden;
- ★ Beziehungen zu Cuba unter Respektierung der gegenseitigen Souveränität aufzunehmen.

Diese Schritte würden Cuba, den USA und den gesamten internationalen Beziehungen nützen. Darum handeln Sie in diesem Sinne, Herr Präsident!

Die 281 TeilnehmerInnen des IV. Bundesweiten Treffens der Cuba-Solidaritätsgruppen in der BRD, VertreterInnen von 45 Solidaritätsinitiativen und -organisationen.

(einstimmig angenommen per Akklamation)

2. Solidaritätserklärung:

Botschaft der Solidarität an das Volk von Cuba:

Solidarität mit Cuba!

Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!



Die cubanische Revolution ist nicht gemeinsam mit der Gesellschaftsordnung anderer Länder untergegangen, die Verbündete Cubas waren. Sie hat sich behauptet und geht ihren schwierigen, aber richtigen Weg weiter.

Cuba steht als Beispiel gegen die wachsende Verelendung von drei Vierteln der Menschheit in der kapitalistischen alten „Neuen Weltordnung“:

- ★ *Die cubanische Revolution gewährleistet nach wie vor ein vorbildliches Gesundheits- und Bildungswesen, Grundversorgung mit Lebensmitteln und menschenwürdige Wohnverhältnisse.*
- ★ *Zudem übt Cuba praktische internationale Solidarität durch die Entsendung von Ärzten und Lehrern in andere Länder der dritten Welt, durch die Behandlung von kranken Kindern aus Tschernobyl, durch die Aufnahme von Verletzten aus ganz Lateinamerika u.a.m.*

Dies leistet das cubanische Volk trotz einer nahezu totalen Wirtschaftsblockade, mit der die USA im Schulterschuß mit den anderen imperialistischen Mächten seit 35 Jahren versuchen, die cubanische Revolution auszuhungern.

Wir, die Freunde Cubas in Deutschland, sind vom 21. bis 23. Januar 1994 in Berlin zusammengekommen, um zu beraten, wie wir Euch, Freunde in der fernen Karibik, noch besser unterstützen können. Bisher haben wir uns zur Durchbrechung der Blockade auf die Bereiche politische Unterstützung, Milchversorgung, Medikamente, Transport, technische Ersatzteile und solidarische Arbeitsbrigaden konzentriert.

Tausende Freunde Cubas sind auf den Wegen des alternativen Tourismus, den wir organisieren, auf die Insel gekommen und haben vieles kennengelernt: Euer schönes Land, Eure Sorgen und Probleme, Euren Willen und Eure Fähigkeiten zu widerstehen und den Weg zum Erfolg zu finden. Diese Erlebnisse und Erfahrungen haben unserer Kraft der Solidarität gestärkt.

Wir wollen unsere bisherigen Aktivitäten fortsetzen und neue hinzufügen, zum Beispiel auf den Sektoren der alternativen Energie, der Wissenschaft und der Landwirtschaft.

Wir unterstützen die gerechten Forderungen Cubas an die Regierung der Vereinigten Staaten, mit sofortiger Wirkung und in Übereinstimmung mit der Resolution No. 4816 der UN-Vollversammlung vom 3.11.93:

- ★ *die Blockade gegen Cuba aufzuheben;*
- ★ *Torricelli-Gesetz zu annullieren;*
- ★ *den Marinestützpunkt Guantánamo, einem gegen den Willen des cubanischen Volkes okkupierten Territorium, der eine Provokation und eine permanente Bedrohung darstellt, aufzulösen;*
- ★ *die ständige Bedrohung Cubas zu beenden;*
- ★ *Beziehungen zu Cuba unter Respektierung der gegenseitigen Souveränität aufzunehmen.*

***Cuba no está sola! Estamos con la Isla heroica!
Hasta la victoria siempre!***

Berlin, d.23.Januar 1994

Die 281 TeilnehmerInnen des IV.Bundesweiten Treffens der Cuba-Solidaritätsgruppen in der BRD, VertreterInnen von 45 Solidaritätsinitiativen und -organisationen.

(einstimmig angenommen per Akklamation)



BOTSCHAFT VON KUBA

Bonn, den 25. Januar 1994

AN DIE DELEGIERTEN DES IV. BUNDESTREFFENS
DER KUBA-SOLIDARITÄTSGRUPPEN

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen aus Deutschland,

wir Ihr alle wißt, war das Jahr 1993 das schwierigste der letzten 35 Jahre seit Bestehen unserer Revolution. Unserem revolutionären Volk stehen noch weitere schwere Kämpfe und Opfer bevor, um die Veränderungen in den Griff zu bekommen, die uns durch die doppelte Blockade aufgezwungen worden sind (zum einen durch die von der US-Regierung verhängte unmenschliche Politik der Wirtschaftsblockade und zum anderen durch die Folgen des plötzlichen Zusammenbruchs der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern Osteuropas) und um unseren revolutionären Prozeß und seine politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften aufrechtzuerhalten.

Wir könnten und müßten Euch vieles sagen, um Euch für die intensive Arbeit zu danken, die alle Kuba-Solidaritätsgruppen und -organisationen in Deutschland 1993 sowohl politisch als auch im Bereich der materiellen Unterstützung geleistet haben. Sie haben damit einen außerordentlich menschlichen und revolutionären Beitrag geleistet, der darauf ausgerichtet ist, die Aufrechterhaltung der überholten, unmenschlichen Politik der US-Regierung zu verurteilen und ihre Beendigung zu fordern. Ebenso ging es darum, den akuten Mangel an Medikamenten, Milchpulver, Ersatzteilen, Bussen und Schulmaterialien lindern zu helfen sowie spezifische Projekte zur Entwicklung der Viehzucht, des Wohnungsbaus in ländlichen Gebieten sowie der alternativen Energiequellen zu unterstützen, um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Wir haben uns dazu gedacht, daß die beste und am tiefsten empfundene Dankesbezeugung an Euch vielleicht in dem Brief des kubanischen Staatsbürgers Jorge Suárez Curbelo zum Ausdruck kommt. Er ist der Vater des kleinen Jorge Suárez Turán. Den Brief fügen wir im Original sowie in deutscher Übersetzung bei. Das darin erwähnte Medikament konnte in weniger als 24 Stunden beschafft und nach Kuba geschickt werden. Dies war uns dank der Geldspenden möglich, die kontinuierlich auf das Solidaritätskonto unserer Botschaft in Bonn überwiesen werden.

BOTSCHAFT DER REPUBLIK KUBA

Compañeros Rodney Lopez
Embajador de Cuba en Alemania

Estimados Compañeros por este medio y otros de los Compañeros del ICAP quiero hacer llegar a usted y a quienes colaboraron en tan noble tarea mis agradecimientos más profundos de todo nuestro corazón, amigos y en especial de nuestro pueblo que siempre valora la grandeza humanitaria y generosa que, en medio de la situación difícil en que padecemos a consecuencia del bloqueo.

Gracias al medicamento recibido de usted se desahoga mi hijo Jorge Suárez Turán a 8 años de edad ya padecía una leucemia en recidiva debido a causa del tratamiento en el Instituto de Hematología de Wilhelm Sauer en la Habana.

Generoso gesto no se borra jamás de mis recuerdos y no hará más e insubstancial ante aquel que no siempre viene por dinero y representado, apreciando la naturaleza humana de los pueblos.

Con saludos de hermano cubano.

Jorge Suárez Curbelo
Embajador de Cuba en Alemania



An die Initiative für die Freilassung von Irmgard Möller!

Bitte veröffentlicht diese Resolution. Die TeilnehmerInnen, darunter viele Menschen aus der DDR-Solidaritätsbewegung, hatten großen Interesse an der Thematik, hatten allerdings bisher wenig davon gehört. Daher beschlossen die TeilnehmerInnen mit knapper Mehrheit die Resolution nicht als Entscheidung des gesamten Kongreßplenums, sondern daß die TeilnehmerInnen bzw. Gruppen der einzelnen Städte sich in die Resolution eintragen sollten. Mensch sieht, daß gerade in diesen politischen Kreisen oft ein großer Informationsmangel über die Situation der politischen Gefangenen besteht, aber auch ein freundliches Interesse, sich darüber zu informieren. Gegen den Inhalt der Resolution sprach niemand.

Über 50 TeilnehmerInnen des Arbeitstreffens der bundesweiten Cuba-Solidarität, das am 21./23.1. 94 in Berlin stattfand unterstützen die Resolution für die sofortige Freilassung von Irmgard Möller:

Irmgard Möller ist weltweit die einzige Gefangene, die noch wegen Aktionen gegen den verbrecherischen Vietnamkrieg in Haft sitzt. Seit über 22 Jahren ist sie im Knast, davon viele Jahre in Isolationshaft. Zur Zeit wird immer noch verhindert, daß Irmgard Möller frei kommt. Wir fordern die unverzügliche Freilassung von Irmgard Möller!!!

Berlin, Hohenschönhausen, 23.1.94

ZURSACHE No 26.1.94

Perspektiven für Solidarität mit Kuba

Karawane rollt im Herbst

„Ein kleines zartes Pflänzchen“, wie sich einer der Organisatoren ausdrückte, ist die Solidarität mit Kuba in Deutschland immer noch. Damit das nicht so bleibt, trafen sich am letzten Wochenende Vertreter von fast allen in der Bundesrepublik existierenden Solidaritätsgruppen.

Diesmal sind in Berlin-Oberschöneweide 280 TeilnehmerInnen von 45 Gruppen dabei gewesen. Veranstalter war das Cuba-Netzwerk aus Bonn (ein Zusammenschluß von 20 Gruppen), die Organisation übernahm die Cuba-si-Gruppe in der PDS. Aus Kuba waren die Vorsitzende der Pionierorganisation und ein Abteilungsleiter des Ministeriums für Grundstoffindustrie eingeladen. Sie schilderten auf dem Eröffnungsplenum und in der Podiumsdiskussion ausführlich die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Situation in Kuba.

Die Debatten der insgesamt neun Arbeitsgruppen waren geprägt vom praktisch-politischen Willen, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Projekte von Kubanerinnen in Kuba - und dort vor allem auch partei- und staatsunabhängige Initiativen - sollen nach den vor Ort gemachten Vorgaben unterstützt werden.

Zu tun gibt es in und für Kuba mehr als genug. Nach dem Wegfall der Handelsbeziehungen mit der ehemaligen Sowjetunion und dem

immer noch bestehenden Handelsembargo der USA fehlt es an der Schraube für den Traktor ebenso wie am bislang importierten Kraftfutter für die Kühe. Da nun mal Milch eines der Grundnahrungsmittel ist, muß dafür gesorgt werden, daß es genügend Weideland gibt, um die Rinder von Kraftfutter auf Gras umstellen zu können. Fachleute aus den Soligruppen arbeiten an diesem Pilot- und Forschungsprojekt mit Wissenschaftlern aus Kuba eng zusammen. Wie für dieses gilt für alle Projekte, daß sie für die augenblickliche dramatische Situation in dem lateinamerikanischen Land eine mittelfristige Perspektive darstellen.

Aufgrund dieser Erkenntnis erstreckt sich die Arbeit der Soligruppen nicht nur auf die materielle Unterstützung, sondern auch auf die politische Soliarbeit in den USA und der BRD. US-amerikanische Initiativen wollen Anfang März mit einem Treck in Richtung Kuba aufbrechen, um auf dem Weg dorthin für die Aufhebung der Blockade zu werben. Zeitgleich haben die deutschen Gruppen Unterstützungsaktionen geplant, unter anderem eine für den Herbst angesetzte Karawane durch alle Bundesländer.

Veranstalter, Organisatoren und Soligruppen waren sich in Berlin einig, daß die politische Arbeit effektiver wird, wenn die autark agierenden Initiativen zusammenrücken und ein ständiger Informationsaustausch über das Netzwerk Bonn genutzt werden kann. So bleibt nicht mehr viel zu sagen - außer: Kuba bleibt unabhängig! Hoffentlich.

KLAUS MÜLLER

fax • fax • fax • fax • fax • fax

ifco - Pastors for Peace

Minneapolis

fax 001-612-378 0134

Liebe Freundinnen und Freunde, wir beglückwünschen euch zu dem bisherigen erfolgreichen Verlauf eurer beeindruckenden Freundschafts-Aktion für Cuba und insbesondere dazu, daß es euch durch euer entschiedenes Auftreten gelungen ist, allen Schikanen zum Trotz, alle Fahrzeuge und nahezu alle Hilfsgüter über die Grenze nach Mexico zu bringen. Wir fordern mit euch auch die Freigabe der Satellitenschüssel für den Transport nach Cuba, um noch besser auch die Informationsblockade gegen die Insel zu durchbrechen.

Es ist eine große Ermutigung auch für uns, zu sehen, wie sich gerade in den Vereinigten Staaten von Amerika eine so starke Bewegung der Solidarität mit Cuba entwickelt, die dem grimmigsten Feind des sozialistischen Cuba so konsequent entgegentritt.

Wir wollen gemeinsam nicht locker lassen, bis die unmenschliche Blockade Cubas gefallen ist und fordern die US-Regierung im Namen der Menschenrechte und des Völkerrechts auf:

- Zur sofortigen Beendigung all ihrer Boykottmaßnahmen!
- Zur Aufhebung des Torricelli-Gesetzes!
- Zum Abzug ihrer Truppen aus Cuba und der Auflösung ihres Militärstützpunktes in Guantánamo!

Sí por Cuba! Cuba va!

fax • fax • fax • fax • fax • fax

Solidarität mit der Karawane der »Pastores for Peace«



„...daß sie die Opposition der US-Bürger nicht stoppen kann“

Bis Redaktionsschluß wurden wir über zwei Protestaktionen gegen die Blockade informiert, die anlässlich der Behinderungen beim Grenzübertritt der Freundschaftskarawane der 'Pastors for Peace' in der BRD durchgeführt wurden. In Nürnberg fand eine Aktion vor dem Amerikahaus statt und in Frankfurt eine Kundgebung in der Nähe des Uni-Geländes. Der hier veröffentlichte Redebeitrag wurde in Frankfurt/M von Lüko Willms gehalten:

Wir sind heute hier zusammengekommen, um unsere Solidarität auszudrücken mit dem cubanischen Volk und mit der Karawane der Freundschaft, die in diesen Tagen Hilfsgüter von den USA und Kanada nach Cuba bringt. Wir fordern das Ende des US-amerikanischen Embargos gegen Cuba und daß die US-Regierung endlich alle ihre Bürger ohne Strafandrohung nach Cuba reisen läßt.

Wir sind gerade heute auf der Straße, weil in diesen Stunden im texanischen Laredo die 250 Teilnehmer der Freundschaftskarawane, mit 70 Fahrzeugen den Grenzfluß Rio Grande zwischen den USA und Mexiko überschreiten wollen.

Die Karawane wird von einer Organisation namens Pastors for Peace oder auf deutsch Pastoren für den Frieden organisiert, und zwar jetzt schon zum dritten Mal. Die 250 TeilnehmerInnen vertreten 19 Länder aus Nord-, Mittel- und Südamerika, Asien und Europa; einer davon ist aus Deutschland. In 15 Konvois sind sie durch USA und Kanada gefahren, haben in 140 Städten Halt gemacht und bereiten sich seit Sonntag in Laredo auf den Grenzübergang vor. Von dort geht es weiter zum Hafen Tampico in Mexiko, wo die Solidaritätsspenden auf ein Schiff nach Cuba geladen werden sollen.

Was haben sie im Gepäck? Schulbedarf, Fahrräder, Medikamente für

insgesamt 150000 US \$, Computer, Schreibmaschinen u.v.a.m. Ein Teil der Fahrzeuge, nämlich sieben Schulbusse und ein Krankenwagen, sollen in Cuba bleiben. Alle humanitäre Hilfe soll dem ökumenischem Zentrum Martin-Luther-King in Havanna übergeben werden.

Im Rahmen des Handelsembargos gegen Cuba besteht die US-Regierung allerdings darauf, daß auch bei humanitärer Hilfe für Cuba nicht alles und jedes verschenkt werden darf. Bestimmte Sachen, wie Fahrzeuge, verschreibungspflichtige Medikamente oder Computer sind genehmigungspflichtig. Die Pastoren für den Frieden haben jedoch beschlossen, keine

Ausfuhrgenehmigung zu beantragen, weil sie gegen das Embargo als solches sind.

Die US-Behörden haben nun von sich aus eine Ausfuhrgenehmigung angeboten, die die Pastoren für den Frieden jedoch nicht angenommen haben, weil sie eben dieser Genehmigung die Rechtsgrundlage absprechen. Sie sagen, daß sie die Blockade tatsächlich schon durchbrochen haben. „Die US-Regierung hat gelernt“, sagte Lucius Walker, der Gründer der Pastoren für den Frieden, „daß sie die Opposition der US-Bürger, die sich gegen die Blockade wenden, nicht stoppen kann. Die USA haben ein Gesetz in der Hand“, sagte er weiter, „das sie nicht durchsetzen können.“

Die TeilnehmerInnen haben beschlossen, dies auf die Probe zu stellen, indem sie auch noch eine Satellitenschüssel von drei Meter Durchmesser mitnehmen, mit der die direkte Kommunikation zwischen den beiden Nachbarländern Kuba und USA verbessert werden soll.

Was bedeutet das Embargo?

Nachdem am 1. Januar 1959, vor 35 Jahren, ein Volksaufstand den von den USA gestützten Diktator Batista aus Cuba verjagt hatte, begann die US-Regierung mit Repressalien gegen die neue revolutionäre Regierung. Im Januar 1960 haben zwei Flugzeuge einen Vorort von Havanna bombardiert. Ich erinnere nur kurz an die Invasion in der Schweinebucht und die Drohung mit einem Atomkrieg im Oktober 1962.

Nach dem Beginn der Landreform in Cuba 1960, hat die US-amerikanische Regierung im Oktober 1960 ein scharfes weltweites Embargo gegen den Handel mit Cuba verhängt. In den 50er Jahren hatte Cuba drei Viertel seines Außenhandels mit den USA abgewickelt, der dann von einem Tag auf den andern unterbrochen wurde. Der Import von Produkten aus dritten Ländern in die USA, die eine Spur von cubanischem Nickel, Zucker oder Tabak beinhalten, ist verboten. Die USA setzen Firmen und Regierungen in der ganzen Welt unter Druck, um

Handelsverträge mit Cuba zu verhindern.

Dadurch wird die durch den Zusammenbruch des RGW, des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe, nötige Umorientierung des cubanischen Außenhandels und der Weg aus der derzeitigen tiefen wirtschaftlichen Krise zusätzlich erschwert. Mit dem Torricelli-Gesetz wurde 1992 das Embargo noch verschärft: Schiffe, die



Cuba anlaufen, werden für sechs Monate von US-Häfen ausgesperrt und ausländische Tochterunternehmen von US-Firmen wurden den Bestimmungen des Embargos unterworfen. Den eigenen Bürgern sind Reisen nach Cuba aufgrund eines Gesetzes gegen den „Handel mit dem Feind in Kriegszeiten“, praktisch unmöglich gemacht.

Cubanische Experten haben die Verluste

für Cuba durch das Embargo auf 40,8 Milliarden US Dollar berechnet, darunter 31,5 Milliarden direkte und 9,3 Mrd indirekte Kosten. Cuba hatte den Hauptabsatzmarkt und garantierte Preise für seinen Zucker verloren; Betriebe mußten ihre Produktion drosseln oder gar ganz einstellen, weil die nötigen Ersatzteile aus den USA ausblieben. Anstatt mit dem direkten Nachbarn, der nur 150 km entfernt liegt, Handel zu treiben, sind die

Embargo bei Medikamenten und medizinischen Geräten aus. Beispiel Insulin: der weltgrößte Hersteller ist die US-Firma Eli Lilly, deswegen kann Cuba Insulin nur bei einem Hersteller in Europa kaufen, was für Cuba höhere Preise bedeutet. Verschiedene Hersteller von medizinischer Ausrüstung in Europa oder Canada haben existierende Lieferverträge mit Cuba wieder gekündigt, weil irgendwelche Komponenten davon aus den USA stammen und diese einen Weiterexport davon nach Cuba verbieten. Für viele Güter muß Cuba mehr bezahlen, als auf dem Weltmarkt oder in der Karibik üblich, weil Cuba seine Handelspartner nicht frei auswählen kann.

Was ist an Cuba so besonderes, daß dieses Land den ganzen Haß der US-Regierung auf sich zieht?

Ausgehend von einem Land, das nur als Zuckerfeld und Vergnügungspark der Reichen aus den USA diente, haben sich die cubanischen Werktätigen in 35 Jahren Revolution beispiellose soziale Errungenschaften erobert. Gesundheit und Bildung sind heute ein Recht für alle. Die Säuglingssterblichkeit ist niedriger als in Washington, der Hauptstadt des mächtigsten Landes dieser Erde. Während früher ein Viertel der Erwachsenen nicht lesen und schreiben konnte, gibt es heute mehr Wissenschaftler pro Kopf der Bevölkerung als in

Griechenland oder Portugal. Rassismus und Sexismus wurden entschieden zurückgedrängt.

Frauen stellen einen großen Teil, vielleicht sogar die

Mehrheit der Wissenschaftler.

Das alles ist möglich gewesen, weil die Werktätigen in Cuba, die Arbeiter und Bauern, die politische Macht aus den Händen der besitzenden Klassen genommen haben und damit ein entscheidendes Instrument für die Umgestaltung ihrer Lebensbedingungen erobert haben. Und sie haben sich selbst in diesem Prozeß verändert. Cubanische Ärzte und Ingenieure, Lehrer und Bauarbeiter haben in vielen Ländern der

Dritten Welt den solidarischen Geist der cubanischen Revolution bewiesen.

Dieses Beispiel und das sozialistische Bewußtsein seiner kämpfenden Werktätigen in Cuba ist eine der wichtigsten Errungenschaften der arbeitenden Menschen in der ganzen Welt. Genau dieses Beispiel fürchtet die US-Regierung; dieses Bewußtsein will sie mit ihrem ständigen Kleinkrieg gegen Cuba mit militärischen Angriffen, Mordversuchen und eben dem Handelsembargo zerstören.

Widerstand und Solidarität

Dagegen regt sich aber Widerstand in der ganzen Welt. Die Vollversammlung der

UNO hat 1992 und 1993 das Embargo verurteilt, ebenso das europäische Parlament. Freiwillige auf allen Kontinenten demonstrieren, sammeln Geld und Material, um Cuba zu unterstützen. Zahlreiche Menschen fahren in Brigaden nach Cuba, um mit ihrer eigenen Hände Arbeit einen Beitrag zu leisten. Cuba ist nicht allein, oder wenn es alleine ist, dann ist dies eine Einsamkeit mit sehr viel Begleitung, wie der jetzige Außenminister Roberto Robaina sagte. Und ich bin sicher, daß die Herren im Weißen Haus sich irren, wenn sie meinen, daß „Fidel Castro am Ende“ sei und daß sie die Revolution in Cuba zerstören können. Wie üblich unterschätzen sie die Fähigkeiten und die Kampfbereitschaft

der arbeitenden Menschen.

Zum Schluß möchte ich noch Grüße von den Pastors for Peace übermitteln: „Wir sind so dankbar für all die Unterstützung, die wir aus der ganzen Welt bekommen,“ sagte mir eine Mitarbeiterin am Telefon, „es ist eine große Ermutigung für uns.“

Und ich denke, es ist auch eine große Ermutigung für uns zu sehen, wie Menschen sowohl in Cuba als auch in den USA für eine Welt der menschlichen Solidarität kämpfen. Wir sind ein Teil davon, machen wir weiter!

Botschaft an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika

Über das Generalkonsulat der USA in Frankfurt am Main, Siesmayerstr. 21.

- Angesichts der Schäden, die die Blockadepolitik der USA gegen Kuba für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Kuba bewirkt;
- Angesichts des Willens der Mehrheit des kubanischen Volkes, seine politischen und sozialen Institutionen zu verteidigen und sich nicht eine andere Regierung und Regierungsform von außen aufzwingen zu lassen;
- Angesichts der Verarmung, die das Handelsembargo und das Reiseverbot in das benachbarte Kuba auch für das Volk der Vereinigten Staaten bedeuten;
- Angesichts der weltweiten Solidarität mit Kuba, die sich in diesen Tagen in einer Karawane der Freundschaft durch USA und Kanada äußert;

Fordern wir von Ihnen:

1. Der Karawane der Freundschaft keine Hindernisse in den Weg zu legen und sie mit allen Hilfsgütern nach Kuba reisen zu lassen;
2. Das Handelsembargo gegen Kuba in allen seinen Formen zu beenden;
3. Den Bürgern der USA freie Reise nach Kuba zu gestatten;
4. Alle US-Truppen von kubanischem Boden abzuziehen, den Stützpunkt Guantanamo aufzulösen und das Gelände an das kubanische Volk zurückzugeben;
5. Alle Feindseligkeiten und aggressiven Akte gegen Kuba zu beenden.

Frankfurt am Main, den 9. März 1994

Die Teilnehmer der Kundgebung „Schluß mit der Blockade gegen Kuba! Solidarität mit der Freundschaftskarawane in den USA! Die Karawane zieht weiter!“



Die „perfekteste Diktatur“ Lateinamerikas - am Ende?

„Podran cuestionar el camino, pero nunca las causas“

„Unseren Weg können sie in Frage stellen, niemals aber unsere Beweggründe“

Mit der zeitgleich zum Inkrafttreten der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA erprobten Strategie „Bomben gegen BäuerInnen“ verabschiedet sich die regierende Elite Mexikos ganz offiziell von einem politischen System, das der peruanische Schriftsteller und neoliberale Gesinnungsgenosse Mario Vargas Llosa noch vor kurzem als die „perfekteste Diktatur Lateinamerikas“ bezeichnet hatte.

Während andere autoritäre Regime des Kontinents auf Repression durch Militär setzten und dennoch niemals die Kontinuität und Stabilität Mexikos erreichten, beruht das mexikanische Modell des „korporativen Staates“ auf der Integration aller gesellschaftlichen Gruppen und politischen Richtungen unter dem Dach einer einzigen, Staat und Nation umfassenden Partei: der sog. Partei der institutionalisierten Revolution (PRI). Diesem nach den Revolutionswirren in den dreißiger Jahren vom heute mythischen Präsidenten Lázaro Cárdenas konzipierten Modell gelingt es, mittels hierarchisch der Parteispitze untergeordneter Zwangszusammenschlüssen von IndustriearbeiterInnen-, Angestellten- und Campesino/a-„Gewerkschaften“ über Jahrzehnte hinweg die politische und wirtschaftliche Kontrolle ganz Mexikos zu gewährleisten.

Notwendige Kurskorrekturen werden durch sorgfältig inszenierte „Brüche“ im Übergang von einer als Präsidialdiktatur auf Zeit angelegten Sechsjahresregierung zur nächsten vollzogen, so daß Kontinuität und Wandel sich die Waage halten. Gegenüber Dissidenten wendet das Regime eine Doppelstrategie an, der Vereinnahmung und Absorption abweichender Meinung einerseits, und der gezielten, aber vereinzelt Repression, andererseits.

Schon seit der Massensexekution der gesamten StudentInnenbewegung im Massaker von Tlatelolco 1968 ist das „korporative Staatsmodell“ Mexikos gescheitert, da die Politik der Vereinnahmung und Integration gegenüber einer ganzen Generation mißlungen ist. Die vermeintliche Identität von Staatspartei und Nation zerbricht, und seitdem formiert sich die mexikanische „Zivilgesellschaft“

nicht mehr innerhalb, sondern bewußt außerhalb staatlicher Bevormundung. Im Rahmen der sog. neuen sozialen Bewegungen gründen BäuerInnen, IndustriearbeiterInnen, LehrerInnen und andere Berufsgruppen seit Beginn der siebziger Jahre unabhängige Organisationen, die oft neben ihren eigenen „ständischen“ Interessen gesamtgesellschaftliche Veränderungen erzwingen wollen. Vor

allem als mit Ende der siebziger und Beginn der achtziger Jahre breit angelegte Allianzen und Koordinationen der verschiedenen unabhängigen Gruppen entstehen, verschärft das Regime seine Strategie. Neben staatliche Vereinnahmung und/oder Repression tritt die gezielte Unterwanderung und Spaltung unabhängiger Organisationen; dies geschieht zum einen durch paramilitärisch agieren-

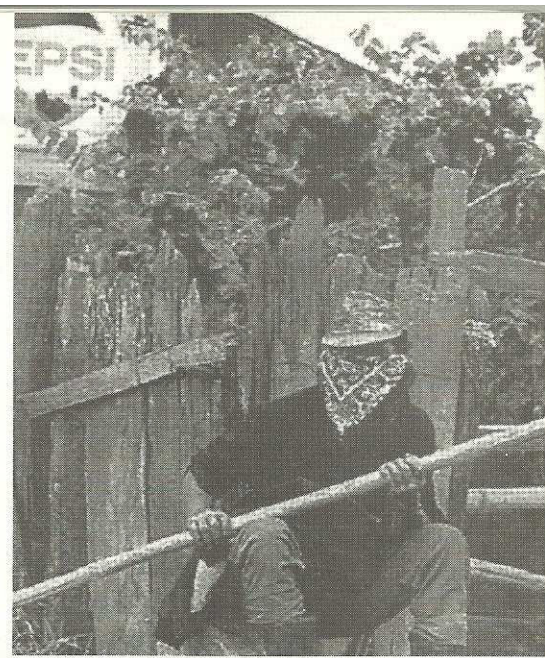
Gruppen wie *Antorcha Campesina* („Bauernfackel“), eine im Auftrag und in enger Abstimmung mit der Führungsclique der PRI-Campesino/a-Organisation wirkende Kadertruppe, die oppositionelle Campesino-Organisationen entweder unterwandert und anschließend entpolitisiert oder aber, falls dies nicht möglich ist, die AnführerInnen dieser Organisationen ermordet. Die zweite Variante der Spaltungsstrategie erfolgt durch die selektive und an (partei-)politische Kompromisse gebundene Vergabe staatlicher Mittel der Landwirtschafts- oder Regionalförderung. Und schließlich werden die Methoden der Wahlfälschung „modernisiert“: Zu klassischen Formen des Betrug bei der Stimmabgabe und -auszählung tritt das computergestützte sog. „Rasieren“ von EinwohnerInnen- und WählerInnenlisten sowie das Fälschen von Wahlausweisen (in einigen Orten Mexikos wählen mehr Tote als Lebende!).

1988 markiert das offizielle Ende des PRI-Monopols: Als sich Mexiko Anfang der achtziger Jahre nach fallenden Rohölpreisen außenwirtschaftlich verschuldet und somit seine wirtschaftspolitische Souveränität zum großen Teil an Weltbank und IWF abtreten muß, etabliert sich eine Gruppe neoliberaler, USA-höriger Technokraten und Banker an der Macht, die die Umsetzung der von den Gläubigern erzwungenen Strukturanpassungsprogramme garantiert. Die VerliererInnen dieser auf Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Liberalisierung und Privatisierung um jeden Preis begründeten Politik bilden bei den 1988 stattgefundenen Präsidentschaftswahlen ein breites Oppositionsbündnis, das sich um den Sohn des „Gründervaters“ Lázaro Cárdenas, Cuauhtémoc Cárdenas, formiert. Diese Partei, die sich heute „Partei der Demokratischen Revolution“ (PRD) nennt, gewinnt die Wahlen - das gibt (fast) jeder Regierungspolitiker hinter vorgehaltener Hand zu. Dennoch erzwingt die PRI auch diesmal eine offenkundige Wahlfälschung, und zwar mit Hilfe eines plötzlichen Stromausfalls bei der Stimmenausszählung per Computer, durch die US-amerikanische Anerkennung des PRI-Kandidaten und Harvard-Zöglings Salinas de Gorta-

ri und durch massive, demonstrative Präsenz des Militärs in den Hochburgen der Opposition.

In der Regierungszeit des für viele MexikanerInnen weiterhin illegitimen Präsidenten Salinas offenbart sich der Grundwiderspruch, an dem das System scheitert: Eine neoliberale Politik der Privatisierung des kommunalen Landbesitzes, der Öffnung der Märkte für nordamerikanische Billigimporte und des Abbaus von Preisgarantien und anderen Fördermaßnahmen richtet sich gegen die existentiellen Interessen der Campesinos/as; um sich dennoch an der Macht zu halten, muß die herrschende Elite - entgegen ihrer ideologischen Prinzipien - die alten, korporativen Zwangsstrukturen der Vereinnahmung, Repression und/oder Wahlfälschung zumindest auf dem Lande erhalten und stärken. Dies ist allerdings unmöglich, wenn sich der in Mexiko traditionell starke Staats- und Parteiapparat, wie im neoliberalen Dogma vorgesehen, zurückziehen soll.

Als Garant für die Kontrolle der Bevölkerung bleibt einzig und allein das Militär. Diese Institution ist jedoch, anders als im restlichen Lateinamerika, nicht für Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen gegen die eigene Bevölkerung ausgebildet. Schon 1988, als das Militär zur „Rückeroberung“ von Rathäusern, die die oppositionelle PRD nach der offenkundigen Wahlfälschung besetzt hatte, verwendet wurde, gab es in den Reihen der mit ihrem „Ahnherrn“ Lázaro Cárdenas sympathisierenden Generäle Protest gegen den „innenpolitischen“ Einsatz der mexikanischen Armee. Um langfristig die Loyalität des Militärs gegenüber der PRI-Spitze zu sichern, wurde der Widerstand dieser kritischen Generäle von Salinas gebrochen, indem die Armee schrittweise gezwungen wurde, an Maßnahmen zur Bekämpfung von Marihuanapflanzern und „Drogenkartellen“, zur Verfolgung guatemaltekischer Flüchtlinge und „illegaler Einwanderer“ und schließlich zur Repression unabhängiger Campesino/a-Organisationen teilzunehmen. Diese Strategie wird seit Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre erprobt, und zwar primär im südlichsten und konfliktreichsten Bundesstaat Mexikos.



„Todo Chiapas es México“ - warum Chiapas?

Chiapas ist kein Ausnahmefall, wie die mexikanische Regierung glauben machen möchte, sondern spiegelt die sozioökonomischen, ethnischen und politischen Probleme der restlichen zentral- und süd-mexikanischen Bundesstaaten bloß in verschärfter Form wider und nimmt deren zukünftige Konflikte vorweg. Der Unterschied besteht nur darin, daß in Chiapas früher als im übrigen Land die korporative Politik der Vereinnahmung und Kontrolle der Landbevölkerung durch die lokalen PRI-Institutionen gescheitert ist. Dies liegt hauptsächlich daran, daß hier eine Landreform nach der Revolution nie stattgefunden hat. Zum einen beschränkte sich die Revolution von 1910-17 in Chiapas auf einen lokalen Bürgerkrieg zwischen den Eliten der beiden größten Städte, Tuxtla Gutiérrez und San Cristóbal de Las Casas, in deren Verlauf vor allem die Tzotzil der umliegenden Dorfgemeinden gegeneinander ausgespielt wurden (in Chiapas leben 13 verschiedene indianische Völker, von denen die Tzotzil, Tzeltal, Tojolabal, Mam, Zoque, Chol und Lacandones die zahlenmäßig bedeutendsten sind; im letzten Zensus von 1990 bezeichneten sich ca. 28% der Bevölkerung Chiapas' als „indianisch-sprachig“). Und zum anderen gelang es nach 1917 einem Zusammenschluß der regionalen Oligarchie aus Viehzüchtern, Kaffeeplantagenbesitzern (meist deutscher Abstammung) und städtischer Oberschicht, die Betreiber der Landreform zurückzuschlagen. Nur im damals wirtschaftlich noch uninteressanten zentralen Hoch-

land der *Altos de Chiapas* wurde *Ejido*-Land, den Bauern zur Nutzung übertragenes Staatsland, verteilt. In den wirtschaftlich attraktiveren Kaffee- und Zuckerrohrplantagen des Südens und Südostens sowie in den vieh- und holzwirtschaftlich interessanten Waldgebieten des nördlichen und nordöstlichen Tieflands dagegen bleiben die Besitzverhältnisse unangetastet oder juristisch jahrzehntelang umstritten - mehr als 25% aller zur Zeit anhängigen Landkonflikte Mexikos betreffen Chiapas. Der Bundesstaat ist bis heute geprägt von landlosen Bauernfamilien, die in die Städte oder in den Tropenwald der *Selva Lacandona* abwandern, sowie durch Tagelöhner, die durch Schuldknechtschaft an die Zuckerrohr- und Kaffeeplantagen gebunden sind.

Diese Situation extremer Marginalisierung der vor allem indianischen Landbevölkerung, die einhergeht mit einem auch für mexikanische Verhältnisse extremen Rassismus der städtischen Mittel- und Oberschicht von Tuxtla und San Cristóbal, hat ihren Ursprung in der Agrarstruktur des 19. Jahrhunderts, als die indianischen Dorfgemeinden im Zuge wirtschaftsliberaler Gesetze ihren kommunalen Landbesitz verloren. Das politische Programm des *Zapatismo*, die Rückerstattung von Kommunalland und die Selbstverwaltung der Dorfgemeinde, ist also weiterhin - und nicht nur in Chiapas - unerfüllt geblieben. Ausschlaggebend für das Entstehen einer „neozapatistischen“ Bewegung in Chiapas ist jedoch zusätzlich, daß gerade hier die vorrevolutionären Verhältnisse mit der neoliberalen Politik der gegenwärtigen mexikanischen Regierung zusammentreffen: Mit der Privatisierung des Bodenbesitzes im Zuge der Reform des Verfassungsartikels 27, also des Rückgrats der Landreform, mit der Öffnung der Agrarmärkte sowie dem Abbau staatlicher Kredit- und Vermarktungshilfen führt Salinas im Wesentlichen die Agrarpolitik des USA-hörigen und 1910 in der Revolution gestürzten Diktators Porfirio Díaz fort. Somit kann der bewaffnete Kampf des EZLN in Chiapas gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Campesinos/as und Indígenas der Beginn einer auch andere Regionen Mexi-

kos umfassenden Bewegung sein.

Die Wahl der direkten militärischen Konfrontation mag in der in Chiapas besonders ausgeprägten politischen Polarisierung begründet sein: Im übrigen Mexiko ermöglichte nach der Landreform von Lázaro Cárdenas das *Ejido* und besonders deren Leitung als unterste Stufe innerhalb der PRI-eigenen Bauernorganisation eine sowohl politische als auch ökonomische Integration der Bevölkerung in den gesamt-mexikanischen Staats- und Parteiapparat. Dagegen mußte die PRI in Chiapas auf die vorrevolutionären Koalitionen zwischen der im Bundesstaat herrschenden Oligarchie und lokalen *Caciques*, den Dorfeliten, Zwischenhändlern und Monopolisten, zurückgreifen.

Da es in vielen Gemeinden keine PRI-beherrschten integrativen Organisationsstrukturen gibt, sind interne Konflikte nur lösbar, indem der *Cacique* seine wirtschaftliche und politische Macht gegen die oppositionelle Gruppe einsetzt. Dies ist in Gemeinden wie San Juan Chamula oder Zinacantan geschehen, wo die lokale PRI-Elite nach offenkundigen Wahlfälschungen bei Kommunalwahlen unter religiösen Vorwänden - dem Eindringen radikalprotestantischer Sekten - seit Mitte der siebziger Jahre alle Dissidenten aus ihrem Ort zu vertreiben sucht. In den Fällen, wo diese Strategie nicht gelingt, werden paramilitärische Einheiten, die sog. *guardias blancas* („weiße Wächter“), von den Großgrundbesitzern angefordert. Die im Laufe der siebziger Jahre entstandenen unabhängigen Campesino-Organisationen (s. folgender Abschnitt) und ihre AnführerInnen stellen die vorrangigen Zielscheiben dieser Privatarmeen dar, die oft mit der bundesstaatlichen *policía judicial*, der „politischen Polizei“, eng zusammenarbeiten.

Chiapas ist Hauptempfänger von Geldleistungen im Rahmen des „Nationalen Solidaritätsprogrammes“ PRONASOL, das direkt nach den Wahlen von Salinas eingeführt wurde, um die Verlierer der neoliberalen Wirtschaftspolitik - also die Oppositionswähler von 1988 - mit Hilfe punktueller Maßnahmen zur „Notlinderung“ zurückzugewinnen. Indem PRONASOL-Mittel nur

an eigens dafür einzurichtende und größtenteils PRI-dominierte „Solidaritätskomitees“ vor Ort vergeben werden, versucht das Regime, unabhängige Organisationen und lokale Initiativen erneut an sich zu binden. Doch da PRONASOL nur oberflächlich momentane Hilfen vergibt, ohne die existierenden Besitz- und Wirtschaftsstrukturen anzutasten, mißlingt im Falle Chiapas dieses Anliegen trotz der beträchtlichen Mittel, die aufgewendet wurden. Die PRI kann nicht gegen die eigenen Regionaloligarchien vorgehen, ohne nicht ihre letzten Stützpunkte auf dem Lande aufzugeben.

Diese oligarchischen Strukturen werden allerdings zunehmend problematisch, da Chiapas im Zuge der wirtschaftlichen Integration Mexikos in den nordamerikanischen Markt geostrategische Bedeutung erlangt hat: Zum einen sind die USA daran interessiert, die bisher relativ „durchlässige“ Südgrenze der NAFTA-Zone zu schließen, kurzfristig, um die „illegale Einwanderung“ von Zentralamerika Richtung USA zu zentralisieren, und langfristig, um somit die Mauer der „Ersten Welt“ vom Río Grande nach Süden zu verschieben. Und zum anderen birgt Chiapas ein noch nahezu unerschlossenes wirtschaftliches Potential, nicht nur, was Tropenholz, Artenpatentierung und Staudämme in der *Selva Lacandona* betrifft, sondern vor allem hinsichtlich umfangreicher in diesem Gebiet gefundener Erdölreserven; deren Förderung ist zur Zeit noch blockiert, da die transnationalen Ölkonzerne darauf warten, daß Salinas die letzte Errungenschaft der Mexikanischen Revolution preisgibt und das staatliche Erdölmonopol PEMEX zum Verkauf anbietet. Die regionale Viehzüchtervereinigung beabsichtigt außerdem, zur Belieferung des NAFTA-Marktes inmitten der *Selva Lacandona* eine großflächige Rinderfarm inklusive Fleischverarbeitungsbetrieb zu errichten, nur daß dafür noch 300.000 ha. Land benötigt werden, die sich (noch) im Besitz indianischer Campesinos/as befinden.

Vor diesem globalpolitischen und -ökonomischen Hintergrund muß die Militarisierung der Land-

konflikte in Chiapas gesehen werden. Mit dem innenpolitischen Einsatz der Armee versucht die PRI, den direkten Zugang zu den strategisch wichtigen Ressourcen und Regionen des Landes wiederherzustellen, der gerade an der guatemaltekischen Grenze verloren zu gehen drohte. Gleichzeitig gelingt es Salinas, durch den Kampf gegen „Guerrilla, Drogenhandel und illegale ImmigrantInnen“ das Militär (parti-)politisch zu kompromittieren und so auf einen eventuell im Sommer 1994 nach den Präsidentschaftswahlen und -wahlfälschungen nötigen großflächigen Einsatz gegen die parlamentarische Opposition vorzubereiten.

Daß der Einsatz des Militärs wohl kalkuliert und lange vorbereitet wurde, zeigt die Vorgeschichte des Januar-Aufstands des EZLN. Seit 1991 und verstärkt seit März 1993 fordern die Viehzüchter- und Großgrundbesitzervereinigungen von der Zentralregierung Armeeverbände zum Kampf gegen „Subversive“ an, die eine Guerrilla im Regenwald aufbauen würden, gegen die ihre eigenen Repressionsapparate machtlos sind. Als im Mai 1993 eine Armee-Einheit auf ein Kommando des EZLN stößt, werden zum ersten Mal willkürlich nahe gelegene Dörfer bombardiert und einzelne BewohnerInnen verhaftet und gefoltert. Die Regierung versucht, die gesamte Operation geheimzuhalten und schnell abzubauen, da gleichzeitig in den USA heftig über NAFTA debattiert wird; das knappe Abstimmungsergebnis im US-Kongreß zeigt, daß eine großangelegte Militäraktion schon im Sommer NAFTA wegen der vorausehbaren Reaktion der nordamerikanischen Öffentlichkeit hätte scheitern lassen. Erst mit dem Inkrafttreten von NAFTA 1994, das von vielen als „Kriegserklärung“ an das indianische und bäuerliche Mexiko gewertet wird, bricht tatsächlich Krieg aus: ein Krieg zwischen dem Mexiko der USA-orientierten Modernisierer aus Mexiko-Stadt und dem agrarischen, dem „tiefen Mexiko“ (Bonfil Batalla), dessen Zivilisation seit 500 Jahren negiert wird.

Campesino/a- und Indígena-Bewegungen in Chiapas

Ca. 10.000 Tzotzil, Tzeltal, Tojolabal und Chol - viele von ihnen symbolisch bewaffnet mit Pfeil und Bogen - zogen am 12. Oktober 1992 nach San Cristóbal und stürzten die Statue von Diego de Mazariegos zu Boden, mit dessen Invasion des Hochlands 1527 die Kolonisation Chiapas' begonnen hatte. Diese und ähnliche Protestmärsche auch in anderen ethnischen Regionen Mexikos weisen auf eine fast 500jährige Kontinuität nicht nur der Invasion, des Landraubs und der Erniedrigung, sondern auch des indianischen Widerstandes - eines Widerstandes, der im Alltagsleben, in der Familie verwurzelt ist, der immer von der Dorfgemeinde ausgeht und deren sichtbarster Ausdruck die sog. Aufstände sind. Die Geschichte Chiapas' ist die Geschichte von Aufständen, deren Niederschlagung sowie deren Reorganisation: 1693 setzen die Zoque von Tuxtla ihren spanierhörigen *Cacique* ab, woraufhin spanische Truppen ein Massaker anrichten; im Jahre 1712 rebellieren, angespornt von einer indianischen Jungfrau-Maria, 32 Tzotzil- und Tzeltal-Dörfer - zum großen Teil dieselben wie jetzt 1994! - gegen immer höhere Tributforderungen der Kirche und der Nachkommen der *Conquistadores*, bis im Gegenzug ganze Dörfer vernichtet werden; zwischen 1869 und 1870 belagern die Tzotzil unter Führung von Pedro Díaz Cuscat San Cristóbal, um ihr Kommunalland gegen die Privatisierungsreformen zu verteidigen - niedergeschlagen wird diese Rebellion vom damaligen Gouverneur, einem Uronkel des vom EZLN entführten Ex-Gouverneurs Absalón Castellanos Domínguez!

Die Kontinuität des indianischen Widerstandes nicht nur in Chiapas, sondern ganz Mexikos nährt sich aus der Verteidigung der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Autonomie der Dorfgemeinde als der einzigen eigenen Organisationsform, die nicht durch die europäische Invasion und Kolonisation zerstört wurde. Ausgehend von dieser gemeinsamen Aktionsbasis verändern sich die Motive der indianischen Bewegungen entsprechend der Phasen der „Modernisierungspolitik“ der Kolonisatoren:

1. Da die Spanier ihr Regime zunächst nicht auf Landbesitz gründen, sondern - neben der Missionierung - auf Kontrolle der indianischen Arbeitskraft und ihrer Früchte, richtet sich der lokale Widerstand gegen Tributzahlungen. Wie heute kämpfen die Dorfgemeinden innerhalb des kolonialen Rechtssystems (Petitionen an den König, gerichtliche Klagen etc.); doch wenn der Druck zu stark wird, entziehen sie sich dem System, in Chiapas meist durch Flucht in die noch nicht kolonisierte *Selva* - genauso wie 1994!
2. Als Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts die *criollos*, die Nachkommen der spanischen Eroberer, von der Abschöpfung von Tributen übergehen zur direkten Aneignung nicht nur entvölkerter Gebiete, sondern auch des Kommunallandes der Dorfgemeinden und so die *haciendas, fincas* und andere Formen des Großgrundbesitzes entstehen, konzentriert sich der indianische Widerstand auf die Rückgewinnung der Souveränität über Land. Die Enteignungswelle spitzt sich bis zum Ausbruch der Revolution 1910 zu, an der die indianischen Dorfgemeinden Südmexikos unter Zapatas Banner *Tierra y Libertad* teilnehmen. In den Regionen, wo eine Landreform tatsächlich erfolgt und den Gemeinden ihre Besitztümer rückerstattet werden, ruhen dementsprechend die indianischen Bewegungen zwischen den vierziger und siebziger Jahren dieses Jahrhunderts; doch in Chiapas geht der juristische und politische Kampf um die Anerkennung und Wiedererlangung ihres Landes - als Kommunalland oder als *Ejido* - bis heute weiter.
3. Auch in den Gebieten, wo eine Landreform tatsächlich durchgeführt wurde, verlieren die indianischen Gemeinden im Zuge der „Grünen Revolution“, der Mechanisierung, Kapitalisierung und Marktintegration der vormals regional subsistenten Landwirtschaft ihre wirtschaftliche Autonomie; sie werden abhängig von externen,



staatlichen oder privaten Technologieanbietern, Zwischenhändlern und Kreditgebern. Daher bildet sich seit Ende der siebziger Jahre eine neue Campesino/a- und Indígena-Bewegung, die sich zusätzlich zur weiterhin akuten Rückeroberung von Land der Wiederherstellung der eigenen Kontrolle über den Produktionsprozeß im Rahmen kapitalistischer Marktstrukturen widmet; es entstehen neue, auch regionale und ansatzweise sogar nationale Organisationsformen wie Zusammenschlüsse verschiedener *Ejid*os zur gemeinsamen Produktvermarktung, Kreditvereine und Produktionskooperativen.

4. Und schließlich zeichnet sich seit Mitte bis Ende der achtziger Jahre eine neue Widerstandsfront ab, die bestrebt ist, die agroindustrielle Ausbeutung der Naturressourcen indianischer Regionen und der dadurch bewirkten Zerstörung der Lebensgrundlagen sowie die Patentierung des „genetischen Reservoirs“ durch Pharma- und Chemiekonzerne zu bekämpfen. Es entstehen neue Organisationen zur Wiederaneignung und Verbreitung traditioneller, ökologisch angepaßterer Anbaumethoden. Um das weitere Vordringen agroindustrieller Konzerne zu verhindern und um sich nach

Salinas' Verfassungsreform gegen die Umsetzung der Privatisierung des Landbesitzes zu wehren, reicht die lokale Ebene des Widerstands nicht mehr aus. Daher bilden sich in vielen ethnischen Regionen Organisationen, die die Wiedergewinnung der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle nicht nur über Kommunalland, sondern über ein ganzes Territorium samt seiner energetischen Ressourcen zum Ziel haben.

Auch wenn die Subjekte dieser Bewegungen historisch immer Indígena-Organisationen (einzelne Dörfer, ganze indiansche Völker oder multiethnische Zusammenschlüsse) waren, entstehen seit den siebziger Jahren ähnliche Bewegungen unter mestizischen, also ent-indianisierten Campesinos. Da die Problematik meist identisch ist und so gut wie alle auf dem Land lebenden Indígenas kleinbäuerlich wirtschaften, sind die Hauptforderungen auch identisch; der Unterschied besteht nur darin, daß ethnisch geprägte Organisationen ihre Autonomieansprüche z.B. auf Land integral verstehen und somit in ihre Gesamtkultur eingebunden wissen wollen, während die meisten mestizisch geprägten Campesino-Gruppen die juristischen und ökonomischen Aspekte des kollektiven Landbesitzes betonen.

Die skizzierten Phasen der Campesino/a- und Indígena-Bewegungen sind in Chiapas wegen des Zusammentreffens vor-revolutionärer und neoliberaler Modernisierungsbestrebungen zeitgleich vorhanden: Auf den Kaffee- und Zuckerrohrplantagen kämpfen ganze Dorfgemeinden weiterhin um die Kontrolle der eigenen Arbeitskraft, da hier Schuldknechtschaft, Bezahlung in Naturalien im *Finca*-eigenen Monopol-Laden sowie teilweise sogar das *jus primae noctis* (das Vorrecht des Plantagenbesitzers auf den ersten Sexualverkehr der Töchter seiner Arbeiter) fortbestehen. Einer Protestbewegung in Simojovel, Chiapa de Corzo und El Naranjal gelang es 1977, die Besitzer einer Kaffee-*Finca* zu vertreiben und diese als *Ejido*-Kooperative eigenständig weiterzuführen; bis heute kämpfen sie um die juristische Anerkennung ihres kollektiven Landbesitzes.

Ebenso wie in diesem Falle die Rückgewinnung der Kontrolle der eigenen Arbeitskraft in eine Bewegungen zur Landverteilung mündet, entstehen in Chiapas Anfang der siebziger Jahre Organisationen, die die Versprechungen der Landreform einklagen und gleichzeitig eigenständige Vermarktungskanäle und Kreditvereine zu bilden beginnen. Von zentraler Bedeutung für den Übergang von lokal isolierten Initiativen hin zu regionalen und multiethnischen Organisationsformen war der Erste Indígena-Kongreß, der 1974 in San Cristóbal stattfand; vom Gouverneur des Bundesstaates gedacht als propagandistische Schauvorstellung zum 500jährigen Gedenken der Geburt des ersten Bischofs von Chiapas, Bartolomé de Las Casas, wurde mangels offizieller Kontakte zur Basis die Vorbereitung des Kongresses der Diözese von San Cristóbal anvertraut.

Der schon seit 1960 in der Region wirkende Bischof Samuel Ruiz bot zusammen mit seinen in den Dörfern aktiven KatechetInnen von 1972 bis 1974 sowohl den PRI-nahen als auch unabhängigen Gruppen Kurse über Landrecht, Produktionstechniken, Kreditquellen und mexikanische Geschichte an. Dank dieser intensiven Vorbereitung und der im Verlauf des Kongresses gewonnenen Erkenntnis, daß die Probleme der teilnehmenden Tzeltal, Tzotzil, Tojolabal und Chol im Wesentlichen identisch sind, entstanden schon 1975 die ersten sog. *Uniones de Ejidos*, unabhängig von der PRI-Bauernorganisation agierende regionale Zusammenschlüsse verschiedener lokaler *Ejid*os. Ihr primäres Ziel bestand in der juristischen Anerkennung bestehender sowie in der Schaffung neuer *Ejid*os; dies führte schon bald zu Konflikten mit Viehzüchtern, Plantagenbesitzern und Holzhändlern sowie mit lokalen *Caciques*, die mit ihnen kollaborieren. Es kommt zum Einsatz offizieller oder paramilitärischer Repressionsmittel - wie schon in den Jahrhunderten zuvor, werden ganze Dörfer wie 1979 in Vololchan und 1985 in Simojovel und Bochil maskiert.

Zur politischen Vertretung der eigenen Interessen werden mit Hilfe von KatechetInnen, die in ver-



schiedenen Dörfern kirchliche Basisgemeinden aufbauen erste Dachverbände für ganz Chiapas gegründet. Während sich die 1982 von Tzotzil aus Venustiano Carranza gebildete OCEZ (*Organización Campesina Emiliano Zapata*) vorrangig der juristischen Beratung und politischen Mobilisierung bei Landkonflikten widmet, forciert die 1980 geschaffene und 180 Dorfgemeinden umfassende *Unión de Uniones de Ejidos y Grupos Campesinos Solidarios de Chiapas* besonders den Kampf um die Kontrolle des Produktions- und Vermarktungsprozesses:

- Zum einen existiert seit 1982 mit der *Unión de Crédito Pajal Ya' Kactic* eine parteiunabhängige Organisation, die aus verschiedenen Quellen (heute u.a. auch PRONASOL-Mitteln) zinsgünstige Kredite beschafft und sie an ihre Mitgliedsgruppen weiterleitet.
- Und andererseits versucht die *Unión de Uniones*, alternative Vermarktungskanäle für ihre Kaffeeproduzenten zu öffnen.

Im Verlauf der achtziger Jahre integrieren sich die größten regionalen Zusammenschlüsse in lockere Koordinationen, die ganz Mexiko umfassen, wie die auf politische Interessenvertretung der Campesinos spezialisierte CIOAC (*Central Independiente de Obreros Agrícolas y Campesinos*) und das Netzwerk zur Kaffeevermarktung CNOC (*Coordinadora Nacional de Organizaciones Cafetaleras*).

Wie schon in der spanischen Kolonialzeit konzentrieren sich die Widerstandsformen auf die Ausschöpfung aller möglichen legalen Mittel: Petitionen, Gerichtsverfahren durch alle Instanzen, Demonstrationen und Protestmärsche - wie der im März 1992 in Palenque begonnene und von Chol, Tzotzil, Tzeltal, Tojolabal und Zoque aus ganz Chiapas mitgetragene Marsch der *Xi' Nich' Wen Mich'*, der „sehr erbosten Ameisen“, auf Mexiko-Stadt, um jahrelang anhängige Landtitel-Vergaben, die Freilassung indianischer Strafgefangener und die Absetzung korrupter Regionalpolitiker zu erreichen.

Doch in den Gemeinden vor allem in der *Selva*, wo nach Erschöpfung aller Regierungsinstanzen die Konflikte ungelöst bleiben und nur durch Repression wird, sie zu unterdrücken, bildet sich - wie schon in den fünf Jahrhunderten zuvor - bewaffneter Widerstand. Seit 1974 kommt es vor allem in Ocosingo immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Guerilla-Einheiten der „Bewaffneten Armee zur Nationalen Befreiung“ FALN (*Fuerzas Armadas de Liberación Nacional*) und paramilitärischen Gruppen der Vieh- und Holzhändler sowie den nachrückenden militärischen Verbänden.

Das EZLN geht vermutlich Anfang der achtziger Jahre aus der FALN hervor; damals zieht sich deren ideologische Führungsgruppe, vor allem Überlebende der 68er Studentenbewegung und der 1974 im Bundesstaat Guerrero zerschlagenen Guerilla, aus der *Selva* zurück und bekleidet heute Leitungsfunktionen in der PRI-Campesino/a-Organisation sowie in diversen Ministerien. Das neue EZLN verschafft sich durch Überfälle und die Entführung reicher Viehzüchter, Palntagenbesitzer und Zwischenhändler (seit 1988 allein 2.000!) eine breite finanzielle Basis zur Bewaffnung großer Bevölkerungsteile. Dies entspricht der neuen Strategie der jetzt einheimischen Anführer: Statt einen langatmigen und eher defensiven Guerillakrieg verstreuter Kommandos zu führen, wie es das Konzept der sog. *Guerra Popular Prolongada* der abgezogenen Kader vorsah, werden militärische Einheiten gebildet, die dank ihrer Unterstützung durch die umliegenden Dorfgemeinden eine frontale Auseinandersetzung mit den Regierungstruppen wagen können, wie das Vorgehen des EZLN seit dem 1. Januar 1994 zeigt. Eine derartige Taktik wäre - dies geben die heute etablierten Ex-Guerrilleros/as verblüfft zu - in der ländlichen Guerilla der siebziger Jahre undenkbar gewesen.

Chronologie der Ereignisse seit dem 1.1.1994

1. Januar '94:

In den frühen Morgenstunden besetzt das EZLN (*Ejército*

Zapatista de Liberación Nacional - „Zapatistisches Nationales Befreiungsheer“) 4 Orte im Norden und im Hochland von Chiapas: San Cristóbal de Las Casas, Altamirano, Las Margaritas und Ocosingo.

San Cristóbal ist neben der Hauptstadt Tuxtla Gutiérrez mit 80.000 EinwohnerInnen der zweitgrößte Ort in Chiapas, Marktzentrum für die im Umkreis lebenden Tzotzil, Tzeltal und Tojolabal und deshalb auch ein beliebter Anziehungspunkt für TouristInnen (siehe Karte). In San Cristóbal setzen die Aufständischen den Justizpalast in Brand, besetzen das Rathaus und nehmen Umverteilungen in einer Apotheke und einem Lebensmittelladen vor. Zwischen 200 und 800 KämpferInnen - je nach Bericht - mit modernen Funkanlagen und teilweise guten Waffen ausgerüstet sind in San Cristóbal präsent. Sie übermitteln über verschiedene besetzte Radiostationen eine Deklaration mit ihren Forderungen und einem „Revolutionären Gesetz“ sowie eine Kriegserklärung (siehe oben) gegen das mexikanische Heer, fordern zum Marsch auf Mexiko-Stadt und zur Absetzung des „Diktators“ Salinas de Gortari auf.

2. Januar '94:

Als sich die EZLN-KämpferInnen - mit erstaunlich geringen Verlusten - aus San Cristóbal zurückziehen, befreien sie alle 179 Gefangenen aus dem Gefängnis. Die mexikanische Regierung erhebt Vorwürfe gegenüber „katholischen Geistlichen, die der Befreiungstheologie anhängen, Uneinigkeit in die Region getragen und die Guerilla direkt unterstützt“ hätten. Damit ist besonders der Bischof von San Cristóbal, Samuel Ruíz angegriffen, gegen den seit einigen Monaten eine vom Innenminister und ehem. Gouverneur Chiapas' Patrocinio González Garrido gesteuerte Kampagne mit Rücktrittsfordern betrieben wird.

In Comitán wird Absalón Castellanos Domínguez, ein weiterer



Ex-Gouverneur von Chiapas, vom 6. Januar '94:
EZLN entführt.

4. Januar '94:

Die Aufständischen ziehen sich aus Altamirano zurück. Das EZLN sprengt Brücken bei Huixtlán, La Virgen und La Florida und unternimmt weitere Angriffe auf den ca. 10 Kilometer von San Cristóbal entfernten Militärstützpunkt XXXI. Der Flughafen von Tuxtla Gutiérrez wird der ausschließlichen militärischen Nutzung vorbehalten, alle Zufahrtstraßen werden mit Armeefahrzeugen gesperrt, Journalisten bleibt der Zutritt verwehrt. Die Regierung zieht Truppen in Chiapas zusammen (12.000 Soldaten) und beginnt mit Bombardierungen der Aktionsgebiete des EZLN. Das EZLN schießt 3 Hubschrauber ab. In Ocosingo bleiben nach dem Rückzug der Aufständischen über 100 Leichen zurück, davon ca. 50 Guerrilleros/as, viele von ihnen mit Kopfschüssen aus nächster Nähe und/oder Fesseln an Händen und Füßen - deutliche Hinweise auf Exekutionen von Kriegsgefangenen.

Die mexikanische Regierung fordert das EZLN zum Dialog auf und benennt eine erste Abordnung von Funktionären des Sozialministeriums - das EZLN lehnt Verhandlungen ab. Bischof Samuel Ruíz nennt die Vorgehensweise des EZLN selbstmörderisch und beschuldigt die Regierung, zahlreiche Guerrilleros/as exekutiert zu haben. Er fordert beide Seiten auf, die Waffen niederzulegen.

In anderen Bundesstaaten - Puebla und Michoacán- finden Anschläge auf Strommasten statt. Die Regierung bietet Verhandlungen an: Als Vorbedingung fordert sie die Abgabe der Waffen, die Freilassung von Gefangenen und die Benennung der FührerInnen - das EZLN lehnt ab. Die Regierung bestreitet weiter, daß ein Krieg stattfindet, und nennt den Konflikt ein „soziopolitisches Problem“. Vierzig gefangene Guerrilleros/as werden nicht nach Kriegsrecht, sondern nach gewöhnlichem Strafrecht abgeurteilt.

Die *Comisiones Permanentes* (CCPP, die VertreterInnen der ca. 40.000 offiziell anerkannten guatemaltekischen Flüchtlinge in Mexiko) und ARDIGUA (der Zusammenschluß der über 50.000 guatemaltekischen Flüchtlinge, die ohne Papiere und Anerkennung in Chiapas leben) machen auf die schwierige Situation der guatemaltekischen Flüchtlinge in Mexiko aufmerksam, weisen Beschuldigungen der Zusammenarbeit mit mexikanischen Aufständischen zurück und fordern den UNHCR, das UNO-Flüchtlingshochkommissariat, auf, internationale BeobachterInnen ins Konfliktgebiet zu entsenden.

7. Januar '94:

Das EZLN zieht sich aus fast allen besetzten Orten zurück und versucht, sich Tuxtla Gutiérrez weiter zu nähern. Das mexikanische Militär berichtet

über jetzt 15.000 in Chiapas operierende Soldaten und ca. 100 Verluste bei den Kampfhandlungen. Unabhängige Schätzungen aus kirchliche Kreisen gehen von ca. 400 Opfern aus, je 200 auf Seiten von Militärs und Aufständischen. Über zivile Opfer gibt es noch keine Zahlen. In Tuxtla werden die toten Aufständischen erke-
nungsdienstlich behandelt (Autopsie und Fotografie) und verschwinden dann in Massen-
gräbern. Familienangehörige auf der Suche nach Verschwundenen bekommen keine Infor-
mationen.

Das EZLN schickt ein - erst später publiziertes - Schreiben mit einem ersten Angebot eines „öffentlichen, schriftlichen Dialogs“. Als VermittlerInnen werden Rigoberta Menchú (Friedensnobelpreisträgerin 1992), Julio Scherer (Journalist) und Samuel Ruíz vorgeschlagen.

8. Januar '94:

In Mexiko-Stadt explodiert eine Autobombe, und in Acapulco wird eine Granate auf das Rathaus geschleudert. Für beide Anschläge übernimmt PROCUP (*Partido Revolucionario Obrero Clandestino Unión del Pueblo*) die Verantwortung, als Solidaritätsbekundungen mit dem EZLN. Das EZLN distanziert sich von solchen Anschlägen, es weist es zurück, die Zivilbevölkerung zu gefährden und betont, daß es einen Krieg gegen die Regierung führt und dementsprechend auch seine Aktionen ausrichtet.

In Mexiko-Stadt fordern ca. 5.000 Menschen auf einer friedlichen Demonstration den sofortigen Stop der Bombardierungen auf Chiapas. Präsident Salinas de Gortari ernennt eine „Spezialkommission für Chiapas“, die aus dem chiapanekischen Schriftsteller Eraclio Zepeda, dem Anthropologen Andrés Fábregas Puig und dem PRI-Senator Eduardo Robledo bestehen. Sie bekommen den Auftrag, „den Dialog der verschiedenen sozialen Sektoren in Chiapas zu fördern, die Partizipation der Bevölkerung zu

erweitern, das Zusammenleben zu stabilisieren, die Normalität im sozialen Leben wiederherzustellen und einen 'Runden Tisch für eine konzertierte Aktion' zu eröffnen“.

Nach einem Bericht der Regierung von Chiapas werden 24 Orte und *Municipios* (Kommunen) als Bereiche „hohen Risikos“ eingestuft, was heißt, daß dort das Potential vermutet wird, die Erfolge von San Cristóbal, Altamirano etc. zu wiederholen. Für weitere 13 Orte wird die verstärkte Bewachung angeordnet, da sie als „hochgradig kriegsführend“ eingestuft werden. Das gesamte Kriegsgebiet wird zu Sperrgebiet erklärt. Das EZLN startet neue Angriffe auf eine Kaserne in direkter Nähe von San Cristóbal.

Tausende von Flüchtlingen fliehen nach Villahermosa, Tabasco, Palenque, San Cristóbal, Comitán und Las Margaritas.

9. Januar `94:

Der mexikanische Präsident ernennt den Ex-Bürgermeister von Mexiko-Stadt, Manuel Camacho Solís, zum Leiter der „Spezial-Kommission für Frieden und Versöhnung“, er gilt als Querdenker, Krisen- und Verhandlungsexperte.

Es gibt eine neue Stellungnahme von der EZLN zu den ihnen vorgeworfenen Übergriffen auf Presse- und Rotkreuzfahrzeuge, sie erstatten von Journalisten zu Unrecht beschlagnahmtes Geld zurück und betonen, daß sie ein mexikanisches Heer seien, es keine AusländerInnen in ihren Reihen gäbe und ihr Führungskomitee „100%ig indianisch“ sei. Sie stellen ihrerseits 5 Bedingungen für Verhandlungen:

- Anerkennung des EZLN als Kriegspartei
- beidseitiger Waffenstillstand
- Rückzug der Streitkräfte aus den Ortschaften
- Stop der Bombardierungen

gegen die Landbevölkerung

- Bildung einer nationalen Versöhnungskommission

10. Januar `94:

Die Aufständischen haben ihren Aktionsradius auf 14 *Municipios* ausgedehnt, 25 Dörfer wurden von der Luftwaffe bombardiert, weitere Flüchtlingsströme setzen sich in Bewegung. Nach Berichten von speziell entsandten US-BeobachterInnen sind „die meisten Rebellen Einheimische“. Es gibt mehrere Bombendrohungen in der Hauptstadt.

11. Januar `94:

Der wegen seiner harten Linie umstrittene Innenminister Patrocinio González Garrido muß zurücktreten, seine Stelle übernimmt der bisherige Vorsitzende der staatlichen Menschenrechtskommission Jorge Carpizo MacGregor. Danach wird eine Art „einseitiger Waffenstillstand“ von den Regierungstruppen erklärt, die Kampfhandlungen gehen zurück, es kommt jedoch zu weiteren Zusammenstößen. Mexikanische Unternehmerverbände warnen die Regierung, „... ein rein politisches Problem mit ökonomischen Zugeständnissen zu beantworten“.

12. Januar `94:

Trotz der unsicheren Bedingungen in Chiapas findet der für den 10.1.1994 geplante Retorno (freiwillige, organisierte, kollektive, international begleitete Rückkehr) einer Gruppe von 200 guatemalteken Familien (ca. 980 Personen) statt. Nach über zehnjährigem Exil und einer mehr als einjährigen Planungsphase kehren sie zurück auf die Finca „Nueva Esperanza“ im Department Nentón, Guatemala. Sie werden begleitet vom Roten Kreuz, CAPP, UNHCR, COMAR und CEAR (den mexikanischen und guatemalteken Flüchtlingsbeauftragten) und empfangen von Rigoberta Menchú, der Nachbarbevölkerung mit kirchlichen und weltlichen WürdenträgerInnen und dem Präsidenten

Ramiro de León Carpio. Wann der für den 24. 1.1994 geplante nächste Retorno nach Guatemala stattfinden wird, ist ungeklärt.

Es gibt Berichte über MexikanerInnen auf der Flucht vor dem Krieg, die die Grenze nach Guatemala überquert haben, es fehlen aber Informationen über ihre Aufnahme, Behandlung und ihren Status als Flüchtlinge in Guatemala.

13. Januar `94:

Der Regierungsgesandte Camacho Solís erkennt die Existenz des EZLN als „kriegführende Partei“ an, betont aber, daß diese Meinung nicht die offizielle Position der Regierung sei.

15. Januar `94:

Amnesty International in London gibt bekannt, daß sie eine Delegation nach Chiapas entsenden werden, um die besorgniserregenden Berichte über Menschenrechtsverletzungen, Mißhandlungen und Exekutionen zu überprüfen. Die Unklarheit über Anzahl und Zustand der gefangenen Guerrilleros/as bleibt bestehen. Bischof Samuel Ruíz wird, zusammen mit anderen Bischöfen, als offizieller Vermittler anerkannt.

16. Januar `94:

Präsident Salinas de Gortari bietet Aufständischen und Soldaten für alle Handlungen im Zeitraum vom 1.1 bis zum 16.1.1994 eine Amnestie ohne weitere Bedingungen an, verspricht ein „Programm zur Linderung der ärgsten Not in Chiapas“ und verkündet einen einseitigen Waffenstillstand. Das EZLN verkündet die Respektierung der Feuerpause und prinzipielle Gesprächsbereitschaft.

Stellungnahme der Frente Independiente de Pueblos Indios (FIPI) zum bewaffneten Konflikt in Chiapas

Mexiko-Stadt 6.1.94 (AIPIN): Im Bestreben dazu beizutragen, daß in den indianischen Regionen Chiapas der Friede wiederhergestellt wird, hat die „Unabhängige Front indianischer Völker“, eine nationale Koordination verschiedener regionaler indianischer Organisationen Mexikos, einen Vorschlag erarbeitet, der den Konflikt in Chiapas in seiner gesamtmexikanischen Dimension zu verstehen und zu lösen sucht. Der mexikanische Staat und die Nationalgesellschaft müssen die Existenz der indianischen Völker als integrale Bestandteile der mexikanischen Nation anerkennen. Dafür sind folgende Schritte notwendig:

- 1.** Im **wirtschaftlichen** Bereich müssen den indianischen Produzenten lokale Alternativen zur ökologischen Regenerierung, zur Unterstützung produktiver Projekte (vor allem bzgl. der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln) und zur Förderung von Programmen diversifizierter Bodennutzung sowie von Kleinbetrieben angeboten werden. Diese Programme werden von Indianern selbst geleitet werden, auch ist ihnen eine Einflußnahme auf touristische Großprojekte wie dem „Mundo Maya“ zuzugestehen.
- 2.** Im **sozialen** Bereich muß die Regierung besondere Mittel aufbringen, um die historisch marginalisierten Regionen zu versorgen. In einem Zeitraum von mindestens zehn Jahren, also der von der UNO proklamierten Dekade der indigenen Völker, wird es nötig sein, erhebliche Mittel in die Bereiche Erziehung, Straßenbau, Gesundheit, Wasserversorgung, Elektrizität usw. zu leiten, um die Marginalisierung unserer Regionen auszugleichen.
- 3.** Was die **Kultur** betrifft, schlagen wir eine Gesetzesreform vor, die in indianischen Gebieten den offiziellen Gebrauch sowohl des Spanischen als auch der indianischen Sprachen zuläßt, um damit diesen Sprachen ihre Würde wiederzugeben. Außerdem muß die Verfassung die juristischen Systeme der indianischen Völker und die Praxis der traditionellen Medizin anerkennen sowie ihre religiösen und künstlerischen Ausdrucksformen fördern.
- 4.** Im **rechtlichen** Bereich ist es nötig, mit dem Ausführungsgesetz zum jüngst reformierten Artikel 4 der Verfassung [der den plurikulturellen und multiethnischen Charakter Mexikos anerkennt] einen juristischen Rahmen zu schaffen, um die Rechte der indianischen Völker zu schützen und die internationalen Konventionen umzusetzen, die die Regierung unterzeichnet hat.
- 5.** In bezug auf **Land und Territorien** stellt die FIPI fest, daß die Agrarpolitik der vergangenen Jahre die territorialen Rechte der indianischen Völker, wie sie uns in der von der mexikanischen Regierung ratifizierten Konvention 169 der ILO zugesichert sind, mißachtet und ignoriert. Um diese Konvention anzuwenden, sind politische Lösungen und ökonomische Anstrengungen unter Beteiligung der indianischen Völker gefragt, wodurch sie in die Lage versetzt werden, Land zurückzukaufen und so die indianischen Territorien wiederherzustellen.

★ **Reform oder Revolutionäre Theorie und Praxis
in Lateinamerika und Europa**

Internationalismus- Kongress Frankfurt/M

*Es war wohl eher ein Zufall, hatte aber
trotzdem hohen Symbolwert, daß sich am
2./3. Oktober '93 über 600 Internationali-
stInnen in der Frankfurter Universität
trafen, ohne auch nur den 3. Jahrestag von
Großdeutschland zu erwähnen...*

—von Peter Nowak—

Und doch hatte das Kongreßthema viel mit den Folgen der weltpolitischen Verwerfungen zu tun, die Ende der 80er Jahre zum Zusammenbruch der nominalsozialistischen Staaten in Europa führten. Hochrangige VertreterInnen unterschiedlicher politischer Parteien, Gewerkschaften und Volksorganisationen, ehemalige oder noch aktive GuerillakämpferInnen Zentral- und Lateinamerikas wurden vom Dietzenbacher Verein 'monimbo' e.V. zu dem Kongreß eingeladen, wo sie über ihre Perspektive nach der Herausbildung einer unipolaren Welt debattierten.

Anders als in Europa begann die politische Neuorientierung großer Teile der Zentral- und

Lateinamerikanischen Linken bereits Anfang der 80er Jahre. So traf sie die Niederlage des Nominalsozialismus nicht unvorbereitet. Es hatten sich schon handlungsfähige Strukturen gebildet, die auf zahlreichen Kongressen gefestigt wurden. Der letzte fand in Sao Paulo statt.

Die Diskussionsansätze und Fragestellungen dieses 'Forum von Sao Paulo' brachten die ReferentInnen mit nach Frankfurt.

- Wie soll ein alternatives Projekt der Emanzipation für Lateinamerika aussehen?
- Ist eine ökonomisch autonome Entwicklung durchzusetzen, wo die Wirtschaftspolitik in vielen Fällen

außerhalb der Ländergrenzen und ohne Partizipation der Bevölkerung bestimmt wird?

- Ist es möglich das „globale Unterdrückungssystem“ (aus der Resolution des Forum von Sao Paulo) mit einer nationalen Kampfstrategie zu überwinden?
- Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen des Reformkapitalismus ?

In den nächsten 3 Jahren finden in El Salvador, Uruguay, Brasilien, Venezuela und Guatemala Wahlen statt, durch die viele der GenossInnen entweder Regierungsfunktionen übernehmen könnten oder starke Oppositionskräfte stellen werden.

Die Fülle an unterschiedlichen Erfahrungen, die die GenossInnen in den letzten zwanzig Jahren gemacht haben, wurde ausgebreitet.

Die SandinistInnen haben in Nicaragua eine Revolution gemacht, mit großer Unterstützung aus der Bevölkerung die US-finanzierten Contras

besiegt und wurden von der durch Hunger und Krieg zermürbten Bevölkerung abgewählt. Heute versuchen sie in einer Gratwanderung die Angriffe der Ultrarechten in den USA und Nicaragua, die die Zeit um 15 Jahre zurückdrehen wollen, abzuwehren, indem sie die Camorro-Regierung mittragen. Die Parteibasis und die zunehmend verelendeten Bevölkerungsteile können diesen politischen Spagat der Ex-Commandantes schwer nachvollziehen. Auch innerhalb der FSLN ist dieser Kurs nicht unumstritten.

Der Genosse der kommunistischen Partei Chiles sprach als Vertreter einer politischen Kraft, die als Stütze der Regierung Allende und der 'Unidad Popular' ihrerseits jegliche außerparlamentarische radikale Aktivität als störend verurteilte und hilflos dem Massaker der CIA-gesteuerten Militärs an Tausenden GenossInnen zusehen mußte. Heute betont das linke Parteienbündnis, dem die KP als stärkste Kraft angehört, die Notwendigkeit den

gegenwärtigen chilenischen Staat zu liquidieren und eine Volksdemokratie zu installieren, wofür die Kombination verschiedener Kampfformen entscheidend ist. Dabei wird der Schwerpunkt von den GenossInnen auf den `Kampf der Massen` gelegt, Formen des Bruches (ruptura) und Aktionen des zivilen Ungehorsams sollen verbunden werden.

Eleuterio Huidobro sprach als Vertreter der FMLN-Tupamaros aus Uruguay, die Anfang der 70er Jahre mit spektakulären Guerillaaktionen große Sympathie in der Bevölkerung hatten, den legalistischen Kurs der `Unidad Popular` im Nachbarland Chile solidarisch kritisierten und heute nach jahrelanger Illegalisierung und Verfolgung durch die Militärs eine legale Partei mit eigener Zeitung und Radiostation sind, die sich anschickt, nach dem möglichen Wahlsieg des Parteienbündnisses `Frente amplio`, Minister zu stellen. Huidobro sprach von dem Dilemma, in dem die lateinamerikanische Linke steckt, sich „entweder mit einem wiedererstarkten rechten Nationalismus, der Bündnisse gegen die USA anbietet, oder mit den USA, die Bündnisse gegen die wiedererstarkten Bewegungen der rechten Militärs anbieten und fordern,“ zu verbinden.

In Brasilien organisierte sich Anfang der 80er Jahre eine breite Volksbewegung gegen die damalige

Militärdiktatur. Unter der Führung des bisherigen Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft Lula wurde im März 1980 die `Partido dos Trabalhadores`, PT (Arbeiterpartei), gegründet, die sich bald zur stärksten politischen Kraft im Lande entwickelte und die letzten Wahlen nur knapp verloren hat. Seit der Krise der korrupten Regierung liegt die PT bei Umfragen weit vorn.

An einen Wahlsieg der APT knüpfen viele latein- und zentralamerikanische GenossInnen große Hoffnungen. Schließlich ist Brasilien durch seine Größe und wirtschaftliche Potenz nicht so einfach unter Druck von Weltbank und USA zu setzen wie Nicaragua und El Salvador.

Gerade auf dieses Land haben sich jahrelang die Aktionen der BRD-Solidaritätsbewegung schwerpunktmäßig gestützt. Deshalb wurde der Vertreter der FMLN Shafik Handal auf dem Kongreß mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht. Handal, Vorsitzender einer Koordination von fünf Guerillagruppen, die vor einem Jahr den bewaffneten Kampf zugunsten einer Integration in den demokratischen Prozeß beendeten und aktuell in Auseinandersetzungen über ihren künftigen politischen Kurs stehen, betonte, daß für sein Land die Frage, ob ein Projekt für die Massen innerhalb einer bürgerlichen Demokratie und des Kapitalismus möglich sei, falsch gestellt sei, weil es dort

weder eine bürgerliche Demokratie noch einen entwickelten Kapitalismus gibt. Handal skizzierte ein `Projekt für die Massen`, das ungeachtet der internen Differenzen von der FMLN getragen wird. Kernpunkte dieses Projektes sind der Aufbau eines „nach den Kriterien von Produktivität, Konkurrenzfähigkeit, Rentabilität und Solidarität aufgebauten Volkssektor der Wirtschaft“. Dieses Modell „berücksichtigt und respektiert kapitalistische Privatunternehmen aller Größen, stimuliert jedoch jene Unternehmer, die am meisten für die soziale Gleichheit tun“. Ausdrücklich sprach sich Handal für den Erhalt einer sozial geregelten Marktwirtschaft aus. Die Globalisierung der Weltwirtschaft und die internationale Abhängigkeit wurden anerkannt, bei der Betonung der Verteidigung der nationalen Souveränität und Selbstbestimmung.

Handals Thesen lösten bei Teilen des Podiums und des Publikums scharfe Kritik aus, wobei allerdings angesichts der Fülle der Beiträge keine ausführlichere Diskussion möglich war. Die Mitveranstalterin des Kongreß, die Europa-Abgeordnete Dorothee Piermont warf Handal vor, daß seine Wirtschaftsvorstellungen keinen Ausbruch aus dem Gefängnis des Kapitalismus bedeuteten sondern eine Ausstaffierung der Zelle mit Schaumgummi.

Auf Kritik aus dem Publikum stieß auch,

daß über die Organisierung von Widerstand in Europa, anders als das Kongreßmotto vermuten ließ, kaum geredet wurde. Daran konnte ein eingeschobener Beitrag baskischer GenossInnen und ein interessanter theoretischer Beitrag eines DKP-nahen Politologen nichts ändern. So wurde, so die KritikerInnen, der alte Fehler hiesiger Solidaritätsarbeit wiederholt, die Diskussion über Ansätze von grundsätzlichen Veränderungen bei uns wurde vernachlässigt.

Das ist umso bedauerlicher, angesichts des Rückstandes, den diese Diskussion gegenüber derjenigen der zentral- und lateinamerikanischen Linken immer noch aufweist.

Lediglich eine Resolution für die Freilassung der seit 21 Jahren inhaftierten Irmgard Möller, Gefangene aus der RAF, wurde verabschiedet und die Unterstützung der Cuba-Solidaritäts-Demonstration am 16. Oktober 93 in Bonn wurde beschlossen. Jenseits aller sonstigen Kontroversen war die Solidarität mit Cuba unter allen aus- und inländischen GenossInnen unumstritten.

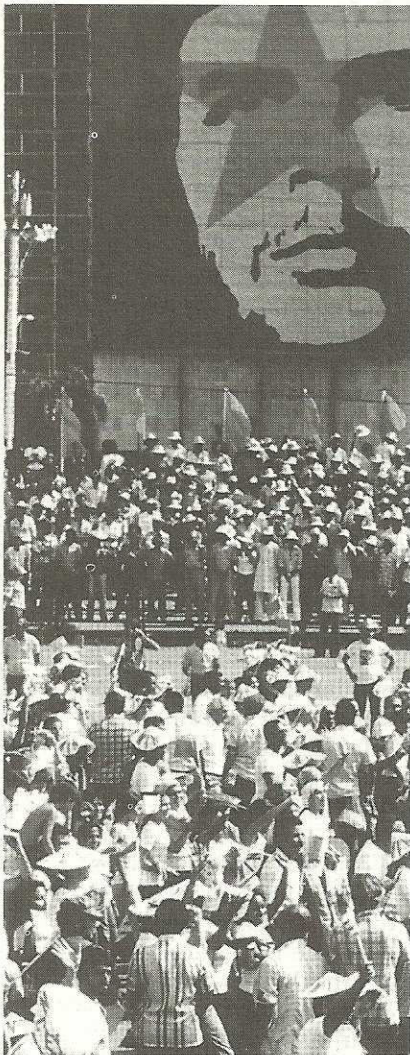
Es ist zu hoffen, daß es weitere Kongresse dieser Art geben wird, wo auch die Bedenken der KritikerInnen berücksichtigt werden, denn ungeachtet dieser Kritik war er ein Gewinn für die Linke beider Welten. ★



Shafik Jorge Hándal...

...Ist ein lateinamerikanisches Projekt für die Massen innerhalb der bürgerlichen Demokratie und des Kapitalismus möglich?

Auszüge aus dem Beitrag auf dem Kongreß, der in Frankfurt von Monimbó veranstaltet wurde.



In unserem Land findet derzeit ein noch unvollendeter Kampf für die Demokratie statt; das Land versucht, ein Jahrhundert autoritäre Regime der Rechten - hoffentlich endgültig - zu überwinden, von denen während der letzten 60 Jahre Militärdiktaturen herrschten. Ob wir die Errichtung und Konsolidierung einer Demokratie erreichen oder aber sich die Restauration breit macht das wird man sehen. Und ob die Demokratie sich am Ende als eine „bürgerliche“, d.h. rein formale, oder aber als eine substantielle, d.h. partizipative mit endgültigem Volkscharakter herauskristalisieren wird, das ist eine Sache, die auch fraglich ist. Beide Kämpfe sind miteinander verwoben, wobei der erste (zwischen Demokratisierung und Restauration) heute der wichtigere und entscheidendere ist.

Entgegen allen Erwartungen konnte die Regierung von ARENA nicht zur Konsolidierung des geprägten autoritären Regimes beitragen, denn in den Monaten nach ihrem Amtsantritt im Juni 1989 erreichte der revolutionäre Volkskrieg sein höchstes Niveau und öffnete damit den Weg für Verhandlungen. Durch diese wurden das Ende der alten Militärdiktatur sowie das Programm und der Einstieg in die Demokratisierung erreicht.

Die Demokratisierung und mit ihr der Ablauf der Entmilitarisierung (mit dem ihr auferlegten genauen Katalog von Veränderungen), die Reform und Gesundung des Justizapparates sowie des Wahlsystems, die Verteidigung und Weiterentwicklung der Menschenrechte, Rechtsstaat, Landverteilung, Foren zur Versöhnung usw. sind die

ersten nationalen Forderungen, die die revolutionäre Linke als Errungenschaften des unbesiegtten Volkskriegs in das Zentrum ihrer aktuellen Politik gestellt hat.

Im Kampf um die Durchführung dieses Programms gibt es eine außergewöhnliche und umfassende Übereinstimmung unter den politischen Kräften und darunter sind einige kapitalistische Unternehmergruppen, eingeschlossen einige der Größten.

Die Friedensvereinbarung am 16. Januar 1992 und der folgende Prozeß der Erfüllung der Abmachungen öffneten Spielräume für die Demokratisierung, aber sie provozierten wachsenden Widerstand in konservativen und extremistischen Kreisen der Rechten. der Kampf um die Demokratie ist also in vollem Gange, ihre Feinde verfügen über wichtige Mittel und

Liebe Leserinnen und Leser!

Diese CUBA LIBRE wurde von Teilen des Vorstandes der Freundschaftsgesellschaft BRD - KUBA in Zusammenarbeit mit einer Minderheit der Redaktion zensiert.

Am 5. Februar faßten fünf Mitglieder des Bundesvorstandes (die restlichen vier fehlten entschuldigt) einstimmig den Beschluß, daß die CUBA LIBRE zukünftig einer Schlußzensur des FG-Vorstandes unterliegen soll: *"In gemeinsamer Sitzung von Redaktion und Bundesvorstand werden von den vorliegenden Artikeln diejenigen ausgewählt, die in der anstehenden CL erscheinen werden. Besteht Uneinigkeit über die Veröffentlichung von Texten, entscheidet die einfache Mehrheit der anwesenden Bundesvorstands-Mitglieder über die Veröffentlichung."*

Die Mehrheit der Redaktion, d. h. sämtliche Mitglieder der alten Redaktion sowie Margarete Effertz, weigerte sich, eine solche Zensur zu akzeptieren. Daraufhin wurde diese Ausgabe der CUBA LIBRE erstellt, ohne daß Artikel und LeserInnenbriefe, die nicht zur Zensur vorlagen, berücksichtigt wurden. Die Mitherausgeberin der CUBA LIBRE, die Freundschaftsgesellschaft Berlin - Kuba, wurde noch nicht einmal über den Beschluß durch die Bundesvorstands-Mehrheit informiert.

Auf der Vorstandssitzung am 12. März beantragten Margarete Effertz, Ulla Symanzik, Horst-Eckart Gross und Jonny Norden - im Einklang mit einem Antrag der FG-Gruppe Tübingen - eine Rücknahme des Zensurbeschlusses vom 5. Februar. Als der Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde, traten die genannten Bundesvorstandsmitglieder geschlossen zurück.

Der Hintergrund dieser Eskalation ist ein Streit über die Berichterstattung der CUBA LIBRE in der Vergangenheit. Uns, der alten Redaktion, wurde durch die Mehrheit des Bundesvorstandes vorgeworfen, *"Sabotagearbeit an der materiellen und politischen Solidarität"* mit Kuba zu leisten.

Wir weisen diesen Vorwurf zurück. Unser Interesse war und ist eine sachkundige und detaillierte Berichterstattung, jenseits von reaktionären Verdrehungen und zweckoptimistischer Erfolgspropaganda.

Niemandem, weder der kubanischen Revolution noch der Solidaritätsbewegung, nutzt eine Berichterstattung, die Entwicklungen auf Kuba verschweigt. Wir haben uns immer bemüht, ein realistisches Bild von Kuba zu geben, kontroverse Meinungen wiederzuspiegeln und den Widersprüchen auf Kuba und in der Solidaritätsbewegung nicht auszuweichen.

Die Mehrheit des Bundesvorstandes und einige andere Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft haben sich demgegenüber hartnäckig geweigert, eine inhaltliche politische Auseinandersetzung über die Entwicklung auf Kuba in dieser Zeitschrift zu führen. Auf politische Kritik und Polemik unsererseits wurde und wird ausschließlich mit persönlicher Denunziation reagiert (siehe in dieser Ausgabe wieder die Angriffe von H. W. Hammer gegen C. Eggers, dem u. a. bewußt erlogen unterstellt wird, er hätte Hammer als "faschistoid" bezeichnet, sowie gegen H.-E. Gross und J. Norden, denen Hammer u. a. vorwirft "nicht mehr cubafreundlich zu nennende Propaganda" zu betreiben).

Die Mehrheit des Bundesvorstandes will verhindern, daß in der CUBA LIBRE eine Auseinandersetzung über den kubanischen Entwicklungsweg stattfindet. Demgegenüber eint uns, die Mehrheit der Redaktion, nicht eine gemeinsame Einschätzung über diesen Entwicklungsweg, sondern der Wunsch, das vielfältige Meinungsspektrum innerhalb der Solidaritätsbewegung und der kubanischen Politik und Gesellschaft zu dokumentieren. Wir sind weder bereit, Willkür und Zensur zu akzeptieren, noch unsere politischen Prinzipien den Ansprüchen von Macht- und Realpolitik zu opfern.

Die kubanische Revolution ist durch die imperialistische Blockade und die dadurch erzwungene Restauration marktwirtschaftlicher Mechanismen auf der Insel außerordentlich gefährdet. Die Solidaritätsbewegung kann nicht durch Intoleranz, Engstirnigkeit, Opportunismus, und vorauseilenden Gehorsam gestärkt werden. Im Gegenteil: Wohin die Unterdrückung von Widersprüchen in der Geschichte der sozialistischen Bewegung geführt hat, ist offensichtlich. Die Linke braucht die Möglichkeit zur freien Debatte - hier und auch auf Kuba.

Wir bitten alle Leserinnen und Leser der CUBA LIBRE, alle Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft BRD - KUBA e.V. um Unterstützung und Solidarität. Protestieren Sie gegen den Zensurbeschuß des Bundesvorstandes durch Briefe an die neue Redaktion und unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift den Aufruf zur Einberufung einer außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD - KUBA e.V., auf der über die zukünftige Politik der FG und die Arbeit der CUBA LIBRE-Redaktion entschieden werden muß.

M. Effertz (Redaktion, Geschäftsführerin der FG); **C. Eggers** (Redaktion); **H.-E. Gross** (Redaktion, Bundesvorstand); **J. Norden** (Redaktion, Bundesvorstand); **I. Oquiñena** (Redaktion); **U. Symanzik** (Bundesvorstand); **G. Weiß** (Redaktion)

Ich fordere die unverzügliche Einberufung einer außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD - KUBA e.V.

Name..... Vorname.....

Anschrift.....

Ort, Datum..... Unterschrift.....

Mitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD - KUBA e.V. ja nein

Einsenden an: Freundschaftsgesellschaft BRD - KUBA e.V.
Theodor-Heuss-Ring 26, 50668 Köln

Die Kosten dieser Beilage wurden von den UnterzeichnerInnen selbst finanziert.

Da wir in dieser Beilage nicht alle wegzensierten Artikel veröffentlichen können, seien hier wenigstens die unterdrückten Briefe an die Redaktion dokumentiert (die Artikel können gegen Einsendung von 5.-DM Porto- und Kopierkosten bei der FG-Geschäftsstelle angefordert werden).

Liebe Freunde!

Eure letzte Ausgabe hat mir gut gefallen. Insbesondere die Interviews mit Carlos Tablada und El Ñato. Aber noch ein Nachtrag zu CUBA LIBRE Nr. 3/93: Der Leserbrief von H.-W. Hammer aus Essen ist für ausländische Immigranten in der BRD einfach eine Beleidigung. Laut H.-W. Hammer sind wir "Nicht-Deutsche". Auch hier gilt, was ich schon in meinem Leserbrief zum Kuba-Demo-Aufruf der Freundschaftsgesellschaft geschrieben habe: Warum spricht Hammer eigentlich nicht gleich von "Un-Deutschen"? Deutsche werden nach Hammers Ansicht "in die Spirale des Elends getrieben und damit zu potentiellen Unterstützern eines neuen deutschen Faschismus". Ist den Lesern eigentlich die Ungeheuerlichkeit dieser Aussage klar? Wieso veröffentlicht die CUBA LIBRE eine so nationalistische Aussage? Wenigstens hat Euer Redakteur Christian Eggers mit seinem Kommentar den Leserbrief deutlich kritisiert. Trotzdem verstehe ich nicht das Motiv, diese Aussagen überhaupt abzdrukken. Haltet Ihr Beleidigungen von Immigranten schon für so selbstverständlich, daß sie auch in einer internationalistischen Zeitschrift ihren Platz haben dürfen?

E. Dogan, Hamburg

Liebe Redaktion!

Seit über acht Jahren lese ich Eure Zeitschrift und habe mich eigentlich immer über irgendwelche Artikel geärgert. Das ist auch jetzt noch so, aber jetzt will ich Euch doch auch endlich mal ein großes Lob aussprechen: CUBA LIBRE ist ein sehr lesenswertes und gerade durch die kontroverse Berichterstattung herausragendes Magazin in der deutschen Solidaritätsbewegung geworden. Ich schicke seit geraumer Zeit jede Ausgabe an Freunde in Kuba, die immer wieder erfreut sind, daß es eine solche Zeitschrift gibt. Sie sind alle Mitglieder und Funktionäre der PCC, und gerade deswegen schätzen sie die glaubwürdige und solidarische Art, in der Ihr über den kubanischen Entwicklungsweg informiert, ohne negative Tendenzen zu verschweigen. Auch im Namen meiner kubanischen Freunde: Macht weiter so! Laßt CUBA LIBRE nicht wieder zu einem "Parteiorgan" werden, wie es ja wohl manche Leute gerne wollen. Das würde der Solidaritätsbewegung und also auch Kuba schaden.

M. Mueller, Berlin

Hallo Leute von der CUBA LIBRE!

Euer Journal lese ich gerne. Ihr schreibt in der letzten Zeit Sachen über Kuba und Amerika, die ich sonst nirgends finde. Aber manchmal scheint Ihr auf dem Mond zu leben. Da streitet Ihr Euch über Dinge, bei denen ich nur lachen kann. Zum Beispiel die Gedanken von Cornelia Norden über den Erhalt des revolutionären Gesundheitswesens haben ja für einigen Wirbel gesorgt. Wohl wegen "Einmischung in die inneren Angelegenheiten"? Besorgt Euch einfach öfters Materialien zu Kuba von Autoren, die nicht zu Eurem politischen Freundeskreis gehören. Sicher erlebt Ihr dann viel Überraschendes. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat einen Bericht unter dem Titel veröffentlicht: "Von der Nachbesserung zur wirtschaftlichen Strukturreform - Kubas Anpassung an die Bedingungen des kapitalistischen Weltmarktes". Darin schreibt Robert Lessmann über einen Kuba-Besuch und die Teilnahme an einem Seminar der Stiftung mit dem kubanischen Zentrum für Europa-Studien im Oktober in Havanna. Ich zitiere mal einen Abschnitt aus diesem Bericht:

"Der Frage der Beziehungen zur Bundesrepublik und zur EG wird von Kuba heute große Bedeutung beigemessen. In den bilateralen Beziehungen wolle man von alten Streiffragen weg und hin zur Suche nach neuen Anknüpfungspunkten gelangen. Von den Partnern erwarte man Verständnis und die Anerkennung des Rechtes auf einen eigenen Entwicklungsweg. Deutsches know-how und deutsche Effizienz, so wurde verschiedentlich betont, können der wirtschaftlichen Genesung förderlich sein. Deutsche Unterstützung im Sinne von Ausbildung, Weiterbildung und Beratung sei daher willkommen. Denkbare Felder könnten im Hinblick auf das anstehende Reformprojekt insbesondere die Steuer-, Spar- und Sozialpolitik sein, aber auch die Weitergabe von Erfahrungen mit genossenschaftlichen Organisationsformen in der Wirtschaft."

Mich würde die Meinung der Kubaner zu den Überlegungen in Sachen Gesundheitswesen interessieren.

Viele Grüße!

T. Schick, Berlin

Betrifft: Leserbrief von H. M. aus Leipzig in der letzten CUBA LIBRE.

Wie kommt H. M. auf den Gedanken, eine Kommentierung von Leserbriefen durch die Redaktion oder durch einen Redakteur sei "Zensur"? Genau das Gegenteil ist richtig. Kommentierungen und Antworten auf Leserbriefe sind doch eine Bereicherung, zeigen lebendige Auseinandersetzung. Und gerade die will H. M. wegzensiert haben. Ich bitte die Redaktion und Christian Eggers jedenfalls, mit den Kommentaren weiterzumachen und hoffe, daß sie nur aus Platzgründen in der letzten Ausgabe fehlten. Wer politische Polemik nicht ertragen kann, sollte nach der eigenen Schere im Kopf schauen.

Freundliche und solidarische Grüße von

K. Richter, Frankfurt

Instrumente, aber sie haben wenig Einfluß in der Gesellschaft und sind in der Defensive.

Das neoliberale Modell hat noch nicht gegriffen und sein Schicksal ist - angesichts der allgemeinen Wahlen im März 1994 sowie der Ernüchterung der nordamerikanischen Regierung und der internationalen Finanzzentren in ihrer eingeschränkten und unstabiler gewordenen Lage in den USA selbst und im Weltmaßstab - offensichtlich ungewiß.

In aller kürzester Form zusammengefaßt heißt unser Projekt: „Demokratische Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit“.

Wir sind überzeugt, daß dies das Projekt ist, welches der demokratischen Revolution entspricht und daß dies die Art Revolution ist, die in unserem Land im Gange ist. Das Abkommen von Chapultepec enthält im Wesentlichen das Programm der demokratischen Veränderungen, welche durch die spezifische Geschichte von El Salvador herangereift sind, und es wird vom größten nationalen Konsens getragen, den es seit der Unabhängigkeit von Spanien gegeben hat.

Dieser nationale Konsens und die Tatsache, daß seine praktische Umsetzung Leitfunktion hat, im Zentrum des politischen Kampfes steht und das politische Leben des Landes bestimmt, ist eine revolutionäre Errungenschaft, die viel mehr bedeutet als die simple Formulierung eines Programmes.

Die revolutionäre Macht, ganz gleich welchen Charakter sie trägt, muß demokratisch sein, und zwar umso demokratischer, je weiter sie fortgeschritten ist. In ihrem tiefgreifenden demokratisch-partizipativen Charakter liegen ihre hauptsächlichsten Stärken und ihre Überlebensgarantien und nicht im reinen Zwangspotential. Nur auf diese Weise kann sie Effizienz und soziale Gerechtigkeit garantieren.

Die Demokratie ist ein struktureller Bestandteil des Projektes für die Massen. In El Salvador ist nach einem Jahrhundert autoritären Regimes der Rechten, selbst die bürgerliche Demokratie ein revolutionärer Fortschritt, insoweit ihre Bewegungskräfte volksnah sind. Die Rechte in El Salvador hat niemals eine demokratische Entwicklung vorangetrieben, noch hat sie jemals für Demokratie gekämpft; sie schuf den repräsentativen Autoritarismus und förderte die Militarisierung des Staates. Die Bourgeoisie hat die Demokratie allerdings mit einigen sehr kleinen Gruppen in Übergangssituationen, und auch dann gebunden an beschränkte und abschließende Schemata unterstützt. In El Salvador war es immer die Linke, die den Kampf um Demokratie führte. Dieser Kampf war am erfolgreichsten, wenn die arbeitende und arme Bevölkerung umfassend und zahlreich mobilisiert werden konnte. Er brachte die bedeutendsten Momente in der nationalen Geschichte dieses Jahrhunderts hervor, und dies gilt auch

für den revolutionären Krieg der zwölf Jahre.

Als Programm ist das Abkommen von Chapultepec stark und differenziert in allem, was sich auf die demokratische Umwälzung des politischen Systems und des Staates bezieht. Es ist unzureichend auf ökonomisch-sozialem Gebiet, auf welchem die Übereinstimmung logischerweise geringer ist. Deshalb konzentriert sich die Aufmerksamkeit und die Debatte der salvadorianischen Linken gegenwärtig auf dieses Thema. Wir gehen alle von der Prämisse aus, daß dies kein Programm ist, um unmittelbar den Sozialismus einzuführen (was immer dessen Muster sei). Gleichzeitig aber - so meinen wir - gehört es sehr wohl zur demokratischen Revolution, daß mit ihr die objektiven Umstände geschaffen werden, die sich langfristig so weit entwickeln können, daß sie die Grenzen des Kapitalismus überwinden. Ein solches Stadium möchten wir weiterhin Sozialismus nennen.

Sein vordringlichstes Ziel soll die Überwindung der Armut der Mehrheit der Salvadorianer sein.

Nach diesem Hauptziel fordert und konzentriert sich das Modell auf das Wachstum, die Diversifizierung und die Entwicklung eines starken, hochproduktiven rentablen Volkssektors der Wirtschaft (Sector popular de la economia), der auf freiwilliger Pluralität von Eigentums- und Unternehmensformen aufbaut:

Genossenschaftliche und individuelle Arbeiterunternehmen sowie Kleinst-, Klein- und mittlere Privatunternehmen. Tatsächlich existieren bereits, obwohl verstreut, wichtige Teile des Volkssektors: Landwirtschaftliche Kooperativen, die mit der Agrarreform von 1980 entstanden sind, mittlere, kleine und Kleinstunternehmen, Nichtregierungsorganisationen, die die Zusammenarbeit mit dem Ausland aushandeln und durchführen, zwei Banken und andere staatliche Finanzierungsstellen, all dies muß im Rahmen einer Entwicklungsstrategie konzentriert und strukturiert werden.

Dies verlangt eine Neubestimmung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten innerhalb eines möglichst weit gesteckten Rahmens von Beziehungen mit der übrigen Welt.

Die nationale Selbstbestimmung ist kein Anachronismus, sondern eine Bedingung für Entwicklung. Sie schließt die Kenntnis der Welt ein, den nutzbringenden Umgang mit ihren Tendenzen und Widersprüchen, aber auch die Standhaftigkeit in der Verfolgung des selbstgewählten Weges.

Die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Welt können nur vorteilhaft sein für eine Entwicklung in sozialer Gerechtigkeit unter der Bedingung:

1 wenn der Weltmarkt stufenweise geöffnet und mit dem Wachstum des



Inlandsmarktes verbunden wird; in einem intensiven mittelamerikanischen und, soweit möglich, lateinamerika-

nischen Integrationsprozeß; wenn eine intelligente Strategie angewandt wird, uns mit den Zentren der entwickelten Welt und anderen in Beziehung zu setzen, damit wir auf diese Weise aus positiven Ansätzen ihrer Politik Nutzen ziehen können.

2 Der Import von Spitzentechnologie sollte graduell und selektiv vor sich gehen. Als generelle Regel muß die Verbesserung eigener Produktionstechniken und die Entwicklung oder Anpassung umweltverträglicher Technologien angestoßen werden, und zwar unter Berücksichtigung des Zieles, das Beschäftigungsniveau zügig anzuheben.

3 Ausländische Investitionen sollen nach den Gesichtspunkten der massiven Schaffung von Arbeitsplätzen, der Förderung sozialer Gerechtigkeit, der Kooperationsbereitschaft mit dem Volksektor der Wirtschaft stimuliert werden. In strategischen Wirtschaftszweigen muß ein Bereich von Unternehmen mit gemischtem staatlichen und ausländischen Kapital gegründet

werden.

4 Mit den internationalen Finanzzentren soll eine Strategie agiler Beziehungen angewandt werden welche aus deren aktueller Politik der - wie sie es nennen - „Entwicklung mit gleichen Chancen“ (desarrollo con equidad) Nutzen ziehen.

Die Demokratisierung und die Verwirklichung des alternativen Modells wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung müssen untrennbar verbunden, integriert und ganzheitlich behandelt werden. Nur so kann man von einem Projekt für die Massen sprechen, welches verwirklichtbar ist und die Gesellschaft verändert.

Auf jeden Fall werden die für März 1994 vorgesehenen allgemeinen Wahlen einen starken Einfluß darauf haben, wie und auf welchem Weg dieser nationale Konsens umgesetzt werden soll. Die Wahlen selbst werden zeigen, wieviel Macht und Stärke die reaktionärsten zivilen und militärischen Kräfte haben, die sich gegenwärtig neu formieren, um den Marsch auf dem eingeschlagenen Weg aufzuhalten und umzukehren. Ihn umzukehren wird wohl sehr schwierig sein aber man kann das auch nicht gänzlich ausschließen.

Als wir den revolutionären Volkskrieg begannen, erschien es uns unzweifelhaft, daß die Lösung des Problems der

Macht im Sturz der oligarchischen Militärdiktatur und in der Übernahme der Macht durch die revolutionären Kräfte bestünde und da sie sie zusammen mit den ihnen nahestehenden demokratischen Verbündeten ausüben würden.

Nach zwölf Jahren eines revolutionären Krieges von außergewöhnlicher Dimension und Offensivkraft gab es weder Sturz noch Machtübernahme. Aber es gab auch keine Niederlage der Revolution..

Die militärische Hegemonie der Rechten im Staat ist sicherlich nicht ungebrochen, sie ist vielmehr angeschlagen, politisch und moralisch national, und international in Bedrängnis geraten. Allerdings hat sie nach wie vor wichtige Positionen und Beziehungen, und damit auch Chancen, sich auf neue Art zu restaurieren.

Wir bestehen auf unserem grundlegenden Recht auf die Methode des „trial and error“ in einer Welt, die uns weder Beispiele noch Bezugspunkte bietet. Alle Mitglieder der FMLN sind überzeugt davon, daß es richtig ist, diese undogmatische Erfahrung zu machen und wir glauben daß die ganze Linke Lateinamerikas und der Welt uns mit ihren Ideen, ihren Erfahrungen, und ihrer Kritik dabei helfen sollte, daß dieses Schiff auf Kurs bleibt, seine Fahrt fortsetzt und die Einheit der Besatzung nicht zerbricht.

So gab es unter den Akteuren der salvadorianischen Revolution während des Krieges eine beeindruckende Klassenvielfalt, aber ebenso eine außerordentliche ideologische Pluralität. Die FMLN konnte diese Vielfalt anführen und verwirklichen, da sie sie verstand und akzeptierte, allen Dogmen zum Trotz, die in unseren Köpfen herumspukten. Während des Krieges verschwanden allmählich die Reden über das Proletariat und die Stigmatisierung des „kleinbürgerlichen“ Denkens mit dem gesamten Repertoire an abschätzigen Ausdrücken aus der Sprache der Organisationen der FMLN. Schon 1985 waren diese Dinge eine Seltenheit.

Wir haben diese Lektion in der lebendigen Praxis gelernt und heute akzeptieren wir keine rigiden Schemata mehr, die fern aller Realität uns Modelle vorhalten, in denen die eine Klasse prädestiniert ist, eine revolutionäre Rolle zu spielen und die anderen die Rolle der Konterrevolution. Mit Sicherheit ist es richtig, daß die revolutionären Kräfte zahlreicher und häufiger aus der armen Bevölkerung stammen, aber sie kommen dort nicht als zu Revolutionären prädestiniert zur Welt.

Es ist nach wie vor richtig, daß es unter den Akteuren, die an der Gestaltung der demokratischen Revolution beteiligt sind, ideologische und Klassenpluralität gibt. Die verschiedenen Gruppen versuchen jetzt aber, ihre Interessen so

direkt wie möglich zu vertreten und fangen so an, wirklich autonom aufzutreten. Diejenigen, die in die FMLN eintreten, verlangen auch eine eigene Rolle, Beteiligung von der Basis aus, mit einem Wort: Demokratie. Wer diese Realität nicht akzeptiert und sich ihr nicht anpaßt, wird als soziale oder als organisierte politische Kraft nicht überleben.

Der mit dem Friedensabkommen begonnene Übergang bedeutet auch eine Neuanpassung der Doppelherrschaft: Aus der Sicht Cristianis und der militärischen Führung würde die Auflösung des militärischen Apparats FMLN das Ende der revolutionären Volksmacht bedeuten, weshalb es sinnvoll war, den Preis der Demilitarisierung und der Demokratisierung mit dem Abkommen von Chapultepec zu zahlen und dann im Lauf seiner Erfüllung zu minimieren. Aus der Sicht der FMLN würde die revolutionäre Macht ihre militärische Grundlage und Ausdrucksform in eine starke und hochorganisierte politische und soziale Ausdrucksform und neuartige internationale Beziehungen verwandeln die die gewonnene diplomatische Macht erhalten. So würden wir die Erfüllung des Abkommens in hohem Maße erreichen, könnten so die alte Macht militärisch und politisch schwächen und bei den Wahlen 1994 einen Sieg erringen, der die Bildung einer Regierung der Konzertation zusammen mit allen demokratischen Kräften ermöglichen würde, oder uns zumindest einen entscheidenden

Machtanteil in der Legislative und in den Kommunen sichern würde, wodurch wir die Volksmacht auf einer höheren Ebene ausbauen könnten. Auf dieser Grundlage würde sich die demokratische Revolution in Richtung auf ihre Vollendung weiterentwickeln.

Wir waren uns darüber im klaren, daß diese Veränderung nicht automatisch und unbesiegt verlaufen würde, sondern daß sie komplex war, voller Risiken und Wechselbäder, voller Siege und Rückschläge, voller Irrtümer, daß sie aber erfolgreich sein könne, wenn wir unsere Einheit bewahren, unsere Fähigkeit, selbst zu denken, unsere Fähigkeit, zu organisieren und zu mobilisieren und unsere Fähigkeit zur Konzertation auf nationaler und internationaler Ebene.

Wir glauben weiterhin an die Gültigkeit der These von Marx und Engels, die besagt, daß das neue politische und soziale System im Schoß des alten heranwächst, es wird nicht aus dem Ärmel geschüttelt oder dekretiert. Die Revolutionäre sind während seines ganzen Entwicklungsprozesses aktiv, nicht nur in seiner Geburtsstunde. Der intensive revolutionäre Kampf in den letzten beiden Jahrzehnten in El Salvador hat Grundlagen und Räume dafür geschaffen, indem er materielle, ökonomische, soziale und politische Faktoren eines Projekts für die Massen schuf, das schließlich die Grenzen des kapitalistischen Systems überschreiten will. Dieses Terrain ist

offen für eine aktive und unverzichtbare technische, politische, organisatorische wissenschaftliche, kulturelle Unterstützung durch die Revolutionäre und Demokraten der ersten Welt, es braucht sie wie die Pflanzen das Wasser und das Sonnenlicht.

Die Ereignisse seit 1991 haben deutlich gemacht, daß der Zusammenbruch des Staatssozialismus nicht gleichbedeutend ist mit einem reinen und unwiderrufflichen Sieg des Kapitalismus, sondern nichts weiter ist, als eine wichtige



Komponente und ein Auslöser einer tiefen weltweiten Strukturkrise, die eine globale Umstrukturierung nötig macht.

Zu den altbekannten, nach wie vor vorhandenen strukturellen Faktoren der Destabilisierung, d.h. der wachsenden Armut, der massiven Migrationsbewegungen, dem Drogenhandel in den Norden, der Umweltzerstörung, kamen neue, gravierendere hinzu: die Ausdehnung der Armut, auch in ihren extremsten Formen, auf das riesige Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas, die Ostwest-Wanderung, ethnische und religiöse Konflikte, Fremdenfeindlichkeit

und Rassismus, Neonazismus, das Auseinanderbrechen von multinationalen Staaten Wirtschaftsrezession und Instabilität der Währungen in den hochentwickelten Ländern Bruderkriege und brutale Aggressionen gegen Länder der Dritten Welt.

Die Struktur der internationalen Beziehungen, die „Weltordnung“ erfährt offensichtliche Brüche oder versteckte Krisen. Der Kapitalismus ist weder in der Lage, die Welt neu zu ordnen noch

die Probleme der Menschheit speziell der Dritten Welt, zu lösen; er schafft sie vielmehr in großem Ausmaß oder verschlimmert sie. So ist die Welt in einer extrem widersprüchlichen Phase der Instabilität, die wahrscheinlich noch vor dem Ende dieses Jahrhunderts zu einem Ergebnis kommen wird.

Ein herausragendes Merkmal dieser Periode ist es, daß das Ende des Kalten Krieges und der militärischen Polarisierung, die Armut und die Erschütterungen in der Dritten Welt und vor allem in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa die Stabilität der kapitalistischen Länder ernsthaft gefährden und ihre schon kritische

Situation noch verschlimmern.

Besonders die USA sind von einer wirtschaftlichen Rezession

erschüttert, ebenso wie von Sozialabbau und sogar von Massenaufständen - oder „Unruhen“ (Los Angeles, Washington). Sie haben ihre finanzielle, kommerzielle und technologische Vorherrschaft eingebüßt und ihre Handelsbilanz weist ein phantastisches Ungleichgewicht auf. Die Aufrechterhaltung ihrer militärischen Hegemonie hat ihre gigantische Staatsverschuldung vervielfacht. Dennoch denkt der militärisch-industrielle Komplex nicht an Rückzug, er erfindet vielmehr Feinde und betreibt Aggressionen gegen den Süden.

Die seit 12 Jahren von den internationalen Finanzzentren betriebene Förderung der neoliberalen Modelle für die Volkswirtschaften der Dritten Welt ist gescheitert. Die weltweite Armut ist gewachsen und hat ihre destabilisierenden Kräfte vermehrt. Heute reden diese Institutionen täglich von der Dringlichkeit, diese Politik zu ändern. Man spricht von „Entwicklung in Gleichheit“, aber die Wirtschafts“hilfe“ der Ersten für die Dritte Welt, gering wie sie immer war, wird noch weiter reduziert. Auch scheint es nicht möglich, diese Hilfe zu erweitern u.a. da die Bevölkerung in den entwickelten Ländern diese als einen Grund für ihre Arbeitslosigkeit und den Sozialabbau in ihren Ländern betrachtet.

Der chronische Wirtschaftskrieg zwischen den Blöcken der reichen Länder geht mit immer größerer Raffinesse weiter und umfaßt nun einen neuen riesigen Teil des Planeten, die ehemalige Sowjetunion und Osteuropa. Der technologische Fortschritt und die Wirtschaftsrezession in den kapitalistischen Ländern haben ihre stabilen Beschäftigungsraten erschüttert und viele Millionen von Arbeitslosen produziert, die einen zusätzlichen Konfliktherd bilden. Es gibt Überlegungen dahingehend, diese



Arbeitskräfte in der Dritten Welt einzusetzen, sozusagen im Rahmen einer Politik der internationalen Zusammenarbeit und Investitionen. Dies steht jedoch im heftigsten Widerspruch zu den geringen Beschäftigungsraten in unserem Teil der Welt. Lateinamerika entwickelt sich zum Zankapfel der Investoren der drei zentralen Wirtschaftsblöcke, während die nordamerikanische Strategie der kontinentalen Integration im eigenen Land auf Probleme stößt, die einen ersten konkreten Schritt, das Freihandelsabkom-

men mit Kanada, verhindern.

Die internationale Situation heutzutage ist so widersprüchlich, daß sie manchmal ausweglos erscheint. Aber die Geschichte kennt keine wirklich ausweglosen Situationen. Der Kampf um den Ausweg ist in der Tat entbrannt.

Es wäre naiv, zu meinen, daß der Ausweg aus dieser Situation ein allgemeiner Zusammenbruch des Systems wäre oder, im Gegenteil, eine geordnete Neuanpassung unter der Führung von einem, zwei oder drei Zentren des entwickelten

Streitkräfte zu einem neuen Putsch treiben um die Übernahme der Macht durch die Frente Amplio zu verhindern? Was werden sie in Nicaragua gegen die wahrscheinliche Rückkehr der Sandinisten an die Macht tun? Die USA stehen vor einer Herausforderung ihrer Fähigkeit, Veränderungen zu akzeptieren. Wir werden sehen, ob sie dies um ihretwillen auf kreative Art tun oder ob die Strategen der „nationalen Sicherheit“ wieder den Sieg davortragen und mit ihnen die militärische Option, die die Beziehungen zwischen den USA und dem lateinamerikanischen Subkontinent von einer Tragödie zur anderen geführt hat. Und wenn diese die Oberhand gewinnen mit welcher Effizienz und für wie lange kann ihnen das gelingen?

In Lateinamerika scheint sich das Pendel zugunsten der Linken zu verschieben. Die Erfolgsaussichten all dieser Projekte für die Massen hängen zunächst von der Arbeit und der Geschicklichkeit der Linken in all diesen Ländern ab, ihre Projekte zu entwickeln und die nötigen Kräfte zu sammeln, ebenso davon, ihre Beziehungen zu den USA und im internationalen Rahmen zu gestalten. Gleichzeitig wachsen und vermehren sich die Erfolgsaussichten eines jeden dieser Projekte mit dem Sieg der anderen.

Zusammenstellung: Marianne Schweinesbein. Ich bedanke mich herzlich bei Monimbó, die uns die auszugsweise Veröffentlichung gestattet haben.

Interview

Die FüÙe auf die Erde!



...Unser Modell ist nicht mehr das gleiche, das es vor fünf Jahren war, und es wird auch in fünf Jahren sicherlich nicht mehr das gleiche sein, wie heute. Wir arbeiten heute mehr auf der Basis eines Ideenpluralismus, eines Beteiligungspluralismus, als auf der Basis eines Parteienpluralismus.

Interview mit dem cubanischen Außenminister Roberto Robaina
Interviewer: Josetxo Zalda, La Jornada, Mexico

entnommen: Süddt. Zeitg. v. 22.2.94

Frage: In Ihrem Land finden gerade eine Reihe von Wirtschaftsreformen statt, die vor wenigen Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre. Wie sieht es mit politischen Reformen aus? Wie beabsichtigen Sie, das demokratische Defizit des Einparteiensystems, das den Wählern keine Wahl läßt, zu überwinden?

Roberto Robaina: Es scheint mir unabdingbar, eine solche Frage in den Kontext zu stellen, in dem ein Volk lebt, arbeitet und sich entwickelt. Ich behaupte nicht, daß unsere Demokratie perfekt ist, aber wir haben unser eigenes demokratisches System. Niemand hat mir je bewiesen, daß ein anderes demokratisches System perfekt wäre. In mehr als einem Land enthalten sich 70 % der Wahlberechtigten aus Apathie der Stimme.

Ich akzeptiere alle demokratischen Systeme und verlange nur, daß auch unseres respektiert wird.

Sobald mein Land nicht mehr unter der ständigen äußeren Bedrohung leidet, wie es heute der Fall ist, wird sich zeigen welche Fragen in Cuba diskutiert werden können, die Modelle und Mechanismen der Beteiligung betreffen. Unser Modell ist nicht mehr das gleiche, das es vor fünf Jahren war, und es wird auch in fünf Jahren sicherlich nicht mehr das gleiche sein, wie heute. Wir arbeiten heute mehr auf der Basis eines Ideenplura-

lismus, eines Beteiligungspluralismus, als auf der Basis eines Parteienpluralismus.

Frage: Was antworten Sie - auch den linken Intellektuellen - auf die Frage, ob der Boykott der Vereinigten Staaten in Cuba nicht auch von Vorteil für Fidel Castro ist, weil er angesichts der äußeren Bedrohung besser zur Verteidigung der Revolution einberufen kann?



Roberto: Wenn die Aufhebung des Boykottes dazu beitragen würde, Castro zu stürzen, wie viele absurderweise unterstellen, dann wäre der Boykott bereits aufgehoben. Eine logische Verbindung zwischen dem Boykott und der Existenz eines politischen Systems, einer Person oder einer Partei besteht nicht. Der Boykott wirkt auf ein ganzes Volk, das er zum Hunger- und Krankheitstod verurteilt.

Frage: Gibt es irgendeinen Fort-

schrift, der darauf hinwies, daß sich die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Cuba löst und beginnt, den Weg für eine Normalisierung der Beziehungen zu ebnen?

Roberto: Ich glaube es gibt keinen Anlaß für übertriebenen Enthusiasmus. Wir haben bereits öffentlich erklärt, daß die neue Regierung der Vereinigten Staaten nicht die gleiche Aggressivität an den Tag legt, wie die vorherigen. Auch

wenn das nicht viel heißen muß, könnte dadurch eventuell ein anderes Klima geschaffen werden. Doch selbst wenn eine solche Aggressivität nicht vorhanden ist, gibt es doch viele offene Fragen, wie Verschärfung des Boykotts infolge der Verabschiedung des Torricelli-Gesetzes oder den gescheiterten Versuch der Vereinigten Staaten, die UNO davon abzuhalten, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Es gibt keine Gesten, die uns veranlassen könnten, zu glauben, die Beziehungen

schlugen einen grundsätzlich anderen Weg ein. Ich glaube, daß diese Regierung mit großen Vorsätzen die Macht übernommen hat. Die Frage ist also weniger, was sie tun will, als was sie in der Realität erreichen kann.

Frage: *Die Wirtschaftsreformen, die zur Zeit umgesetzt werden, zeigen zumindest von weitem gesehen, Tendenzen der Schockmethode, des Neoliberalismus. Glauben Sie nicht, daß dieser Richtungswechsel den sozialen Konsens, der noch zu herrschen scheint, wieder zerstören könnte?*

Roberto: Zu behaupten, es wäre leicht, diese Maßnahmen der Gesellschaft verständlich zu machen, entspräche nicht der Wahrheit. Wir leisten eine große Überzeugungsarbeit, erklären unsere Beweggründe bis in die einzelnen Stadtviertel. Einige bereits getroffene Maßnahmen haben jedoch hohe soziale und politische Kosten verursacht. Die Aufhebung der Strafbarkeit von Devisenbesitz, nachdem wir 30 Jahre lang eine andere Linie verfolgt haben, ist von einem großen Teil der Bevölkerung, die nach anderen Grundsätzen erzogen wurde, schlecht aufgenommen worden. Diese Maßnahme ist ein Mittel mehr, die Füße auf die Erde zu bekommen. Immer mehr CubanerInnen haben durch Ihre Arbeit mit ausländischen Investitionen zu tun. Daraus haben wir den Schluß gezogen, daß, wenn 10 Millionen den heutigen Problemen ohnehin nicht entgegen können, aber fünf Millionen die Möglichkeit hätten, daß dann dieses Opfer gebracht werden muß. Auch wenn dadurch - für uns sicher ungewohnte - soziale Unterschiede entstehen.

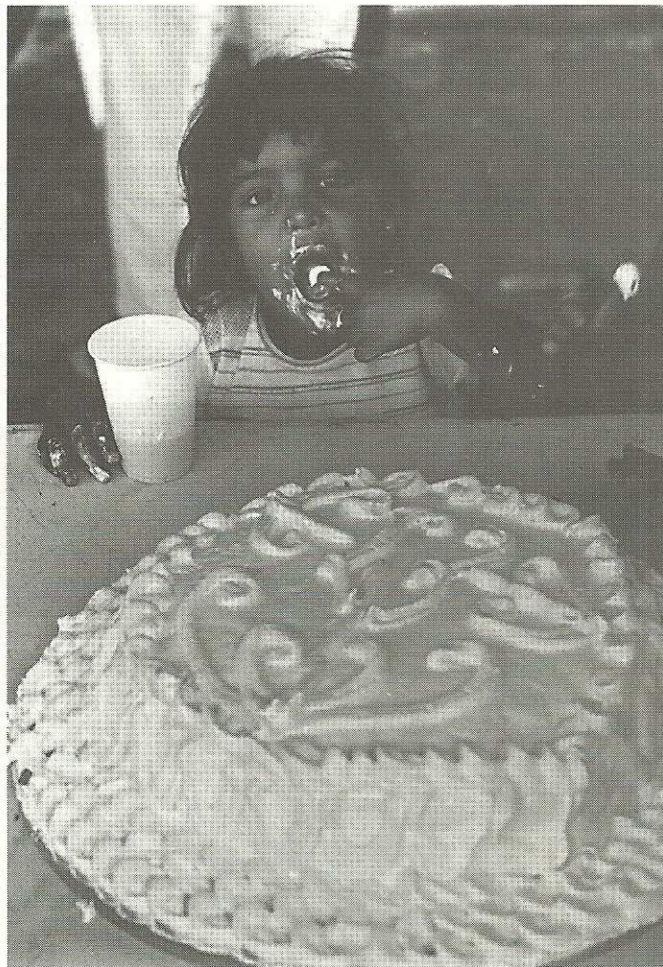
Frage: *Wer garantiert ausländischen Investoren, daß Ihr Besitz nicht nach einiger Zeit verstaatlicht wird?*

Roberto: Wir haben in unserer Verfassung Garantien für ausländische Investoren verankert. Die Regelungen sind flexibel genug, nichts und niemanden auszuschließen. Außerdem haben wir in keinem Bereich, vor allem nicht im wirtschaftlichen, die Absicht, uns rückwärts zu entwickeln. Wir wer-

den auf keinen Fall, mit welcher Begründung auch immer, das Kapital ausländischer Investoren gefährden. Manche gehen sogar soweit, sich zu fragen, was passieren würde, wenn Cuba zum Kapitalismus zurückkehren würde. Sollte das jemals geschehen, ergebe sich daraus nicht das geringste Trauma für die Firmenchefs - schließlich wären sie dann in ihrem Element...

Frage: *Ist diese Rückkehr zum Kapitalismus möglich?*

Roberto: Meiner Ansicht nach:



nein.

Frage: *Was wäre also der Mittelweg zwischen einem gescheiterten sozialistischen System und dem Kapitalismus, der der cubanischen Regierung so ganz und gar nicht zuzusagen scheint?*

Roberto: Cuba ist heute der Ansicht, daß keine Rückschritte erforderlich sind, wo bereits Fortschritte erzielt wurden. Wo dies nicht der Fall ist, sind Veränderungen notwendig. Wir wünschen, daß

das Cubanische Projekt, so wie wir es erdacht und aufgebaut haben, Stück für Stück lebbar wird.

Frage: *Cuba bereitet für das nächste Jahr eine Versammlung in Havanna vor, an der auch ein großer Teil der cubanischen Diaspora teilnehmen wird. Warum nach so vielen Jahren und so viel gegenseitiger Feindschaft diese Begegnung, die ganz nach internationaler Aussöhnung aussieht?*

Roberto: Es ist an der Zeit, uns in Cuba zu versammeln, jetzt, da die Cubanische Gemeinschaft im Ausland - und nicht nur in den USA - mit uns den Dialog aufnehmen möchte. Es ist durchaus möglich, daß moderate Vertreter dieser Gemeinschaft, die den Inselbewohnern, die ihr Projekt vertreten, nicht offen feindselig gegenüberstehen, einen fruchtbaren Austausch mit uns pflegen.

Frage: *Bedeutet das, daß auch berühmte Exil-Cubaner wie Jorge Mas Canosa und Carlos Montaner - falls sie ihre Haltung ändern - an diesem beginnenden Dialog teilnehmen könnten?*

Roberto: Unsere Dialogmöglichkeiten beziehen sich nicht auf Personen, sondern auf Positionen. In jedem Fall sind wir bereits so beschäftigt mit Personen, Gruppen und Sektoren, die nicht die Position von Leuten wie Mas Canosa und Montaner vertreten, daß wir zur Zeit keinen Grund sehen, daran zu denken, den Dialog mit diesen Herren zu eröffnen. Darüber hinaus glaube ich nicht, daß es in deren Absichten liegt, ihre Rhetorik Cuba gegenüber zu ändern. Sich mit solchen Leuten zu treffen, hat keinen Sinn.

Interview

Hans Modrow (PDS)

„Ich selbst habe die Kubanische Revolution auch immer als eine Autonome verstanden!“
Auszüge aus einem Interview, das B. Kahle am 14.12.93 mit Hans Modrow führte:

Frage: Herr Dr. Modrow, als außenpolitischer Sprecher der PDS haben Sie vor kurzem auf eine persönliche Einladung Fidel Castros reagiert und Cuba besucht, das zur Zeit seine wohl ernsteste ökonomische Krise durchläuft.

Es war nicht Ihr erster Besuch auf der Insel: Wie war Ihr erster Eindruck der momentanen Situation?

Modrow: Durch Gespräche mit cubanischen BürgerInnen in verschiedenen Städten habe ich ein differenziertes Bild der Situation bekommen. Es existiert noch immer überall die Bereitschaft,

sich den momentanen Herausforderungen zu stellen. Man handelt aus dem Selbstverständnis heraus, daß die Revolution auf Cuba eine nationale Angelegenheit, ein eigenständiger Prozeß war, den es zu verteidigen gilt und lohnt. Auf diesen Befreiungsakt ist man stolz und obwohl er für viele junge CubanerInnen bereits ein historisches Ereignis ist wollen sie ihn unbedingt bewahren.

Fast alle sind sich aber bewußt, daß die Revolution heute andere Mittel braucht, um ihre Souveränität zu verteidigen - und danach wird gesucht.

Frage: Ist Cuba auf dem Weg zu einer Art marktwirtschaftlichem Sozialismus?

Modrow: Ich habe dem neuen Finanzminister José Luis Rodríguez zu diesem Thema drei konkrete Fragen gestellt. Die erste: Wie ernst ist die aktuelle wirtschaftliche Situation des Landes tatsächlich? Die zweite: Welche grundsätzlichen Überlegungen zu Reformen gibt es? Und die dritte: Wie werden sich in der Strukturpolitik solche Reformgedanken umsetzen lassen?

Zum ersten hat er unmißver-

EUGENIO MAINEGRA, Vizepräsident der parlamentarischen Energiekommission Kubas:

Die Energieversorgung ist Kubas Achillesferse

Wer kennt nicht Bilder von Eseln und Pferden, die Autos durch Havanna ziehen. Die Energieversorgung Kubas ist durch den Wegfall der Erdöllieferungen aus der UdSSR im Jahr 1991 nahezu zusammengebrochen. Mit EUGENIO MAINEGRA, 52 Jahre, Vizepräsident der parlamentarischen Energiekommission der Insel, sprach während seines kürzlichen Deutschlandaufenthaltes Dario Azzellini über die aktuelle Situation.

Herr Mainegra, wie sieht es mit der kubanischen Energieversorgung aus?

Die Energieversorgung könnte man als Achillesferse Kubas bezeichnen. Die Industrie kann nicht arbeiten, Felder können nicht bewässert werden, der gesamte Dienstleistungssektor ist betroffen. Der Januar 1994 ist zwar etwas besser als der Januar 1993, die Lage ist aber immer noch sehr schlimm: Stundenlange Stromabschaltungen, mangelnder Treibstoff, kaum funktionierende öffentliche Transportmittel, Engpässe bei der Gasversorgung.

Wieviele Stunden am Tag fehlt der Strom?

In den verschiedenen Verteilernetzen sind es schon vier bis sechs Stunden täglich, manchmal sogar mehr, wenn es zusammenfällt mit technischen Defekten oder vorübergehender Treibstoffknappheit.

Wie steht es um Kubas Erdölförderung?

Letztes Jahr haben wir mit 1,1 Millionen Tonnen die bis-

her größte Menge auf Cuba gefördert. Dieses Jahr rechnen wir mit 100 000 Tonnen mehr. Aber das kubanische Erdöl läßt sich nur schwer weiterverarbeiten. Dieses Problem ist eine Frage der Zeit und der Technik, die Perspektiven sind gut.

Wie hat sich demgegenüber der Erdölverbrauch entwickelt?

Kuba hat früher 13 Millionen Tonnen Erdöl jährlich importiert. Heute fördern wir einen Teil selbst und importieren drei bis vier Millionen Tonnen. An die Bevölkerung werden bestimmte Mengen Benzin pro Monat abgegeben. Besonders Ärzte oder andere Personen, die in Berufen mit einer sozialen Ausrichtung arbeiten, erhalten Benzin. Es ist aber sehr wenig.

Kuba reagiert mit sehr viel Phantasie auf diese Not. Zum Beispiel sind staatliche Fahrzeuge verpflichtet, Personen, die am Straßenrand stehen und in die gleiche Richtung wollen, mitzunehmen.

Die Maßnahme betrifft ebenso alle Fahrzeuge aus Produktionsbetrieben, aber auch viele private Fahrer machen das. Es gibt noch andere Beispiele. So verfügen viele Dörfer und Städtchen mit großen Zuckerrohrverarbeitungsanlagen über ein internes Schienennetz. Es wird jetzt an manchen Orten versucht, diese Schienennetze zu verbinden, um soviel Verkehr wie möglich auf die Schiene zu verlagern.

Die kubanische Energieversorgung war völlig auf das Erdöl aus der UdSSR ausgerichtet. Hatte Kuba hier nicht ein falsches Konzept?

Ich würde nicht sagen, daß das ein Fehler Kubas war. Niemand konnte voraussehen, daß die Sowjetunion verschwinden würde. Die Austauschbedingungen, die wir mit ihr hatten, waren vorteilhaft. Wir bekamen für unseren Zucker einen würdigen Preis bezahlt oder zu günstigen Bedingungen Erdöl. So sollten Beziehungen zwischen entwickelten und armen Ländern auch sein.

Die veränderte Situation hat uns viele Probleme beschert, aber auch Positives. Wir haben gelernt, mehr Energie zu sparen, effizienter und phantasievoller zu sein, mehr landeseigene Ressourcen zu nutzen. Wichtig ist, daß wir

wissen, wir haben Lösungen - die aber brauchen Zeit.

Vor einigen Jahren wurde von Ökologen die Entscheidung Kubas, ein Atomkraftwerk zu bauen, heftig kritisiert. Heute hört man in Kuba eine Menge über Alternativenergien. Auf welche Energieart wird gesetzt?

Was uns die momentane Periode gelehrt hat, ist, integrativer zu sein. Atomenergie ist eine Energiequelle, aber sie wird nicht die wichtigste sein. Atomanlagen haben ja eine begrenzte Lebensdauer, und selbst eine große Anlage würde nicht einmal ein Viertel von Kubas Energieproblemen lösen. Die Arbeiten an dem Kraftwerk wurden einige Jahre unterbrochen, weil wir auf einmal mit Devisen bezahlen sollten, die wir nicht hatten. Mittlerweile hat sich die Situation verändert. Rußland ist selbst am Bau der Anlage interessiert. Die USA haben auch keine Einwände mehr. Es ist beabsichtigt, den ersten Block fertigzustellen und in zwei bis drei Jahren in Betrieb zu nehmen.

Es wäre unrealistisch, Kubas Energiebedarf mit Alternativenergien abdecken zu wollen. Das Rückgrat der Energieerzeugung bleibt der Strom aus der Treibstoffverbrennung. Das ist aber keine

langfristige Lösung. Wir werden deswegen auf lange Sicht noch viele Veränderungen erleben. Wir glauben stark an das Zuckerrohr als Energielieferant. Es nutzt ideal die Sonne. Für den Einsatz solcher Alternativenergien bedarf es umfangreicher Investitionen, wobei wir in der BRD viel Unterstützung finden.

Auffällig an Kuba ist, daß nicht alles schönegeredet wird. Die Not ist immer ehrlich benannt worden. Gibt es da Vertrauen in der Bevölkerung?

Wenn es kein Vertrauen gäbe, wären wir gar nicht hier, wäre die kubanische Revolution schon verschwunden. Die Menschen vertrauen und glauben an zwei Sachen: Erstens wollen sie das nicht verlieren, was sie errungen haben, und das ist viel. Was wir trotz aller Einschränkungen in der jetzigen Notsituation haben, kann kein Land Lateinamerikas vorweisen. Zweitens hat die Bevölkerung Vertrauen in das, was sie macht, um aus dieser Lage herauszukommen.

Die Not-Periode könnte schon morgen zu Ende sein - wenn wir unser sozialistisches Programm aufgeben würden. Dann wäre morgen die US-Blockade weg. Einige hätten dann alle möglichen Güter, die große Mehrheit aber hätte nichts.

ständig eingeräumt, daß die ersten Reaktionen auf den Zusammenbruch der Sowjetunion und den damit verbundenen Verlust von 13 Millionen Tonnen Erdöl jährlich dieselben waren, als befände man sich im Kriegszustand.

Es seien denn auch alle für den „Ernstfall“ vorgesehenen Konsequenzen gezogen worden - mit Ausnahme natürlich der eigentlichen „Kriegshandlungen“. Dazu gehört die Vollrationierung aller Nahrungsmittel und sämtlicher Dinge des täglichen Bedarfs. Nichts ist mehr auf dem freien Markt erhältlich, alles ist rationiert und wird nach Bedürfnislage verteilt. Ein zweiter Punkt des Notprogramms bezieht sich auf die verstärkte Produktion von Ersatzteilen um Industrieanlagen und Transportsysteme weitestgehend funktionsfähig zu halten. Daneben hat man ein spezielles Energiekonzept verabschiedet, das mit allerlei Beschränkungen versucht, mit der Hälfte der bisherigen Energiemenge auszukommen.

Was die wirtschaftlichen Reformbestrebungen betrifft, verwies José Luis Rodríguez darauf, daß ein bereits 1982 verabschiedetes Gesetz zu Joint Venture Projekten mit ausländischen Partnern jetzt endlich voll ausgenutzt werde. Darüberhinaus versuchte man durch eine Verfassungsänderung 1992 und diverse Gesetzesmodifikationen bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, ausländisches Kapital nach Kuba zu ziehen. Keiner leugnet, daß es zur Zeit auf Kuba einen zweigeteilten Markt gibt: den der rationierten Waren und den Dollarmarkt, an dem neben Touristen seit Juli 1993 auch CubanerInnen offiziell partizipieren dürfen. Damit wollte man nicht nur den Schwarzmarkt eingrenzen, sondern auch dem Tourismus seinen Sonderstatus nehmen. Dieser zweigeteilte Markt darf natürlich

kein Dauerzustand werden. Deshalb beginnt man, die Eigentumsform der staatlichen Güter in Genossenschaften umzuwandeln, um neben dem moralischen auch einen größeren materiellen Anreiz zu schaffen. Auch Privatisierungen sind geplant; insbesondere im Dienstleistungsbereich, im Handwerk und überall dort, wo Erzeugnisse hergestellt werden, die wiederum über den Dollarmarkt abzusetzen sind. Einfachstes Beispiel zur Zeit: Kunsthandwerker dürfen ihre Produkte bereits zum Teil direkt verkaufen und partizipieren damit bereits am inländischen Tourismusmarkt.

Für Rodríguez steht an erster Stelle, die Energieversorgung des Landes sicherzustellen. Natürlich

Natürlich kann Kuba auch im Bereich der Biotechnologie mit einigen Pfunden wuchern. Vor allem bei den pharmazeutischen Produkten besteht ja Weltniveau. Allerdings muß Kuba hier versuchen möglichst eng mit China und Vietnam zusammenzuarbeiten, denn mit pharmazeutischen Erzeugnissen auf den westlichen Märkten zu konkurrieren ist ungeheuer kompliziert. Neben der Erschließung von Märkten bedarf es dabei auch vieler juristischer Hürdenläufe. Die CubanerInnen wissen um dieses Problem und setzen einen Akkumulationszeitraum von über 10 Jahren an.

Insgesamt gesehen: Eine schwierige Situation, aber nicht aussichtslos.



Frage: Sind die Wurzeln der cubanischen Revolution so grundlegend anders als in den RGW-Staaten, daß man daraus andere politische Schlüsse ziehen muß?

Modrow: In meinen Gesprächen mit Fidel Castro spielte dieser Unterschied im Ablauf der gesellschaftlichen

Prozesse eine große Rolle. Gerade in der Diskussion über die Ursachen des Zerfalls der UdSSR und der anderen osteuropäischen Staaten hat Castro zu Recht darauf verwiesen, daß die Auslöser, die zur Revolution auf Kuba geführt haben, in ganz anderen Zusammenhängen standen als die in den osteuropäischen Staaten nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Ich selbst habe die cubanische Revolution auch immer als eine autonome verstanden. Meine Besuche auf Cuba haben mir das stets bestätigt. Deshalb ist es auch jetzt wichtig, ein individuelles Konzept zu haben, das sich an einer möglichst breiten Zustimmung der Bevölkerung orientiert.

bedarf es dafür ausländischer Hilfe, weil die bisherigen Erdöllieferungen ausbleiben. An zweiter Stelle steht weiterhin die Produktion von Zuckerrohr, weil sich damit auf dem Weltmarkt immer noch Valuta erwirtschaften lassen. An dritter Stelle und fast schon in „Konkurrenz“ zum Zuckerrohr steht der Ausbau des Tourismus, der in den letzten zwei Jahren über 30% zugelegt hat. Ich habe darüber mit Osmani Cienfuegos diskutieren können - er rechnet auch 1993 mit einem ähnlichen Zuwachs. Für Cuba natürlich ein schnelles und lukratives Geschäft, mit dem man sich auch international neue Märkte erschließt, die vielleicht irgendwann auch mal über das reine Tourismusgeschäft hinausgehen. Außerdem beschleunigt man damit den dringenden Ausbau der Infrastruktur.

Frage: Außenpolitisch ist Cuba nicht mehr vollkommen isoliert. Doch im Gegensatz zu anderen

europäischen Staaten folgt die Bundesregierung weitestgehend den Embargobeschlüssen der US-amerikanischen Regierung.

Modrow: Die Bundesregierung betont immer wieder, daß sie bedürftigen Ländern gegenüber zu humanitärer Hilfe bereit ist, und genau das ist es, was auf Cuba zur Zeit ganz unmittelbar benötigt wird. Denn unter der schwierigen Versorgungslage leiden vor allem Kinder, Alte und Kranke. Ich habe nach meiner Reise gegenüber dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses und im Auswärtigen Amt zu Ausdruck gebracht daß ich eine Prüfung der deutschen Positi-



on zu Cuba für dringend nötig halte und daß die Bundesrepublik hier mehr Entgegenkommen zeigen muß.

Die BRD hat sich bei der jüngsten Abstimmung zur Abschottung Cubas in der UN nunmehr zum zweiten Mal der Stimme enthalten und damit signalisiert, daß sie die Abblockung Cubas im internationalen diplomatischen Kontext zwar nicht ausdrücklich mitträgt, aber zugleich auch nicht entschei-

den dagegen ist. Das ist nach meiner Ansicht heute kein Standpunkt mehr. Die historischen Abläufe machen immer klarer, daß man aus machtpolitischen Erwägungen heraus niemals zu ausgewogenen Beziehungen zueinander gelangen kann. Spanien und Frankreich verhalten sich da entschieden klüger. Nun blickt Spanien zwar auf eine andere historische Tradition mit Cuba zurück, aber schließlich geht es hier um gegenseitige, nicht einseitige, Interessen. Die Bundesrepublik hat bereits im südpazifischen Raum viele Chancen verpaßt. Mit Cuba wiederholt man diese Fehler nun in der Karibik. Schließlich bietet die Insel durch ihre wirtschaftliche Öffnung interessante Perspektiven für westeuropäisches Kapital.

Die Franzosen sehen, daß dort Erdöl zu fördern ist, die Spanier haben vor allem den Tourismussektor für sich erschlossen. Es gibt diverse andere Bereiche in denen sich Kanada und Griechenland bereits stark engagieren. Wer zuerst kommt, hat natürlich auch die besseren Möglichkeiten. Die Bundesrepublik nimmt sich durch ihr momentanes Verhalten diese

Möglichkeiten. Sicherlich liegt mir persönlich die Solidarität mit Cuba besonders am Herzen. Aber zugleich lassen sich die cubanischen Interessen nur dann realisieren wenn die jetzt vollzogene Öffnung auch zu Ergebnissen führt. Hier sollte die Bundesrepublik ihre Zurückhaltung wirklich aufgeben.

Frage: Ist das, was Sie „Zurückhaltung“ nennen, nicht auch ein

problematisches Verhalten in Bezug auf den Einigungsvertrag?

Modrow: Eine berechtigte Frage. Der Umgang mit dem außenpolitischen Erbe der DDR zeigt durchaus eine gewisse Willkür und Kurzsicht. Die Bundesrepublik verweist zwar ständig darauf, daß die DDR der BRD Erblasten und Schulden hinterläßt. Sie ist durchaus bereit, Schulden einzutreiben - im Falle Cubas rund 800 Millionen transferierbare Rubel. Auf der anderen Seite weigert sie sich, übernommenen Verpflichtungen wie zum Beispiel Milchpulverlieferungen, nachzukommen.

Das Ganze ist auch insofern absurd, als Cuba gar nicht behauptet, gegenüber der BRD schuldenfrei zu sein. Aber für eine baldmögliche Begleichung der Außenstände wäre beispielsweise ein Engagement der Bundesrepublik im Bereich Zuckerrohrverarbeitung sinnvoll, weil es Cuba erst in die Situation versetzt, das geforderte Schulden-Kapital zu erwirtschaften. Ich habe schon oft gesagt und werde nicht aufhören es zu wiederholen, daß diese Art des Umgangs mit dem Einigungsvertrag nicht korrekt ist. Man kann nicht auf der einen Seite so tun, als würde man sich auf der einen Seite gemachten Absprachen gegenüber in der Verantwortung sehen und sich dann andererseits - zumindest moralisch - vertragsbrecherisch verhalten.

Frage: Ist das Abstimmungsverhalten innerhalb der UN, wo sich mittlerweile eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten gegen die US-Blockade Cubas ausspricht, reines Papierascheln oder geraten die USA jetzt in den Zugzwang, den Dialog mit Cuba wieder aufzunehmen?

Modrow: Ich halte es nicht nur für eine unbedeutende Geste. Immerhin stellen diejenigen Staaten, die gegen die Blockade gestimmt haben, auch nicht ihre Loyalität gegenüber den USA über die eigenen Interessen. Trotzdem ist klar daß die Amerikaner nach wie vor nicht bereit sind, die Blockade aufzuheben oder auch nur zu lockern. Die Behauptung, daß die große Zahl von in den Vereinigten Staaten lebenden Cubanern eine sol-

che Entscheidung behindere, ist fadenscheinig. Wer die internationalen Kapitalströme kennt, weiß, daß bereits über Strohmannen versucht wird, US-amerikanisches Kapital nach Cuba einzuschleusen, um nicht ganz den abfahrenden Zug vor der eigenen Haustür zu verpassen. Die US-Administration hält an einer überkommenen politischen Sicht Lateinamerikas fest, die schon lange nicht mehr zeitgemäß ist. Sie will offenbar Cuba solange im Würgegriff behalten, bis auch die letzten positiven Reste der Revolution sich verflüchtigt haben und man wieder sozialökonomisches Brachland vor der eigenen Haustür hat.

Frage: Zum Schluß noch eine persönliche Frage: Empfinden Sie bei einem Besuch auf Cuba heute so etwas wie Wehmut? Ist das nicht ein bißchen so, wie die Rückkehr in den verlorenen Traum, wie er im eigenen Land gescheitert ist?

Modrow: Ja. Wehmut Ich gehöre schließlich zu der Generation, die in der Zeit der cubanischen Revolution noch in der Jugendbewegung aktiv war. Für uns war das Erleben der Revolution auf Cuba, die ja weit weg von uns stattfand, immer ein Abbild dessen, was wir in der DDR so nicht erlebt haben. Ich bin mit 17 Jahren am Ende des Krieges in sowjetische Gefangenschaft geraten, bin im Januar 1949 zurückgekommen und im Oktober gründeten wir bereits die Deutsche Demokratische Republik. Doch das war sozu-

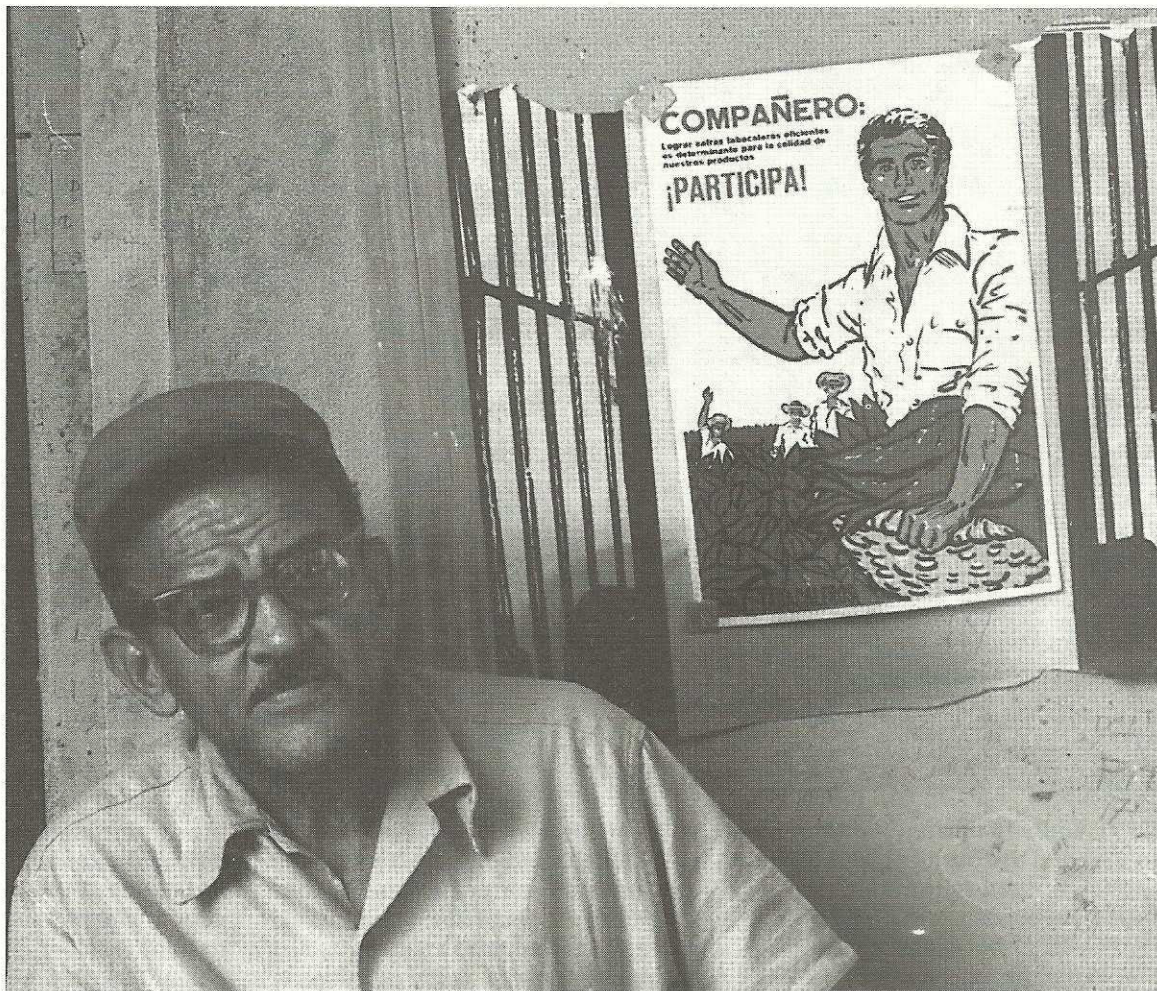
sagen eine Demonstration auf der Straße, bei der niemand von uns mit seiner ganzen Person oder gar dem Einsatz des eigenen Lebens gefordert gewesen wäre. Es vollzog sich schlichtweg die Gründung eines Staates - wohlgerne mit unserer ausdrücklichen Zustimmung und Euphorie. Aber jeder von uns erlebte Cuba mit einer völlig anderen Intensität.

Ich gehörte damals glücklicherweise zu den privilegierten, die Che Guevara auf seinen Besuchen in der DDR kennenlernen konnten. Genauso wie Tamara Bunke die als Dolmetscherin bei uns arbeitete. Meine Erinnerungen verbinden sich also auch mit integren Menschen, die mich stark geprägt haben.

Als ich dann 1970 das erste Mal auf Cuba war, bin ich sehr beeindruckt gewesen von dem, was in

nung. und ich spüre auch heute noch die Sehnsucht daß diese Hoffnung nicht verloren gehen möge. Insofern habe ich Cuba in der zurückliegenden Reise auch nochmal ein Stück weit mit den Träumen und den Gedanken meiner Jugend erlegt. Aber zugleich auch mit dem tiefen und ersten Gedanken des langjährigen Politikers: Sollten China, Vietnam und Cuba enger zusammenrücken, dann bleibt noch eine Chance, Cuba allein kann nur eine Insel im großen Meer gesellschaftlicher Umbrüche sein - und ich weiß wirklich nicht, wie sich eine Hoffnung, die man einfach nur empfindet dann noch in Realität umsetzen läßt.

Herr Modrow, wir bedanken uns für dieses Gespräch.



nur 10 Jahren dort geleistet worden war. Das alles addiert natürlich eine sehr persönliche Facette, eine, die mit Jugend und Idealen verbunden ist. Wir haben immer gesagt Cuba ist die Insel der Hoff-

Die FG BRD-Cuba bedankt sich bei Herrn Modrow für die Genehmigung zum Abdruck dieses Interviews

**Freundschaftsgesellschaft BRD - Cuba e.V.
feiert**



Geburtstag...

...aber keinen gewöhnlichen - sie wird heuer im Juli 20 Jahre alt. Das ist für uns ein Grund, mit unseren FreundInnen zu feiern. Gleichzeitig wollen wir diesen Tag zum Anlaß nehmen, unsere Solidarität mit Kuba zu bekräftigen.

Wir haben deshalb für den Abend nicht nur an ein großes Fest mit bekannten kubanischen Musikern gedacht, sondern wollen an demselben Tag ab mittags eine politische Solidaritätsveranstaltung durchführen. Dazu wollen wir kubanische Persönlichkeiten aus Politik



20

und Wissenschaft einladen.

Wenn Ihr zum Gelingen dieser Veranstaltung beitragen wollt, haltet Euch nicht zurück! Wir würden uns sehr über Eure Beiträge freuen. Bei Interesse wendet Euch bitte an unsere Geschäftsstelle in 50668 Köln, Theodor-Heuss-Ring 26 oder an mich persönlich: Gabriele Ströhllein, Biedersteiner Str. 75, 80802 München, Tel.: 089/36 15 300.

Stattfinden wird dieses Riesenergebnis am Samstag, den 09.07.1994 in München.

Gabi Ströhllein, Vorsitzende, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V.

Buchbesprechung



Odranoel - Zwischen den Welten

Odranoel - Die Linke - zwischen den Welten, Hg.: PIZZA, Verlag Libertäre Assoziation, 285 Seiten, 24 DM.

In Zeiten, in denen auch in der Literatur Reaktion und Rückwärtsgewandtheit grassieren und viele Ex-Linke das Hohelied der 'Neuen Weltordnung' anstimmen, sind die wenigen Ausnahmen um so wichtiger.

Eine der Erfreulichsten ist zweifelsohne das Buch mit dem sperrigen Titel und Herausgebernamen. Doch davon soll sich der/die LeserIn nicht abschrecken lassen.

Der Projektgruppe für internationale Zusammenarbeit und zukunftsorientierte Aktion (PIZZA) gelang es, den eurozentristischen Monolog innerhalb der hiesigen Solidaritätsbewegung zu durchbrechen.

GenossInnen aus Uruguay, Nicaragua und Brasilien stellen die Probleme und Schwierigkeiten vor, vor denen sie heute stehen. Einen besonderen Stellenwert nimmt die Auseinandersetzung mit dem 'Machismo' auch unter den linken Männern ein. Autorinnen aus Nicaragua und Brasilien beschreiben, wie sie sich zunehmend von dieser patriarchalen Politik distanzieren und wie sie mit der Organisation von eigenständigen Frauenorganisationen beginnen.

Eleuterio Fernandez Huidobro, Cheftheoretiker der uruguayischen Tupamaros - früher eine populäre Guerillaorganisation, heute eine legale Linkspartei -, liefert in seinem umfangreichen Beitrag eine Analyse dessen, was als Schlagwort von der 'Krise der Linken' in aller Munde ist.

Unter den westeuropäischen

AutorInnen ist zweifellos der Beitrag des RAF-Gefangenen Lutz Tauffer von ähnlicher analytischer Qualität. Hier können Interessierte die ideologischen Differenzen nachlesen, die im Herbst letzten Jahres als 'Spaltung unter den RAF-Gefangenen' kurzfristig die Massenmedien aufrüttelte. Leider haben es die Gefangenen beider Fraktionen versäumt, die Debatte über ihre unterschiedlichen Strategien auf diesem Niveau fortzusetzen. Stattdessen lieferten sie sich fruchtlose Schlammschlachten und warfen sich gegenseitig Verratsvorwürfe an den Kopf. Lutz Tauffer hat sich trotz jahrelanger Isolationsfolter einen Blick auf die Vergangenheit bewahrt, der nichts zu tun hat mit den Abschwörritualen vieler Ex-Linker.

Neben Tauffer publizieren mit Ingrid Strobl und Klaus Viehmann zwei weitere AutorInnen, die wegen ihrer politischen Theorie und Praxis jahrelange Gefängnisaufenthalte hinter sich haben. Damit werden jene, die der Staat am liebsten für immer hinter Hochsicherheitstrakten lebendig begraben würde, Teil der politischen Auseinandersetzung unseres Landes.

Unter den lateinamerikanischen Linken ist diese Solidarität mit den politischen Gefangenen eine Selbstverständlichkeit. Haben sie doch selber unter den Militärdiktaturen jahre- bzw. jahrzehntelange Kerkeraufenthalte hinter sich. Huidobro wurde mit anderen GenossInnen durch eine breite Volksbewegung aus den Kerkern befreit. Viele GenossInnen haben die Folter nicht überlebt. Die Lektüre dieses Buches sensibilisiert hoffentlich manche/n für die Notwendigkeit einer breiten Freilas-

sungskampagne hierzulande.

Natürlich sind die verschiedenen Beiträge von unterschiedlicher Qualität. Der Beitrag von Thomas Klein, der 1991 schon im Rahmen einer Auseinandersetzung 'Linke BRD-DDR' veröffentlicht wurde, gehört zu den Schwächeren. Eine Überarbeitung mit einer stärkeren Akzentuierung auf den Internationalismus hätte sicherlich mehr gebracht, als das Gefühl, dieser Text wurde nur reingekommen, damit neben Jutta Braband ein weiterer Ex-DDR-Linker publiziert. Den HerausgeberInnen wäre hier mehr Mut zu wünschen gewesen, auch GenossInnen, die zur DDR standen, vielleicht sogar Funktionen hatten und trotzdem InternationalistInnen geblieben sind, zu Wort kommen zu lassen. Schließlich darf das Etikett DDR-Oppositionelle/r keine Einlaßkarte für eine internationalistische Debatte sein, zumal nicht nur Cuba zeigt, daß die Politik der DDR sehr wohl internationalistische Aspekte hatte, was mensch von der Mehrheit der BürgerrechtlerInnen leider nicht behaupten kann. Zumindest schien die Meisten nicht gestört zu haben, daß z.B. die langfristigen DDR-Verträge über die Lieferung von Milchpulver nach Kuba einseitig aufgekündigt wurden.

Nach der Lektüre dieses Buches hat mensch einen Einblick in die Probleme, Schwierigkeiten und Fragen der Linken zwischen den Welten. Das ist heutzutage sehr viel. Lösungen allerdings müssen wir dann selber finden, genauso wie die GenossInnen der anderen Welt.

Peter Nowak

Abschied

Von einem lieben Freund und seiner Frau müssen wir uns leider räumlich trennen. Unser Compañero Alfredo León Alvarez, Botschaftsrat der Republik Cuba in Bonn, verläßt am 27. März 1994 mit seiner Frau Barbara die BRD, um in seine Heimat zurückzukehren, und dort neue Aufgaben wahrzunehmen.

März 1994

Alfredo kennt die Bundesrepublik und ihre Solidaritätsbewegung sehr gut. Er war bereits in den 80er Jahren in Bonn tätig. Nach mehreren Jahren, in denen er wieder in Cuba und später in Polen eingesetzt war, kam er im Januar 1991 nach Berlin, um dort in der Außenstelle der cubanischen Botschaft die Interessen Cubas zu vertreten. Im Oktober desselben Jahres wechselte er in seiner derzeitigen Funktion als Botschaftsrat nach Bonn.

Zusammen mit dem damaligen Botschafter Raul Barzaga Navas, dem jetzigen Botschafter Rodney Lopez Clemente, mit Osvaldo, Jaqueline und vielen anderen MitarbeiterInnen war er immer ein aufgeschlossener Ansprechpartner in der Cuba-Solidaritätsarbeit.

Sein großes Engagement hat ihn und seine Frau sehr oft die

Freizeit gekostet. Termine wahrzunehmen, die mit der solidarischen Unterstützung seines Landes zusammenhängen, egal ob es darum ging, konkrete Ideen und Vorschläge in die Tat umzusetzen oder an politischen Diskussionen teilzunehmen, das hatte für ihn immer Priorität. Und das, obwohl auch die Arbeitstage in der Botschaft aufgrund wachsender Anforderungen oft lang werden.

Alfredo und Barbara haben in ihrer Haltung und ihrem politischen Einsatz klar zum Ausdruck gebracht, daß sie aus voller Überzeugung zu der Cubanischen Revolution stehen; gerade auch in dieser schwierigen Zeit, in der das Cubanische Volk besonders der solidarischen Unterstützung seiner FreundInnen in aller Welt bedarf.

Wir bedauern außerordentlich, daß uns die beiden verlassen; freuen uns aber natürlich mit ihnen, daß sie nach jahrelanger Tren-

nung wieder mit ihrer Familie zusammenleben können.

Wir erhoffen uns, daß wir in Alfredos Nachfolger Marcelino Medina, einen ebenso guten Freund und Ansprechpartner finden werden wie Alfredo es für uns war.

Liebe Barbara, lieber Alfredo,

auf einer unserer Arbeitsbrigaden José Martí fiel sinngemäß folgender Satz: „Und wenn zwei Länder entfernungsmäßig noch soweit auseinander liegen, der Weg zu einem Freund ist nie weit.“ In diesem Sinne wünschen wir Euch Gesundheit, Kraft und Engagement wie bisher und viel Erfolg für Eure politische Arbeit in Cuba.

Mit solidarischen Grüßen

Gabi Ströhlein

Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.

ASTA Universität Trier: Cuba - Woche vom 2. bis 5. Mai

Das Referat für politische Bildung des ASTA der Uni Trier möchte vom 2. - 5. Mai eine Veranstaltungswoche Cuba an der Uni durchführen.

Geplant sind Infowände, Ausstellung zu Che Guevara, Infocafé, Vorträge, Filmvorführungen und eine Abschlussfete. Erlöse aus den Veranstaltungen sollen zugunsten von Hilfsorganisationen wie Milch für Cubas Kinder der Cuba-Si-Gruppe gehen.

Ein genaues Programm steht noch nicht fest. Jedoch werden zwei Referenten der FG BRD - Cuba nach Trier kommen, die zu den Themen Che Guevara und Wirtschaftsblockade berichten. Deswei-

teren haben wir einen Vertreter der kubanischen Botschaft eingeladen, erwarten jedoch noch die Antwort.

Während der Kuba - Woche wird täglich mehrere Stunden ein Infocafé im Studierendenhaus der UNI stattfinden, wo wir Stellwände aufstellen, aber auch Infos der einzelnen Soli-Gruppen auslegen möchten. Bitte sendet uns daher genügend Material, Selbstdarstellungen etc..

Für Anregungen, weitere ReferentInnen-Vorschläge oder sonstige Infos sind wir dankbar.

Zur Cuba - Woche nach Trier seid Ihr alle herzlich eingeladen

P.S.am 5.5 ist außerdem der Geburtstag von Karl Marx, des berühmtesten Trierers.

ASTA Karl-Marx-Uni Trier
Referat für politische Bildung
c/o Marco Spies
54286 Trier
Tel.: 06 51 / 201 - 35 75
Fax: 0651 / 201 - 3902



Präsident der Nationalversammlung der Republik Cuba in der BRD

Ricardo Alarcon

zu Gast in der BRD

Auf Einladung des Bundestags durch Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth verbrachte der cubanische Präsident der Nationalversammlung, Ricardo Alarcon de Quesada, einige Tage in der Bundesrepublik. Begleitet wurde er von dem Leiter der internationalen Abteilung, Ramon Pez Ferro sowie Enith Alerm Prieto, einer jungen Parlamentarierin, die gleichzeitig in der zentralen Leitung der Jugendorganisation, UJC mitarbeitet. Der Botschafter der Republik Cuba, Rodney López Clemente und der Botschafts-

Aachen war die erste Station dieser Reise, die cubanische Delegation wurde dort offiziell vom Bürgermeister empfangen und begrüßt und es gab auch die Gelegenheit zu einer Stadtbesichtigung.

Am nächsten Tag trugen sich die VertreterInnen Cubas in das Gästebuch der Stadt ein und trafen am Abend mit dem Präsidenten der Bremer Bürgerschaft, Dieter Klink (SPD) zusammen. An dem Treffen nahmen auch der 1. Bürgermeister der Stadt Bremen, Klaus Wedemeier, der 2. Bürgermeister, Ralf Tüchs, sowie Vertreter der Daimler Benz AG und der Bremer Lagerhausgesellschaft teil

Der 1. Bürgermeister wies in einer kurzen Ansprache auf eine jahrhundealte Handelsbeziehung zwischen Cuba und Bremen hin und signalisierte, daß sie diese gerne fortsetzen würden. Außerdem wies er auf ein gemeinsames Wappensymbol, den Schlüssel hin.

Am dritten Tag besuchte Alarcon mit seinen BeileiterInnen die

Daimler-Benz-Werke, sowie die Hapag-Lloyd-Niederlassung, wo über eine mögliche Kooperation im Tourismus-Sektor gesprochen wurde. In Begleitung eines Vertreters der Bremer Lagerhausgesellschaft besichtigte er außerdem die Hafenanlagen, im Gespräch waren dabei eine mögliche Kooperation im Bereich der Fischereiforschung sowie eine logistische Unterstützung in der Handelsschifffahrt.

In Bonn wurden offizielle Gespräche mit allen Bundestagsfraktionen geführt, die sich über zwei Tage erstreckten. Neben Frau Süßmuth waren auch der stellvertretende Bundestagspräsident Hans Klein, Dr. Sterken vom außenpolitischen Ausschuß des Bundestages, Helmut Schäfer, Staatsminister des auswärtigen Amtes, sowie VertreterInnen der parlamentarischen Gruppe Mittelamerika an den Kontakten interessiert. Zum Abschluß seines Aufenthaltes trug sich Alarcon in das Goldene Buch der Stadt ein.

Ricardo Alarcon betonte am Ende seines BRD-Besuches,

daß er über die offizielle Einladung und den Verlauf sehr zufrieden sei. Es herrschte bei allen Gesprächen eine respektvolle Atmosphäre trotz der unterschiedlichen Positionen der Länder. Er sei daran interessiert, die parlamentarischen Beziehungen weiterzuentwickeln, die dann möglicherweise in verschiedene Abkommen zwischen Cuba und der BRD münden könnten. Bundestagspräsidentin Frau Süßmuth hat die Einladung zu einem Gegenbesuch in Cuba angenommen, es muß von beiden Seiten nur noch ein günstiger Termin abgestimmt werden.

G.Ströhlein

Zur 19.BDK der FG BRD-Cuba e.V. vom 19.-21.11.93

Persönliche Erklärung

resp.
Eine notwendige Erwiderung auf Herrn Christian Eggers

Vorbemerkung:

Spätestens an dem Punkt, an dem ein Internationalist als faschistoid denunziert wird, ist es ein Gebot der Notwehr, hierzu öffentlich Stellung zu nehmen.

Es gibt in der FG unterschiedliche Strömungen, unterschiedliche politische Positionen und unterschiedliche Einschätzungen der Geschichte und Realität Cubas.

Dies halte ich für dem Charakter einer Bündnisorganisation angemessen und wird von mir in Theorie und Praxis respektiert.

Nicht angemessen allerdings halte ich inner- und außerorganisatorische Verunglimpfungen anderer Mitglieder und Sabotierung von praktischen Solidaritätsprojekten.

Herr Eggers verbreitete im März (in Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Ausführungen von Deniz Guzman beim letzten Bundestreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen) Lügen über meine Person und beharrte trotz ausführlicher Gegendarstellung meinerseits auf seinen Aussagen. Dabei benutzte er angebliche Aussagen einer anderen Compañera der Gruppe Essen, die sich ebenfalls wehrte.

Herr Eggers denunzierte in der Konkret 9/93 eine materielle Solidaritätsaktion (mit der direkten Folge des Nachlassens der Spenden), die von der Gruppe Essen betreut wird („Cuba-Wette“) in einem Artikel, der in der darauffolgenden Ausgabe von zwei Autoren als mit „Herrenmenschendünkel“ behaftet und „Solidaritätsauflösung“ charakterisiert wird.

Im selben Artikel, der der cubanischen Führung den revolutionären Charakter abspricht, verunglimpft er eine der in der FG

vorhandenen „Strömungen“ (nämlich die, die unter dem Begriff der „bedingungslosen Solidarität“ bekannt ist) als „opportunistisch“, die, von „tiefer Vaterlandssehnsucht getrieben“, „Ersatzpatriotismus“ predige.

Im Rahmen seiner „Wadenbeißerei“ bei jedem Leser/innenbrief in der letzten cl (Zit.: „Wir behalten uns zwar vor, ... wollte ich(!) den Leserinnen ... doch zumuten...“) fabuliert Herr E. über „gewisse politische Kreise“, denen ich nahestünde und die eine „konterrevolutionäre, antikubanische und verräterische Haltung“ hätten. Das ganze gipfelt in der Unterstellung einer halbfaschistischen

nicht kennt, möge sich bitte bei Mitstreiterinnen und Mitstreitern in Essen und anderen Städten über mein antifaschistisches Engagement erkundigen.

Herrn Eggers fordere ich auf, endlich Schluß zu machen mit Denunzierungen, Verunglimpfungen und Beleidigungen nicht nur meiner Person, sondern auch Vertreterinnen und Vertretern eines großen Teils der FG-Mitglieder, die ständig, vor Ort, „bedingungslos“ materielle und politische Solidarität mit Cuba üben.

Die betroffenen Mitglieder und Delegierten mögen selbst ent-



Stammtischideologie meinerseits.

Ich habe es nicht nötig, Herrn E. gegenüber meine antifaschistische Reputation zu beweisen. Doch solcherart Verleumdungen hat Herr E. ja nun nicht in einem privaten Brief geäußert, sondern in der cl, die über 2.000 Menschen lesen.

Ich wurde angerufen und von Freundinnen und Freunden der Essener Gruppe angesprochen, was ich denn gegen solcherart Verleumdung machen wolle.

Wer diese Verleumdungen des Herrn E. gelesen hat und mich

scheiden, wie sie sich zu den Anwürfen eines maßgeblichen Redakteurs unserer Verbandszeitschrift äußern.

Falls Herr E. jemanden für einen „Gockel-Wettstreit“ braucht, möge er diesen doch woanders suchen. Ich stehe dafür nicht zur Verfügung.

Ich fordere die cl-Redaktion auf, diesen Text ungekürzt in der nächsten Ausgabe zu veröffentlichen.

Heinz-W.Hammer, 15.11.93

Betreff: Leserbrief zur Veröffentlichung in der nächsten cl-Ausgabe



Die Cuba-Solidaritätsdemonstration und andere Dinge - Gesehen von „ganz mittendrin“

Mit der Ausgabe 4/93 hat die *cuba libre*, „Herausgeber: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. in Zusammenarbeit mit der Freundschaftsgesellschaft Berlin-Kuba“, den bisherigen Tiefpunkt ihrer seit gut eineinhalb Jahren defaitistischen Entwicklung erreicht.

Es erscheinen bspw. schulmeisterliche Artikel wie der zum cubanischen Gesundheitswesen, dessen Intention bereits bei der BDK mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden waren. Es wird ebenfalls in schulmeisterlicher Manier - im Editorial nachgekartet, nachgetreten.

Es werden „Argumente“ nachgeschoben, statt sie offen bei den entsprechenden Tagungen (BDK, BV-Sitzung) mit den anderen Mitgliedern der FG zu diskutieren. Innerverbandliche Demokratie? Was schert's, wenn sie zu meinen Ungunsten ausläuft! Es wird eine Breitseite gegen die, ja im Prinzip gegen alle, laufenden materiellen Solidaritätsprojekte abgeschossen - siehe das angebliche Interview mit einem angeblichen Cubaner - ganz im Stil der Regenbogenpresse „Wir befragten Tanja B.“...

Im Rahmen dieser anticubanischen Propaganda nimmt der Artikel des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V., Horst-Eckart Gross (im Folgenden HEG), zur Cuba-Solidaritätsdemonstration eine herausragende Stellung ein. Nicht etwa deshalb, weil er eine andere Meinung als die Organisatoren hätte, über die gemeinsam zu streiten wäre. Nein, sondern deshalb, weil hier offensichtlich ein Meisterstück an Demagogie abgeliefert werden sollte mit dem Ziel der Vernichtung der persönlichen und politischen Inte-

grität einzelner Personen. Nun, ich denke, daß HEG sein „Meisterstück“ reichlich daneben gegangen ist.

Er, der sich in den vergangenen 30 Jahren große Meriten in der internationalistischen und Cuba-Solidaritätsbewegung erworben hat und darauf in bescheidener Manier kräftig hinweist, vermag zwar die Cuba-Solidaritätsdemonstration nicht mehr richtig zu datieren, dafür aber betitelt er seinen Artikel - ganz entgegen sonstigen Gepflogenheiten - „Die Bonner Demo - gesehen von UNTEN“.

Doch - siehe da-: Der selbsternannte Nachfolger von Wallraff (ganz unten) meint es gar nicht so bescheiden. Vielmehr benutzt er das Vehikel „unten“, um von ganz oben kübelweise Schlamm auszuschütten.



Zwar hat er in den letzten 30 Jahren nicht gelernt, bis 2.500 zu zählen (im Gegensatz zu den Freundinnen und Freunden, die sich in der Tat hingestellt haben und den Demonstrationszug von vorne bis zum Schluß an sich vorbeiziehen lassen und dabei die alte Methode des Zählens angewandt haben), aber - so oder so - findet er die ganze Veranstaltung „eher kläglich“.

Ich finde es „eher kläglich“, wenn sich der stellvertretende Bundesvorsitzende der FG nicht ein einziges Mal bei den Vorbereitungsitzungen blicken läßt, nicht ein einziges Mal bei den zwischenzeitlich stattgefundenen Bundesvorstands-

sitzungen der FG über seine Bedenken diskutiert, nicht auch nur einen kleinen Finger rührt, um diesen Beschluß der vorletzten Bundesdelegiertenkonferenz umzusetzen, sondern stattdessen sich nachher auf's hohe Roß zu setzen wagt.

Wieso HEG meint, daß es wichtig wäre, ein Bündnis mit der Hans-Seidel-Stiftung einzugehen, wird wahrscheinlich für immer sein privates Geheimnis bleiben. Doch den Organisatorinnen und Organisatoren vorzuwerfen, sie hätten Menschen oder Gruppen ausgegrenzt, ist schlichte Verleumdung. HEG stellt diese Behauptung wider besseren Wissens auf, womit ihm spätestens an diesem Punkt bewußte Lüge unterstellt werden kann.

Denn, Tatsache ist::

Es sind über 300 Gruppen, Organisationen und Einzelpersonlichkeiten angeschrieben worden;

Menschen aus allen - außer dem reaktionären - Spektren. Es waren rund 150 Gruppen, Organisationen und Einzelpersonlichkeiten, die sich dem Aufruf in kurzer Frist angeschlossen

haben, darunter auch Mandatsträger/innen aus SPD, Gewerkschaften, DKP, PDS, Kirchen usw.

Das erreichte politische Spektrum wurde auch bei den Reden deutlich. Diese sind - neben Grußadressen und anderen Unterlagen der Veranstaltung - in einer Broschüre dokumentiert und es lohnt das Nachlesen. Die Dokumentation ist erhältlich beim NETZWERK CUBA - Informationsbüro - e.V., Wolfstraße 10, 53111 Bonn, Tel. & Fax: 0228 - 69.85.47.

Im Folgenden fabuliert der Autor darüber, daß „mit Unterzeichner-Listen Politik gemacht“ worden sei. Abgesehen von der Tatsache, daß es auch Unterzeichnerin-

nen gab, ist dieser Abschnitt seines Pamphlets der Übelste. Er arbeitet auch hier wieder mit Lügen, Halbwahrheiten und Unterstellungen. „Die Liste der Aufrufer wurde verändert“, so wird behauptet.

Richtig ist, daß die Liste der Aufruferinnen und Aufrufer nicht verändert wurde. Selbst der BV der FG wurde vergessen - wird behauptet. Richtig ist, daß der BV der FG nicht „vergessen“ wurde.

Richtig ist, daß laut Beschluß des RBV Gabi Ströhlein und Heinz W.Hammer verantwortliche Repräsentant/innen in dem Bündnis waren - Nervt den Autor, daß er diesmal nicht „an erster Stelle“ stand?

Richtig ist, daß in der Tat das Fax an einem anderen Papier geklebt hat und von einer companera dadurch übersehen wurde. Es wurde wieder entdeckt, die companera hat sich offiziell und persönlich entschuldigt und es wurde eine neue Auflage mit der Unterschrift von HEG erstellt.

Was nimmt sich ein Mensch, der auch noch derart besonders berücksichtigt wird, heraus, von einer Manipulation der Unterschriften zu schwadronieren? Wieviel Arroganz braucht man für eine solche Demagogie, natürlich „von unten“? Der Autor weist in aller Bescheidenheit darauf hin, daß er Stimmen zur Demonstration „zwischen Freiburg und Lübeck“ gehört habe - natürlich differenziert. Niemand bezweifelt, daß HEG sehr viel in der BRD herumreist und bei Veranstaltungen referiert. Nicht alle haben diese beruflichen Möglichkeiten.

Ich behaupte aber - angesichts der erwiesenen und selbst formulierten negativen Grundeinstellung des Autors zur Demonstration - , daß er, BDK-Beschluß hin oder her, das seine dazu beigetragen haben wird, Unsicherheiten bis hin zur Ablehnung zu schüren. HEG klotzt schließlich auch gegen Hans-Peter Brenner, der namens und im Auftrag der Organisationsgruppe die Moderation übernahm. Das kann ja angehen. Nur: Was nimmt sich HEG heraus, Hans-

Peter Brenner wie folgt darzustellen:

„Beim Auftakt der Demo machte DKP-Vorstandmitglied Brenner deutlich, wo es lang geht...“ Die Methode ist bekannt. Man „entlarve“ jemanden als (Partei-)Kommunisten und weise nach, daß dieser „die Linie vorgibt“ - und schon ist die ganze Veranstaltung außerhalb jeglicher „demokratischen“ Legitimität - alles nachzulesen in den Anweisungen und Berichten der einschlägigen Dienste. Doch wie,



zum Teufel, kannst Du, Horst-Eckart Gross, eine solche Demagogie entwickeln? Wenn Du Deine eigene Geschichte aufarbeiten willst, dann tu es bitte sauber und ohne andere Menschen mit Dreck zu bewerfen.

Hier noch einmal zur Klarstellung: Weder bei der Vorbereitungsgruppe zur Cuba-Solidaritätsdemonstration noch im -ebenfalls von HEG angefeindeten - NETZWERK CUBA -Informationsbüro-e.V. gibt es eine Gewissensprüfung. Das überlassen wir gerne

den Staatsschutzbehörden.

HEG meint, daß nur Leute Hzusammengekommen wären, die „Hurra schreien“ wollten. Er muß auf der falschen Veranstaltung gewesen sein. Vielleicht hat ihn genervt, daß ihm persönlich nicht von allen „Hurra“ entgegengeschrieben wurde. ★

Abgesehen davon sei darauf hingewiesen, welche Rolle das „Hurra“ - Schreien in der deutschen Geschichte spielt. Kennt er nicht Mann's Roman „Der Untertan“???

Abschließend meint HEG:

„Schade: Kuba und der Kampf gegen die Blockade hätten eigentlich eine bessere Demo verdient, eine große Möglichkeit wurde vertan.“

Ich antworte:

Schade: Es gab einmal companeros, die diesen Namen verdient und wirklich hervorragende Arbeit geleistet haben. Angesichts der Verwirrung in der Welt sind wohl auch viele ehemalige Mitkämpfer/innen sehr verwirrt. Manchmal so verwirrt, daß sie nicht mehr wissen, wo sie hingehör(t)en.

Entgegen aller - letztendlich der cubanischen Revolution nicht gerade hilfreichen - Propaganda möchte ich auf diesem Wege alle FG-Gruppen und Einzelkämpfer/innen ausdrücklich ermuntern, gerade jetzt in ihren Solidaritätsbemühungen und -aktivitäten nicht nachzulassen! Die politischen Auseinandersetzungen innerhalb einer kleinen Gruppe von FG-Mitgliedern (in den Entscheidungszentren) sind die eine Sache - Die wirklich wichtige Sache ist die, sich nicht von ein paar Klugschweißern (ich gestehe: man hätte auch Klugschwätzern



sagen können) und letztendlich der cubanischen Revolution anscheinend nicht (mehr) als Freund/innen verbundenen Menschen auch innerhalb der FG (siehe cl 3 + 4/95) irritieren lassen.

Insofern ist in der Tat das Titelbild der cl 4/92 sehr bezeichnend: „Die Karawane zieht weiter...“

Wir müssen uns nur endlich darüber im Klaren werden, daß wir, die 1.600 Mitglieder der FG sowie viele, viele andere Freundinnen und Freunde, in anderen Gruppen organisiert oder als Einzelkämpfer/innen aktiv, eine Karawane sind:

Eine Gemeinschaft von Menschen, die - mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Zugängen - zusammen gekommen sind, um gemeinsam für ein einheitliches Ziel zusammen zu gehen. Das erfordert auch (z.B. bei Stürmen, die einem in's Gesicht wehen) oft eine Kraft, denen zu widerstehen nicht alle bereit sind. Auch das scheint mir respektabel.

Nur: Die eigene Feigheit vor dem weiteren Weg damit zu vertuschen, daß man Klapperschlangen gegen die anderen wirft, scheint mir auch nicht gerade seriös.

Ich fordere auf diesem Wege alle aktiven Gruppen in der Cuba-Solidarität, alle wirklichen Cuba-freundinnen und -freunde dazu auf, in ihren politischen und materiellen Aktivitäten für Cuba nicht nur nicht nachzulassen, sondern „noch ein Schüppchen zuzulegen“ (wie wir Leute aus'm Ruhrpott sagen).

Erinnert sei an dieser Stelle daran, daß sowohl die Sitzungen der cuba libre-Redaktion als auch die des Bundesvorstandes vereinsöffentlich sind und es unserer Organisation und unserer Arbeit sicherlich gut täte, wenn sich mehr

Mitglieder einmischen würden. Laut Beschluß der letzten BDK finden ab sofort die Sitzungen des BV dezentral statt. Das heißt: Jede Gruppe hat die Möglichkeit, den BV zu einer Sitzung in ihre Stadt einzuladen und dann vor Ort daran teilzunehmen. Also: Einfach 'mal die Vorsitzende Gabi Ströhlein anrufen: 089 - 361.53.00.

Bisher feststehende Termine für die Bundesvorstandssitzungen (jeweils samstags):
5.März, 23.April, 28.Mai, 25.Juni.
Bei letztgenanntem Termin sollen die weiteren Daten bis zur BDK, die vom 14.-16.10.94 stattfinden wird, festgelegt werden. Die Sitzungen finden in der Regel von 11.00 bis 17.00 Uhr statt.

P.S.: Ich fordere, daß dieser Beitrag natürlich in voller Länge und unzensiert abgedruckt wird. Eine Begründung erübrigt sich.

THE MILITANT

The Militant ist ein Forum für kämpfende Arbeiter rund um den Globus. Die cubanische Revolution und die Solidarität mit ihr nehmen einen großen Platz in diesem englischsprachigen Wochenblatt aus New York ein. Reportagen aus Cuba spiegeln die täglichen Kämpfe und Debatten der cubanischen Werktätigen wider. Fidel Castro und anderen Sprecher der cubanischen Revolution kommen zu Wort. Auch die Revolution in Südafrika und Nelson Mandela haben einen bedeutenden Platz in dieser Zeitung.
Jahresabonnement 88 DM, sechs Monate 45 DM.

Schnupperabo

ohne automatische Verlängerung
The Militant: 10 Wochen 15 DM
Perspectiva Mundial: 4 Monate 10 DM
Einfach einzahlen auf
Konto 94327-600 bei Postbank
Frankfurt (BLZ 50010060),
Lüko Willms Sonderkonto,
Nußzeil 54, D-60433 Frankfurt/M
Adresse nicht vergessen!

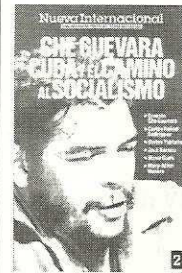
Perspectiva Mundial ist die monatliche Schwester von The Militant in spanischer Sprache.

Abo für ein Jahr 30 DM, für sechs Monate 18 DM.

Perspectiva Mundial

Die cubanische Revolution in der Weltpolitik

Bücher in englischer und spanischer Sprache von Pathfinder Press, New York



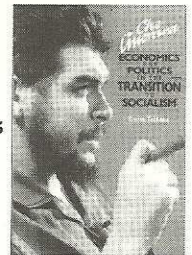
Che Guevara Cuba und der Weg zum Sozialismus

Mit Beiträgen von
Che Guevara
Carlos Rafael Rodríguez
Carlos Tablada
Jack Barnes, Steve Clark
Mary-Alice Waters

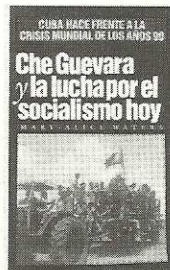
auf spanisch als Nueva Internacional No. 2: DM 18,50
auf english als New International No. 8: DM 15

Che Guevara: Ökonomie und Politik beim Übergang zum Sozialismus von Carlos Tablada

Englisch für DM 29
Spanisch für DM 25
Französisch DM 45



Erklärt mithilfe von ausgiebigen Zitaten der vielen Reden und Schriften von Che Guevara, warum der Aufbau des Sozialismus die Aufgabe von freien Menschen ist, die sich selbst verändern, während sie gleichzeitig ihre Lebensumstände verändern.



Che Guevara und der Kampf für Sozialismus heute

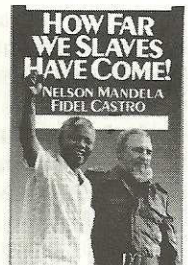
von Mary-Alice Waters

Englisch, Spanisch
und Französisch
je 5 DM

Das Vorwort zur französischen Ausgabe des Buchs von Carlos Tablada als selbständige Broschüre

Wie weit sind wir doch gekommen, wir Sklaven!

Reden von
Fidel Castro und
Nelson Mandela
am 26. Juli 1991
in Matanzas



Spanisch für 15 DM, Englisch für 13,50

Katalog und Info über
Bestellungen bei:
Lüko Willms · Nußzeil 54
D-60433 Frankfurt/Main
(069) 529208 fon
(069) 519886 fax

Liebe FreundInnen!

Zur Unterstützung der Redaktion von CUBA LIBRE überweise ich heute 500 DM.

Besonders die Nr. 4/93 vom Dezember 1993 fand ich sehr gut.

Die Ausgewogenheit zwischen Eurer Parteinahme für die kubanische Regierung und der konstruktiven Kritik durch die Redaktion finde ich ermutigend.

Das Interview von Johnny Norden mit Carlos Tablada fand ich besonders konstruktiv und solidarisch. Die weiteren Beiträge fand ich durch die Bank interessant, informativ und konstruktiv. Jeder Satz dieses Heftes war von Solidarität mit Cuba bestimmt.

In der Tendenz fand ich das auch im Editorial und in der Demo-Kritik „von unten“, obwohl beide Texte unglückliche Formulierungen enthielten. Sie wahrten jedoch die Ausgewogenheit, da sie in der Verbindung mit dem Tablada-Interview bzw. dem Vorstandsbericht über die Demo und die BDK standen.

Den beiden Briefen an die Redaktion (S.49) stimme ich voll zu. Ich wünsche mir von den Beteiligten allerdings weniger Empfindlichkeit.

Mit solidarischen Grüßen an den Vorstand und an die Redaktion!

Gerhard Melzer-Pleines



Für die Unabhängigkeit Cubas Schluß mit der Blockade!

Dringender Aufruf zur Unterstützung der Ernährung von 125.000 Kindern in Havanna

„Glas statt Weißblech“

Durch den Kauf einer Abfüll- und Verdeckelungsmaschine „Omnia“ für Glasgefäße soll die Abfüllung in Weißblechdosen mit folgenden Vorteilen ersetzt werden:

- Das Glas wird in Cuba hergestellt und spart Devisen. Gläschen sind wiederverwendbar. Sie ermöglichen die Nutzung einer größeren Vielfalt von Früchten und Gemüsen sowie das Hinzufügen neuer Vitamine. Die Produktion wird erhöht, Schadstoffe vermieden. Die Haltbarkeitsdauer wird verdoppelt.

- Die Verschärfung der Blockade durch die Regierung der USA mittels Toricelli-Gesetz, die letzte Klimakatastrophe, die für Cuba einen Schaden in Höhe von 1.000 Mio US-Dollar bedeutete, die Zerstörung der Bananenernte und eine schlechte Zuckerernte bedeuten ein besonders kritisches Jahr 1994.

- Kosten für die Maschine „Omnia“: ca. 72.000 DM, aktueller Kontostand: ca. 45.000 DM

- Ziel war es, die Finanzierung bis Ende 1993 sicherzustellen, das ist leider nicht gelungen.

Unterstützt wird das Projekt durch:

Cuba-Solidarität Heidelberg; FG BRD-Kuba e. V., Gruppen: Aachen, Essen, Köln, Dortmund, Frankfurt/M.

Koordination: Cuba-Gruppe Bonn (Tel./Fax 0228/69 85 47)

Spenden bitte an
FG BRD-Kuba e. V., Gruppe Wuppertal
Kontonummer: 91 30 12
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ 330 500 00
Stichwort: „Glas statt Weißblech“

Verschiedene Stiftungen verweigerten die Kooperation mit dem Projekt, obgleich sie seinen sozialen Charakter anerkannten.

19. Januar 1994



Argentinische Provinz ist bereit, in Cuba produzierte Anti-Meningitis-Impfstoffe zu importieren.

La Pampa, (RHC). - Die Verwaltung der argentinischen Provinz La Pampa verkündete den Import von 100.000 Einheiten des in Cuba produzierten Impferums gegen Gehirnhautentzündung, um einen Ausbruch der Krankheit entgegenzutreten. VertreterInnen der Gesundheitsbehörden von La Pampa äußerten, daß sie planen, mit der Impfung von etwa 50.000 Kindern in ihrem Bezirk eine Anti-Meningitis-Kampagne zu beginnen. Das südamerikanische Land wurde hart getroffen durch den Ausbruch der Meningitis, die mehr als 5.000 Personen befallen hatte, von denen annähernd 300 allein in den letzten 12 Monaten verstorben

Kurze Tagesnachrichten aus Kuba

- Argentinischer Import von cubanischem Antimenigitisimpfstoff
- Cubas Außenminister in Namibia und anderen afrikanischen Staaten
- Cuba und Kolumbien unterzeichnen Gesundheitsabkommen
- Mexikanische Regierung spendet 3 Millionen Schulblöcke

und wird als der einzige wirkungsvolle Vollschutz gegenwärtig gegen den Virus gesehen.

Cubas Außenminister in Namibia, der letzten Station seiner Reise durch fünf Nationen

Windhoek, (RHC) - Namibias Außenminister, Theo Ben Gurirab, äußerte, daß der Besuch des cubanischen Außenministers dazu bei-

zweiwöchigen Rundreise hatte Robaina Aufenthalt in Ghana, Angola, Simbabwe und Sambia, wo er Gespräche mit hochrangigen RegierungsvertreterInnen jener Länder führte über zweiseitige Verbindungen und internationale Angelegenheiten. Nach seiner Zusammenkunft mit dem Außenminister Sambias, unterzeichneten die beiden Minister ein Abkommen zum Verzicht auf Visa-Bedingungen für gegenseitige Reisen in die



sind. La Pampa ist eines der Gebiete, die am stärksten betroffen sind. Mitte Januar gab die Bundesregierung Argentiniens nach umfangreichen Versuchen, in denen die Wirksamkeit bestimmt wurde, grünes Licht für den Vertrieb des cubanischen Impfstoffes im Land. Das Impferum wird bisher erfolgreich angewendet in Cuba, Brasilien, China und anderen Ländern

tragen werde, bilaterale Abkommen zwischen seinem Land und der karibischen Insel auf den Weg zu bringen. Havannas Spitzendiplomat, Roberto Robaina, kam am 19. Januar in Windhoek, der namibischen Hauptstadt an, der letzten Station seiner Afrikareise durch fünf Nationen, die die erste ist, seit seiner Berufung in diese Funktion im letzten Jahr. Während seiner

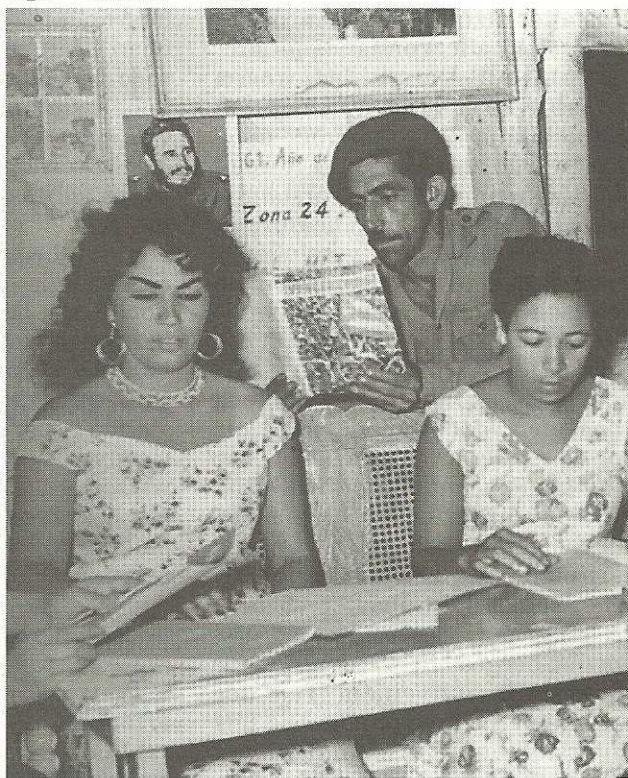
beiden Länder. Das ist das letzte von vielen Abkommen zur Zusammenarbeit, die die beiden Nationen in Bereichen wie Gesundheit, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Bildung verbinden. Namibias Präsident, Sam Nujoma, erklärte öffentlich die wichtige Rolle, die Cuba gespielt hat, innerhalb des Prozesses, der zur Unabhängigkeit Namibias geführt hat, indem es

geholfen hat, die Expansionspolitik Südafrikas in dieser Region zu besiegen. Zusammentreffen Robainas mit weiteren führenden namibischen Politikern, einschließlich Präsident Sam Nujoma, vor Abschluß seiner Afrikareise wurden erwartet.

20. Januar 1994

Havanna, (RHC) - Die mexikanische Regierung spendet 3 Millionen Schulblöcke für cubanische Kinder

Eine mexikanische Repräsentantin in Havanna, Cristina de la Garza, drückte aus, daß diese Spende helfen wird, die Anstrengungen Cubas auf dem Gebiet des Bildungswesens zu unterstützen. Sie meinte, es sei wirklich ein bewundernswerte Leistung, daß trotz der Wirtschaftskrise, die Land erlebt, keine einzige Schule geschlossen worden ist. Die Spende wurde im Rahmen einer Feier übergeben, die in einem Schulkomplex in Havanna stattfand, der den Namen des mexikanischen Patrioten Benito Juarez trägt. Der cubanische Minister für Bildung, der an der Veranstaltung teilnahm, hob die symbolische und die materielle Bedeutung dieser Geste der mexikanischen Regierung heraus. Er erklärte, dies würde helfen, den Bedarf von 30 Millionen Schulblöcken zu decken, der bis zum Ende des laufenden Schuljahres besteht. Cuba hat ca. 2,5 Millionen SchülerInnen und StudentInnen in seinem Bildungssystem und mehr als ein Fünftel des Budgets wird in das Bildungswesen investiert.



Spanienbesuch des cubanischen Außenministers offiziell bestätigt

Havanna, (RHC) - Cubanische

Stellen haben bestätigt, daß die Reiseplanungen des Außenministers einen Besuch in Spanien in den nächsten Monaten beinhalten. Die Meldung wurde auch bekräftigt durch die stellvertretende Außenministerin, Isabel Allende, als sie am 19. Januar einen zehntägigen Besuch auf den Kanarischen Inseln beendete, wo sie Gespräche mit lokalen VertreterInnen und mit Solidaritätsgruppen hatte. Im Rahmen ihres Aufenthaltes hatte die cubanische Diplomatin auch Zwischenaufenthalte in Madrid und Katalonien, vertiefte die bilateralen Beziehungen zwischen Cuba und Spanien und schuf die Basis für den anstehenden Besuch des cubanischen Außenministers, Roberto Robaina. Bei den Menschen auf den Kanarischen Inseln bedankte sie sich auch für eine Spende an das cubanische Volk im Umfang von 30 Containern mit Spendengütern und 18 Omnibussen.

24. Januar 1994

Cuba und Kolumbien unterzeichnen Gesundheitsabkommen

Havanna, (RHC) - Die Regierungen von Cuba und Kolumbien unterzeichneten verschiedene wichtige Abkommen zur Zusam-

menarbeit im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens am 10. Januar.

Entsprechend eines dieser Abkommen wird Kolumbien 2,5 Millionen Einheiten des in Cuba hergestellten Anti-Hepatitis B Impfstoffes einkaufen. Der Vertrag wurde in Havanna vom cubanischen Gesundheitsminister Julio Teja und seinem kolumbianischen Kollegen, Juan Luis Londono unterzeichnet, während einer Feier, bei der auch Präsident Fidel Castro anwesend war. Er umfaßt auch Regelungen über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in den Bereichen der grundlegenden Gesundheitsvorsorge, Epidemieverhütung, Entfaltung menschlicher Kapazitäten, unentbehrlicher und grundlegender Medikamente und Impfstoffe.

Als Bestandteil der Übereinkünfte wird das in Havanna gegründete Finlay Institut technische Unterstützung leisten bei der Entwicklung eines umfassenden Fünf-Jahres-Impfprogramms für Kolumbien und den Einsatz des cubanischen Impfstoffes gegen Meningitis. Das Abkommen wurde am Ende eines zweiwöchigen Besuches einer kolumbianischen Delegation unter der Leitung von Juan Luis Londono unterzeichnet.

Zur Beurteilung des cubanischen Gesundheitssystems sagte Londono, daß es besser ist, als jedes andere heute auf dem amerikanischen Kontinent existierende. Während seines Aufenthaltes zeigte er insbesondere Interesse an Cubas Familienärzte-Programm und den Maßnahmen zur Senkung der Kindersterblichkeit unter eine Rekordgrenze von 9,4 je 1.000 Lebendgeborene.

Cuba und Kolumbien hatten ihre diplomatischen Beziehungen im Oktober nach einer 12jährigen Unterbrechung wieder aufgenommen.

(AdEngl. msw)

Brief, 12.3.94



An alle Mitglieder

Auf der Bundesvorstandssitzung am 5.2.94 in Bonn wurde, entsprechend dem Arbeitsauftrag der BDK, ein Redaktionsstatut nach vorheriger ausführlicher Diskussion zweier vorliegender Entwürfe, beschlossen. Der Beschluß ist gültig, er wurde mit absoluter Mehrheit aller Vorstandsmitglieder gefaßt. Das Redaktionsstatut regelt, in Übereinstimmung mit den Willensbekundungen der letzten beiden Bundesdelegierten-Konferenzen, die Handhabung des politischen Mandats des Vorstandes als Herausgeber der Cuba libre und beinhaltet die Durchführung einer gemeinsamen Schlußredaktionssitzung von Redaktion und Bundesvorstand. Bei diesen Treffen soll sowohl eine Artikelauswahl als auch eine gemeinsame politisch-inhaltliche Diskussion darüber stattfinden. Der Termin für diese Schlußredaktion für die Ausgabe 1/94 wurde am 5.2. für den 26.2.94 beschlossen. Als Ort wurde zunächst Frankfurt wegen der zentralen Lage ins Auge gefaßt.

Auf der Redaktionssitzung am 12.2.94 in Hamburg wurde die Redaktion über die Beschlüsse des Vorstandes und den Termin der Schlußredaktion informiert. Eine Mehrheit der anwesenden Redaktionsmitglieder erklärte, daß sie den gefaßten Beschluß nicht akzeptieren werde. Diese Redaktionsmitglieder erklärten dann auch, daß sie an der Schlußredaktionssitzung am, 26.2. nicht teilnehmen würden.

Gleichwohl bleibt natürlich der Vorstandsbeschluß bindend. Da die Mehrheit der Redaktion in und um Hamburg wohnt, wurde der Ort für die Schlußredaktion nach Hamburg verlegt, um gerade ihnen leichter Möglichkeiten einer Teilnahme anzubieten. Mit Brief vom 20.2. wurden alle Vorstands- und

Redaktionsmitglieder von der Vorsitzenden dazu eingeladen.

Dieses Angebot zu einer offenen Zusammenarbeit und politischen Auseinandersetzung zwischen Vorstand und Cuba libre Redaktion hinsichtlich der nächsten Ausgabe unserer Zeitschrift wurde ausgeschlagen, kein einziges der besagten Redaktionsmitglieder war erschienen, Artikel hatten sie ebenfalls keine zu dem Termin eingebracht.

Auf unserer heutigen Bundesvorstandssitzung in Nürnberg (anwesend alle Vorstandsmitglieder bis auf Harry, der wegen Urlaub entschuldigt war, den am 5.2. gefaßten Beschluß aber mitträgt) wurde nun von Jonny Norden die Rücknahme dieses Vorstandsbeschlusses vom 5.2. beantragt. Seiner Ansicht nach verstoße er gegen § 2 unserer Satzung, weil die politische Vielfalt damit beschnitten werden sollte. In einer kurzen Diskussion wurden von uns nochmals der Beschluß erläutert, wir legten wiederholt dar, daß wir vor Erscheinen der Cuba libre eine gemeinsame inhaltliche Diskussion für erforderlich halten. Hierbei müßte die auch von uns vertretene und gewünschte politische Vielfalt der Cuba libre-Beiträge bei gegenseitigem Respekt erst wieder hergestellt werden. Leider ist es dazu mit einem Teil der Redaktion nie gekommen. Die uns unterstellten Anschuldigungen weisen wir daher mit Entschiedenheit zurück.

Der eingebrachte Antrag wurde mit 4:4 -Stimmen abgelehnt.

Daraufhin legten die Vorstandsmitglieder Jonny Norden, Horst-Eckart Groß, Ulla Symanzcik und Margarete Effertz alle ihre Funktionen nieder. Margarete Effertz und Georg Stellmacher teilten mündlich die einseitige Kündigung

ihres Arbeitsverhältnisses zum 30.6.94 mit.

Ulla Symanzcik wurde aufgefordert, den laut Beschluß der BDK von ihr zu erstellenden detaillierten Finanzbericht vorzulegen. Einziger Kommentar: Einzelkonten können in der Geschäftsstelle eingesehen werden.

Unserer Meinung nach hat damit eine Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht, in der einzelne Mitglieder in der FG mit dem Instrument Cuba libre ausschließlich ihre eigene Politik zu verbreiten versuchten, die nicht bereit waren und sind, einen gemeinsamen politischen Dialog zu führen.

Wir finden es bedauerlich, daß es gerade im Jahr der internationalen Solidarität mit Cuba im Bundesvorstand der FG zu einer solchen Kräftezersplitterung gekommen ist und die anstehenden Aufgaben nunmehr von wesentlich weniger Vorstandsmitgliedern geleistet werden müssen. Wir halten es für unsere Pflicht, euch hiermit schnell und im vollen Umfang von den bisherigen Vorgängen in Kenntnis zu setzen und möchten nochmals betonen, daß wir an keinerlei Ausgrenzungen innerhalb der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba interessiert sind. Wir stellen uns gerne auch in den Gruppen der Diskussion und Verweisen auf unser Angebot, die Vorstandssitzungen in verschiedenen Städten mit den jeweiligen Gruppen durchzuführen.

Darüberhinaus werden wir natürlich auch weiterhin an der Umsetzung der BDK- und bisher erfolgten Bundesvorstandsbeschlüsse, sowie der Impulse, die von den Treffen der Cuba-Solidaritätsgruppen auf Europa- und Bundesebene ausgegangen sind, arbeiten und bitten Euch um aktive Mitarbeit.

Mit solidarischen Grüßen
der Bundesvorstand

Gabi, Marianne, Heinz und
Wolfgang

Nach Redaktionsschluß wurden noch verschiedene Stellungnahmen zu dem Brief an die Mitglieder und Cuba libre AbonentInnen erarbeitet, der von einem Teil der CI-Redaktion und einigen zurückgetretenen Vorstandsmitgliedern verschickt wurde. Aus aktuellem Anlaß haben wir diese Erklärungen noch in dieses Heft aufgenommen.



An die Mitglieder, Freundinnen und Freunde der FG Essen Betreff: Stellungnahme des Essener FG-BV-Mitglieds Heinz-W.Hammer zu den aktuellen Auseinandersetzungen - zur Vorlage bei der öffentlichen Mitgliederversammlung der FG Essen am 23.03.94, (vorbehaltlich eines dort zu fassenden Beschlusses:) zur Veröffentlichung im nächsten Essener Gruppen-Rundbrief (Nr.45) sowie zur Information an den BV und weitere Interessierte

21.03.94

Liebe Cubafreundinnen und -freunde,

wie im letzten Essener Gruppenrundbrief (Nr.44) mitgeteilt, sind bei der BV-Sitzung am 12.03.94 vier BV-Mitglieder (Margarete Effertz, Ulla Symanzik, Johnny Norden, Horst-Eckart Gross) mit sofortiger Wirkung von ihren Funktionen zurückgetreten. Darüberhinaus haben die bisherige Geschäftsführerin Margarete Effertz und der Mitarbeiter der Geschäftsstelle Georg Stellmacher einseitig und fristgerecht ihre Arbeitsverträge zum 30.06.94 gekündigt.

Eine entsprechende Information des Bundesvorstandes wurde am selben Tag formuliert und zwei Tage später mit der Bitte um Weiterleitung an die Gruppenverantwortlichen versandt.

(Es wurden nicht alle Mitglieder einzeln angeschrieben, um Kosten zu sparen.)

Dieser Brief wurde im letzten Gruppenrundbrief angekündigt, liegt zur MV am 23.03.94 vor und wird, vorbehaltlich der Zustimmung dort, im nächsten RB veröffentlicht.

Mit Datum vom 18.03.94 kam nun heute ein Brief, der offensichtlich an alle FG-Mitglieder versandt wurde und von den zurückgetretenen BV-Mitgliedern und 7 weiteren FG-Mitgliedern unterzeichnet ist.

Ich komme hiermit meiner gemeinsam beschlossenen Rechenschaftspflicht gegenüber der FG-Gruppe Essen nach, wenn ich zu dem letztgenannten Brief wie folgt Stellung nehme:

1. Im ersten Absatz wird unterstellt, daß politische Meinungsverschiedenheiten im Vorstand als unerfreuliche Quereilen verkleidet worden seien. Auf die aktuelle Situation bezogen, ist es genau das, was zwar einige der Unterzeichner/innen in den letzten Monaten betrieben haben, nicht aber die derzeitigen BV-Mitglieder. Vielmehr wurde aus deren Reihen bei der letzten BDK festgestellt, daß es eindeutig um politische Auseinandersetzungen geht.

2. Im gleichen Absatz wird unterstrichen, daß die Geschäftsführerin nicht nur ihre Kündigung ausgesprochen, son-

dern auch von ihrer BV-Funktion als Geschäftsführerin (wg. zerrüttetem Vertrauensverhältnis zum BV) niedergelegt hat. Diese Tatsache ist auch so im Protokoll der Sitzung festgehalten, allerdings in einem Schreiben von Margarete an die BV-Mitglieder vom 16.03.94 von ihr dementiert worden.

Stellt sich die Frage: Was soll mit solcherart Taschenspielertricks erreicht werden? Geht es vielleicht nur um die Beibehaltung einer „Macht“position in der Geschäftsstelle?

5. Im zweiten Absatz wird behauptet, daß der amtierende Bundesvorstand die Zeitschrift (cuba libre) „putschartig übernahm, um ihre Vorstellungen durchzusetzen“.

Sprache ist manchmal verräterisch. Den Autor/innen dürfte bekannt sein, welche Bedeutung das Wort „Putsch“ gerade in den Ländern des Trikont hat! Hier sollen ganz offensichtlich Emotionen hochgekocht werden. Zumal ein Blick auf die im Brief des amtierenden BV offengelegten Hintergründe das Gegenteil belegen. Die Grundlage für den Beschluß, die jeweils vorliegenden cl-Artikel in einer gemeinsamen Endredaktion von BV und Redaktion auszuwählen, sind die diesbezüglichen Diskussionen und Intentionen der letzten 2 Bundesdelegiertenkonferenzen, also dem höchsten gemeinsamen Organ unserer Organisation!

4. Unter Punkt 1) wird behauptet, daß die Mehrheit der Redaktion ein „differenziertes Bild der Entwicklung in Kuba geben“ wolle. Genau das stimmt nicht. Vielmehr zeigt ein Blick in die letzten Ausgaben, daß in der Tendenz und mit Schwerpunkt nur noch eine „Linie“ (in Bezug auf die Gesamtmitgliedschaft, wie sie bei den vergangenen BDKs repräsentiert war, einer Minderheit) veröffentlicht wurde. Und zwar weniger die, als Freunde und Freundinnen Cubas in schwerer Zeit solidarisch zu sein, sondern vorrangig den Finger in bestehende Wunden zu legen, Gerüchte zu verbreiten (Solidaritätsspenden würden in dubiose Kanäle gelangen), Verunsicherungen zu verbreiten (Breitseite gegen das Glasdeckel-Projekt) und andere FG-Mitglieder zu diffamieren (Unterstellung unseriöser Umgangs mit Unterschriften in Vorberei-

tung der Cuba-Solidaritätsdemonstration).

Erinnert sei auch an die Kaltschnäuzigkeit, mit der Vetreter der cl-Redaktion bei der letzten BDK auf die Anfragen und Kritiken seitens der Mitgliedschaft reagierte bzw. wie im Nachhinein via cl BDK-Beschlüsse hintergangen wurden (Ablehnung von „consulting-groups“ z.B. im Gesundheitssektor durch die überwältigende Mehrheit der BDK).

Ein „differenziertes Bild“ liefern. Wohl doch nicht.

5. Unter Punkt 2) wird Bezug genommen auf die Auseinandersetzung um die Veröffentlichung des Interviews von Horst-Eckart Gross mit Jesús Diaz in cl 4/92. Hierin konnte der Interviewte breit ausführen, das das cubanische Gesellschaftssystem „krank“ und „eine Diktatur“ sei, in der es „nicht die geringste Möglichkeit für eine Diskussion“ gebe und derlei Ergüsse mehr.

Unterschlagen wird hierbei darüberhinaus die Tatsache, daß sich bei der gleichen Ausgabe die Auseinandersetzung zugleich daran entzündete, daß derselbe Autor in seinem Artikel zum „Fall Aldana“ schrieb: „Kuba braucht Devisen für das Überleben und weltweit werden Sammlungen und Soli-Aktivitäten durchgeführt, für Medikamente, Milchpulver, Ersatzteile ... In solchen Zeiten werden Millionen von Dollar an einen zwielichtigen Geschäftsmann vorgestreckt, die dieser ohne Probleme aus Kuba ausführen kann, weil er ein guter Freund eines Politbüro-Mitglieds ist. ...“ und somit das „Verschieben“ von Geldern aus Cuba in unmittelbaren Zusammenhang mit Solidaritätsgeldern brachte.

Wenn mit dem o.g. postulierten „differenzierten Bild“ gemeint ist, in der cl zwar „auch“ positive Mitteilungen über Cuba zu veröffentlichen, aber „nebenan“ den cubanischen Freundinnen und Freunden laufend auf's Maul zu hauen, so ist dies tatsächlich nicht mein Verständnis von „Pluralismus“.

6. Auf Seite 2 unter „Zusammengefaßt“ wird behauptet, daß die Gelegenheit, eigene Beiträge (von den die einseitige Tendenz der cl kritisierenden BV-Mitglieder) nicht wahrgenommen worden seien. Das ist falsch. In der Realität wurden einige BV-Mitglieder gar nicht

um Artikel angegangen. Bei BV-Sitzungen wurde nur gelegentlich (wenn's sich so ergab) mitgeteilt, wer zu welchen Themen Artikel schreiben würde. Gerade in der letzten Zeit blieb es dann Einzelnen (Angegriffenen) überlassen, sich per Entgegnung zur Wehr zu setzen. Darüberhinaus wurde die cl-Redaktion - mangels deren Interesse ohne vorherige Rücksprache - regelmäßig mit Informationen, Artikeln zu Aktivitäten, Übersetzungen usw. beliefert.

Es wird behauptet, daß es keine Auseinandersetzungen um das Interview mit Herrn Diaz gegeben habe. Schon wieder Taschenspielertrickserie. Auf der vorangegangenen Seite verweisen die Autor/innen selbst auf die Auseinandersetzungen beim III. Bundestreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in Nürnberg. Und die Diskussionen (sowohl im Plenum wie auch informell) bei der vorletzten BDK? Nie stattgefunden??

Das „jetzt eine günstige Gelegenheit abgewartet“ wurde, ist schlichter Blödsinn.

* Wenn diese Unterstellung stimmen würde, hätten wir uns alle bisherigen Diskussionen bei den letzten zwei BDKs und den folgenden BV- und den letzten Redaktionssitzungen sparen können.

* Wenn diese Unterstellung Bezug nimmt auf die im nächsten Absatz beschriebene „Abwesenheit der entschuldigten Vorstandsmitglieder“, so liegt auch hier die Wahrheit wieder im Detail (einer offensichtlichen Schwäche der Autor/innen). Tatsache ist, daß ausschließlich Johnny begründet gefehlt hat. Von den anderen (Margarete, Horst-Eckart, Ulla) lagen keine begründeten Abmeldungen vor - wenn man davon absieht, daß Margarete bei der letzten BDK ultimativ und einseitig mitgeteilt hat, daß sie an den „rotierenden“ BV-Sitzungen nicht teilnehmen würde.

* Wenn diese Unterstellung Bezug nimmt auf die Mehrheitsverhältnisse, so sei daran erinnert, daß die Beschlüsse nicht nur mit der einfachen Mehrheit der anwesenden, sondern mit der absoluten Mehrheit aller BV-Mitglieder beschlossen wurden. Das hat 'was mit demokratischen Spielregeln zu tun.

Im Übrigen gab es im BV schon des öfteren wechselnde Mehrheiten, die in der Regel von allen akzeptiert wurden; bis auf Ausnahmen, wie der Fall der BV-Erklärung zu den cubanischen Wahlen '93 zeigte. Nur: Innerverbandliche Demokratie ist nicht nur, „wenn man gewinnt“!

7. Auf Seite 2, 4. Absatz wird behauptet, bei der Endredaktionssitzung am 26.02. hätte „der Vorstand die Artikel prüfen und entscheiden (wollen), welche Artikel gedruckt werden“.

Wieder knapp daneben. Wie in dem vorherigen Absatz zitierten BV-Beschluß vom 05.02.94 ersichtlich, ging und geht es um eine gemeinsame Diskussion über strittige Artikel; also um die Wiederherstellung eines üblichen Zustands, der bisher von der cl-Redaktion mit Vehemenz verhindert wurde.

8. Im gleichen Absatz heißt es, daß ein solcher Beschluß (gemeinsame Endredaktion) „wenn überhaupt, nur akzeptabel (sei), wenn er von der Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen werde“.

Nur: Genau das ist es, was die Redaktion seit mindestens zwei BDKs zu verhindern und (wie bei der letzten) zu hintertreiben versucht! Jetzt wird's so hingestellt, als ob der amtierende Vorstand - und nicht die Redaktion - gegen BDK-Beschlüsse und -Intentionen arbeite. Taschenspielertricks.

9. Auf Seite 2, 5. Absatz wird mitgeteilt, daß die BV- und Redaktionsmitglieder am 26.02. einen Brief bekamen, in dem sie für diesen Tag zur Endredaktion eingeladen wurden.

Auch hier wird wieder mit Weglassungen gearbeitet.

Richtig ist: Dieser Termin wurde bereits bei der Redaktionssitzung am 12.02. mitgeteilt. Hierbei formulierte die Mehrheit der anwesenden Redaktionsmitglieder, daß sie an dieser Sitzung aus prinzipiellen Gründen nicht teilnehmen würden.

Die schriftliche Einladung zum 26.02. erfolgte durch die Vorsitzende am 20.02.94.

Danach gab's einen Brief von Herrn Eggers von der Redaktion, worin er schrieb, daß diese Sitzung nicht stattfinden würde.

Darauffin formulierten die 1. und 2. Vorsitzende einen korrigierenden Brief, der am 25. oder 24.02. zur Post gegeben wurde.

Dieser zweite Brief ist es, der möglicherweise bei einigen erst am 26.02. angekommen ist.

10. Im gleichen Absatz wird behauptet: „Nach den bei Christian Eggers vorliegenden Artikeln wurde nicht einmal gefragt, selbst ein vorliegender Artikel über den Wandel in der kubanischen AIDS-Politik von H.-E. Gross wurde wegzensiert“.

a) Laut BV-Beschluß vom 05.02.94 sollen in der gemeinsamen Endredaktion alle vorliegenden Artikel besprochen werden. Dieser Beschluß und der termin waren auch Herrn Eggers bekannt. Die Tatsache, daß er aus prinzipiellen Gründen nicht an der Sitzung teilnahm, hätte ihm dennoch die Möglichkeit offen gelassen, zumindest die ihm vorliegenden Artikel abzuliefern. Was er nicht gemacht hat, obwohl die Sitzung extra nach Hamburg verlegt wurde, um der Mehrheit der Redaktion, die dort wohnt, entgegenzukommen.

Jetzt die Abholung von Artikeln bei Hr. Eggers einzufordern, ist schlichte Demagogie und soll den „schwarzen Peter“ weitergeben.

b) „selbst ein vorliegender Artikel...“. Ist dieses „selbst“ gemünzt auf die Person von H.-E. Gross? Oder darauf, daß er angeblich vorlag? Tatsächlich lag er meines Wissens nicht vor.

11. Auf Seite 3, im 1. Abschnitt wird behauptet, daß „bekannt war, daß eine andere Person bereit war, das Layout für

den alten Preis von DM 1.000,00 zu erstellen.“

Das ist eine Lüge.

Richtig ist: Bei der BV-Sitzung am 18.12.94 (gemeinsam mit Redaktion) wurde die Preisangleichung von Harry moniert. Es wurde von einigen versucht, Harry in Abwesenheit von seiner Aufgabe zu entbinden.

Ich habe mich vehement dagegen ausgesprochen, daß man mit companeros in dieser Art und Weise umgeht und verlangt, diesen Punkt zu vertagen, bis Harry zur Sachlage eine Erklärung abgeben kann. Dieser Vorschlag fand eine Mehrheit.

In diesem Zusammenhang war die Rede von einer anderen Person, die das Lay-Out preiswerter machen könnte. Unumstößliche Tatsache ist aber: Es lag dem BV bis zum heutigen Tag kein -wie auch immer gearteter- Kostenvorschlag vor. (Ein diesbezüglicher Auftrag an die Vorsitzende ist mir nicht bekannt.)

Also wird dem BV angetragen, ohne harte Fakten, ohne konkrete Angebote, Finanzbeschlüsse zu fassen! Das soll verantwortungsbewußter Umgang mit den Mitgliedsbeiträgen sein? Wohl kaum.

12. Auf Seite 3, 2. Abschnitt wird behauptet: „Auf der letzten BDK in Lehnitz legte die Kassiererin einen ordnungsgemäßen und detaillierten Finanzbericht vor...“

Genau das ist wieder falsch! Richtig ist, daß der Bericht für den Großteil der Delegierten nicht nachvollziehbar war. Höfliche und solidarische Rückfragen wurden, wenn überhaupt, „von oben herab“ beantwortet. Eben aufgrund dieser Undurchsichtigkeit des Kassenberichtes wurde von der BDK mit überwältigender Mehrheit die Kassiererin beauftragt, innerhalb von 3 Monaten einen „detaillierten und nachvollziehbaren Kassenbericht“ zur Prüfung durch den BV vorzulegen. Dieser BDK-Beschluß harrt noch heute seiner Realisierung.

In diesem Zusammenhang wird moniert, daß die finanzielle Beteiligung am deutschsprachigen GRANMA-Projekt durch die BDK beschlossen wurde. Das ist festzuhalten: Es wird in diesem Zusammenhang also nicht der amtierende BV kritisiert, sondern das höchste beschlußfassende Gremium unserer Organisation! Und statt sich an der Organisation der als fehlend monierten Vertriebswege zu beteiligen, stellen sich die Autor/innen außen vor und zeigen mit dem Finger auf die Aktivist/innen.

Stellt sich die Frage: Geht's bei dieser Kritik wirklich um finanzielle Aspekte oder paßt die politische Aussage der BDK nicht?

13. Auf Seite 3, 3. Abschnitt wird resümiert, daß es „auch hier“ (GRANMA-Projekt) darum ginge, „die eigene Linie durchzuziehen“. Wessen „eigene Linie“? Gemeint sein kann ja wohl nur die „eigene Linie“ einer in ihrer Entscheidungsfindung autonomen Bundesdelegiertenkonferenz der FG.

Umkehrschluß: Alles, was nicht die „Linie“ der Autor/innen ist, hat keine Legitimation.

Das erinnert an den Spruch, daß sich die Regierung doch gefälligst ein neues Volk suchen solle...

Oder, wie es im bürgerlichen Parlamentarismus hierzulande üblich ist: So lange wählen (lassen), bis das Ergebnis stimmt...

14. Im gleichen Absatz wird die Nichterfüllung des BDK-Beschlusses durch die Kassiererin damit begründet, daß „diese Aufstellung ohne die Erläuterung der Kassiererin für einen Laien nicht verständlich sind“.

Da kann ich, ganz verständlich, nur sagen, daß mit einem solchen, evt. vorhandenen, Kassenbericht der Auftrag der BDK („detailliert und nachvollziehbar“ = verständlich) nicht erfüllt wurde.

15. Auf Seite 3, 4. u. 5. Absatz wird in Verbindung mit dem Europatreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen vom 11.-16.12.95 in Havanna der Rundumschlag gepöbelt, also sowohl finanziell wie politisch.

Erst 'mal wieder eine Klar-/Richtigstellung, was meine Person betrifft:

Ich habe nicht „in Doppelfunktion“ an dem Europatreffen teilgenommen. Ich wurde bei der Mitgliederversammlung des NETZWERK CUBA -Informationsbüro- e.V. am 18.08.'95 von dieser einstimmig zum Delegierten des NETZWERK gewählt. Vor der personellen Klärung wurde grundsätzlich besprochen, daß der/die NETZWERK-Delegierte keine Doppelfunktion wahrnehmen solle, sondern sich ausschließlich um den Aufgabenkatalog des NETZWERK kümmern solle. Dem bin ich gerecht geworden.

Mein Antrag mit Begründung auf finanzielle Bezuschussung durch die FG wurde im BV mehrheitlich abgelehnt.

Somit bin ich persönlich weder materiell noch politisch den bei der erwähnten BV-Sitzung am 09.10.95 (bei der ich im übrigen entschuldigt gefehlt habe und folgedessen auch keine Aufträge annehmen konnte) beschlossenen Reiseaufträge verpflichtet.

Dennoch gibt es natürlich gegen die Anwürfe gegen meines companeras Gabi und Marianne und meinen companero Wolfgang einiges zu sagen:

a) Entgegen der Unterstellung, es habe keine Auswertung „im Sinne der Konferenz“ im BV gegeben, hat es eine solche gegeben, und zwar am 18.12.95, 6 Tage nach unserer Rückkehr. Hierbei wurde auch ausführlich über die (angeblich nicht erwähnte) Rede Fidels berichtet. Bezüglich eines schriftlichen Berichts wurde darauf verwiesen, daß in Zusammenarbeit mit dem NETZWERK eine Dokumentation erstellt werden solle. Seitens der Autor/innen gab es in dieser Hinsicht keinerlei Anzeichen für Unterstützung dieses Unternehmens (z.B. Übersetzung, Schreibarbeiten etc.).

b) Das angebliche „Konferenzprotokoll“ von Marianne, mit der ihr und anderen jetzt ein Strick gedreht werden soll, war ausdrücklich nicht als „Konferenzprotokoll“ ausgewiesen, sondern als persönliche Rand-Notizen. Darauf hat sie -

nach irrtümlichen Versand - auch per Brief an die Geschäftsstelle nochmals hingewiesen. Bekannterweise sind solche persönlichen Randnotizen oftmals auch von Selbstironie und flapsigen Ausdrucksweisen geprägt (wer hat nicht schon 'mal solche stichwortartigen Tagesbucheintragungen gemacht?) wie z.B. die zitierten (Saufen mit Mejides bis zum Morgengrauen).

Dieser Taschenspielertrick ist schlicht unter die Gürtellinie gezielt und ich gehe davon aus, daß die Autor/innen um die Unseriosität wissen.

c) „Mit Ausnahme von Wolfgang Peter haben es die Teilnehmer auch geschafft, den geschlossenen Rahmen der Konferenz in dieser Woche nicht zu verlassen und eine Berührung mit dem Alltagsleben in Kuba zu vermeiden.“

Vorausgesetzt, daß auch die Teilnehmerinnen gemeint sind, ist diese Aussage schlicht von Unkenntnis geprägt. Tatsache ist, daß Wolfgang wegen familiärer Verpflichtungen unterwegs war - und damit auch einen Teil des Programms verpassen mußte, was prall gefüllt war. Wird erwartet, daß wir/die anderen für einen Nachmittag zu einem Spaziergang am Malecón gehen sollten? Und einen Programmpunkt verpassen? Was wären dann die Anwürfe gewesen? Ihr verdrißt Euch, wenn XY spricht, nur um oberflächlichen Kontakt zum cubanischen Alltag zu haben!

Zudem unterstellt der erstgenannte Vorwurf, daß die „offiziellen“ Gesprächspartner/innen nicht den „Alltag“ repräsentieren. Welche Haltung steckt hinter einem solchen Anwurf?

Und: Sind die Besuche (Programmbestandteile) von den Kindern aus Tschernobyl, von einem Krankenhaus, vom Zentrum für Biotechnologie nicht „cubanischer Alltag“?

Oder ist für die Autor/innen „cubanischer Alltag“ nur „Oskar N.“, der Anonymus aus der letzten cl?

d) Verschwiegen wird das Engagement aller Delegierten für die Umsetzung der in Havanna gefaßten Beschlüsse bzw. Impulse. Verschwiegen wird die Tatsache, daß wir uns wahrlich „den Arsch aufreißen“, um unter ungünstigsten Bedingungen (u.a. wg. fehlender Mitarbeit) die Übersetzungen für die Dokumentation zu erstellen. Verschwiegen wird unser Engagement für die Unterstützung der III.US-Cuba-Freundschaftskarawane. Verschwiegen werden unsere Bemühungen zur Realisierung der BRD-Karawane (BDK-Beschluß) ebenso wie die zur Realisierung des GRANMA-Projektes (BDK-Beschluß). Verschwiegen wird, daß wir in Verbindung mit der US-Karawane ebenso wie bezüglich des Projektes „Ein Schiff für Cuba“ und „Multiboykott“ mit anderen europäischen Solidaritätsorganisationen in Verbindung stehen usw. usf. ...

Auf Seite 4, 2. Absatz wird davon geredet, daß „die Vorgehensweise des heutigen Restvorstands bzgl der Redaktionsarbeit an der CUBA LIBRE 1/94 'nur' der Auslöser (war)“ von einer Entwicklung die die Autor/innen vorher an ihrer Kritik am Verhalten der Mehrheit zur cuba libre, an einem - damit zusammenhängen-

den - Finanzbeschluß und letztlich an der ihrer Meinung nach unzureichenden Berichterstattung über das Europatreffen festmachen.

Zum einen haben wir es nicht mit einem „Restvorstand“ zu tun, sondern mit dem amtierenden BV, der in seinem Brief an die Gruppenverantwortlichen deutlich gemacht hat, daß er gewillt ist, auf Grundlage der BDK- und bisher gefaßten BV-Beschlüsse sowie der Impulse vom Havanna- und Berlin-Treffen seiner Verantwortung im JAHR DER INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT MIT CUBA gerecht zu werden.

Zum anderen formulieren die Autor/innen in dankenswerter Offenheit wenige Zeilen vorher selbst, was sie nervt:

Nämlich nicht die drei inkriminierten Punkte, sondern die Tatsache ihres „vergeblichen Bemühen(s) innerhalb der FG zu mehrheitsfähigen Positionen zu finden...“!

Und da das nun nicht geklappt hat, wird versucht, mit Unwahrheiten, Halbwahrheiten, Schlägen unter die Gürtellinie, Legendenbildungen usw. wohlmeinende Mitglieder zu manipulieren mit dem Ziel bei einer außerordentlichen BDK („um die Aufgaben der Solidarität unter neuen Bedingungen zu diskutieren“, als ob wir nicht gerade das auch bei der letzten BDK getan hätten; nur: da paßten die Mehrheitsverhältnisse nicht...) ihre „Linie durchzuziehen“.

Wohlgermerkt: Ich habe ebensowenig wie die anderen amtierenden BV-Mitglieder und die regelmäßig an den Sitzungen teilnehmenden weiteren Mitglieder die geringste „Angst“ vor einer außerordentlichen BDK.

Nur stellt sich für mich die Frage:

* Sollen wir uns von einer kleinen Minderheit (siehe letzte BDK) 'mal wieder die Kräfte für „Organisatorisches“ binden lassen, während gleichzeitig eine ungeheure Menge an Anforderungen an die hiesige Cuba-Solidaritätsbewegung (Stichworte sind im letzten Essener Gruppenrundbrief genannt), insbesondere die FG als größtem Verband, gestellt sind?

* Warum sollen wir nicht die anstehenden Aufgaben zu bewältigen versuchen und dann bei der ordentlichen BDK vom 14.-16.10.94 politischen und finanziellen „Kassensturz“ machen?

* Nach allen o.g. Klarstellungen kann ich nicht mehr glauben, daß es den Antragsteller/innen wirklich um eine Klärung der anstehenden politischen Differenzen geht. Vielmehr drängt sich mir der Eindruck auf, daß hier -trotz gegenteiliger Versicherungen - schlicht die aktive Solidarität gelähmt werden soll.

* Wie anders soll ich es beurteilen, wenn -ohne jegliche Rücksprache mit dem BV - die Geschäftsführerin (noch vor ihrem Rücktritt) eigenmächtig das Amtsgericht Köln konsultiert zwecks Zurverfügungstellung einer „Co-Geschäftsführung“ (einem Konstrukt, das es nicht gibt) und in einem Brief an mich nahezu bedauernd feststellt, daß ja ein Notvorstand derzeit nicht relevant sei...

Aus diesen Gründen werde ich den Aufruf zur Durchführung einer a.o.BDK nicht unterschreiben und rufe Euch stattdessen dazu auf, den amtierenden Bundesvorstand in seinen Bemühungen zur weiteren Organisierung der materiellen und politischen Solidarität mit dem bedrohten Cuba zu unterstützen.

(Weil: Den Yanquis ist's nämlich Scheiß egal, ob wir interne Querelen haben oder nicht. Die registrieren nur eine Zu- oder Abnahme des Kampfes gegen die barbarische Blockade. Und in letzterem Falle reiben die sich die Hände...)

Mit solidarischem Gruß

Heinz-W.Hammer,
Vorsitzender der FG Essen
Mitglied des FG-Bundesvorstand

P.S. 1: Auch ich weise darauf hin, daß der Vorab-Versand dieses Briefes an die BV-Mitglieder natürlich von mir privat finanziert wurde - auch wenn*s etwas preiswerter ist, als 1.600 Mitglieder anzuschreiben...

P.S. 2: Ich habe mich bei der vorletzten BDK zur Kandidatur und nach meiner Wahl zur Mitarbeit im Bundesvorstand bereit erklärt, weil ich dort meine Kompetenz und Arbeitskraft im Sinne der notwendigen Solidarität mit dem kämpfenden, revolutionären Cuba einbringen wollte und nicht, um eurozentristische Grabenkämpfe zu bestreiten. Ich habe bisher versucht, diesem Anspruch gerecht zu werden und stelle meine bisherige Arbeit im BV innerhalb der Essener FG-Gruppe, die mich schließlich delegiert hat, hiermit zur Disposition. Sollten die Mitglieder der FG Essen der Meinung sein, daß ich meiner Aufgabe im Sinne der Solidarität mit Cuba im BV nicht gerecht geworden bin, werde ich sofort von dieser Funktion zurücktreten und damit neue Mehrheitsverhältnisse ermöglichen.

Persönliche Erklärung von Marianne Schweinesbein, stellv. Bundesvorsitzende und Redaktionsmitglied der Cuba libre

Zu dem demagogisch aufgemachten Schreiben, das nach den offensichtlichen Intentionen seines Verfassers, bzw. der UnterzeichnerInnen, durch Lügen und Verdrehungen die Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba für einen von ihnen initiierten „Machtkampf“ mißbrauchen soll, noch einige Anmerkungen von mir:

Alle Aussagen, die bezüglich der Redaktionskonferenz am 12.2.94 zitiert sind und Stelios Pavlidis, Manfred Sill und mir zugeschrieben werden, sind weder in dieser Form, noch mit diesen Inhalten gefallen. Es sind absolute Lügen, gegen die ich mich auf das allerschärfste verwahre.

Gelogen ist außerdem, daß irgendein Artikel „wegzensiert“ wurde. Im Gegenteil wurde mir gegenüber am 27. Februar von Christian Eggers, der sich telefonisch nach den Ergebnissen des Treffens vom Vortag erkundigt hatte, „verbieten“, irgend etwas von HEG oder Jonny Norden in dieser Cuba libre zu veröffentlichen.

Im Gegensatz dazu möchte ich nur andeuten, auf wieviel Ablehnung, gelangweiltes Augenverdrehen, „ach“ und „och“ ich gestoßen bin, bei allen meinen bisherigen Vorschlägen, die praktische Solidarität mit Cuba auch im Inhalt der Cuba libre nicht nur ganz am Rande zu erwähnen und den Verleumdungen und Verzerrungen der bürgerlichen Presse etwas entgegenzusetzen; auch gerade auf der o.g. Sitzung, zu der ich sehr viel Material mitgebracht hatte, zur Auswertung der Europakonferenz im Dezember 93 und des Bundestreffens der Cuba-Solidarität im Januar 94.

Der Vorwurf der mangelhaften Auswertung der Europakonferenz macht mich besonders betroffen, da ich mich sowohl in der Vorbereitung eines Readers dazu, wie vom Vorstand beschlossen, als auch in der praktischen Umsetzung der Diskussionen in Havanna zur Vertiefung und Verbreiterung der Solidarität engagiert habe. Bei dem Bundestreffen in Ber-

lin hatte ich die Koordination einer Arbeitsgruppe übernommen, die sich mit der Planung von konkreten politischen wie materiellen Solidaritätsprojekten für das Jahr 1994 beschäftigte - entsprechend den Ergebnissen in Havanna. So ist z.B. die Einbeziehung weiterer auch kirchlicher Organisationen in die Unterstützungskampagne für die Karawane der Pastors for Peace auch aus der BRD heraus sicher nicht unerheblich gewesen für den großen Erfolg, den die nunmehr 5. Freundschaftskarawane diesmal erreichte, als sie nach nur kurzen Schikanen seitens der US-Behörden mit nahezu allen Hilfsgütern und allen Fahrzeugen (viele kleine gelbe Schulbusse!) die USA Richtung Cuba verlassen konnten.

Kennzeichnend für mich war, daß auf dem diesjährigen Bundestreffen, wo es um konkrete Solidarität, politisch und materiell, mit Cuba ging, von den UnterzeichnerInnen dieses Papiers kaum einer zu sehen war, ganz im Gegensatz zu den verschiedenen FG-Gruppen vor Ort und eben denjenigen, die auch jetzt noch in diesem Bundesvorstand für die FG aktiv sind.

Enttäuschend finde ich auch, daß es überhaupt keine Unterstützung bei der Übersetzung der mitgebrachten schriftlichen Zusammenfassungen und Tonbandaufzeichnungen aus Havanna von denjenigen gegeben hat, die jetzt mangelnde schriftliche Auswertung anmahnen und selber über perfekte Spanischkenntnisse verfügen.

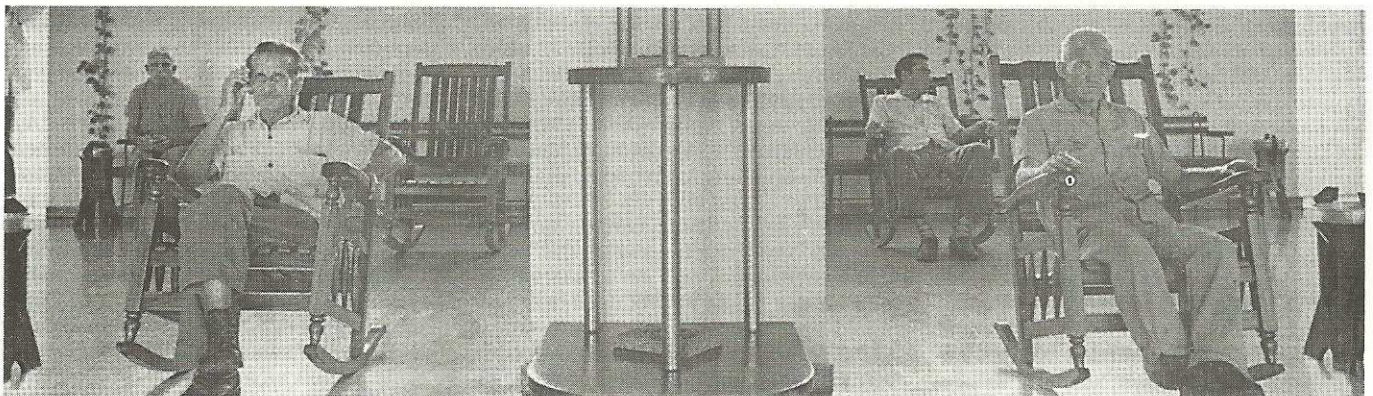
Nein, ein Diskussionspapier über die Widersprüche im cubanischen Alltagsleben im allgemeinen und im besonderen habe ich nach der Woche in Havanna nicht angefertigt. Das sehe ich aber auch nicht als vorrangige Aufgabe meiner Solidaritätsarbeit.

Zu den vielen anderen Verdrehungen, die der Brief von HEG & Co enthält, verweise ich auf die Erklärung von Heinz W. Hammer, der sich sehr gründlich damit auseinandersetzt.

Solidarische Grüße

Marianne

Nbg., den 23.3.94



Besuch im

Asthma - Zentrum

Die Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Gabi Ströhlein, hatte im Rahmen ihres Cuba-Aufenthaltes, während des Europa-Treffens der Cubasolidarität, die Gelegenheit, das Instituto Nacional Antiasmatico zu besichtigen

Doktor Enrique Fernández Maceiro, der Leiter der Klinik, führte durch die verschiedenen Behandlungsräume und erläuterte diverse Therapieformen, die zur Anwendung kommen. Die ambulante Betreuung nach Asthma-Anfällen beschränkt sich dabei keineswegs auf die Verschreibung von Medikamenten. Es gibt eine eigene Aerosoltherapiestation, regelmäßige Inhalationen werden durchgeführt und großer Wert wird gelegt auf die Vermittlung von Atemtechniken und Atemübungen, sowie Entspannungsübungen. Auf diesem Wege soll Wiederholungen von schweren Asthmaanfällen vorgebeugt werden. Durch die umfangreiche psychologische Betreuung und Therapie wird das Behandlungsangebot noch ergänzt. Die Patienten erhalten sogar spezielle Ernährungsratschläge, da Asthma auch durch allergische Reaktionen auf bestimmte Nahrungsmittel entstehen kann.

Auch in Cuba sind viele Kinder von Allergien betroffen.

Deshalb sind auch viele der Patienten des Asthmazentrums im Kinder- und Jugendalter. Gerade

sie sollen durch umfassende Beratung, Verhaltenstraining und Vorsorge, wieder ein unbeschwertes Leben führen können. Leider fehlt im Moment noch die spezifische Ausstattung, die nötig wäre, um Kinder in größerem Umfang betreuen zu können. Mehr Kinder müßten eigentlich stationär aufgenommen werden, als dies gegenwärtig möglich ist.

Obwohl die Natürliche Medizin im Vordergrund steht, besteht trotzdem großer Bedarf an medizinischen Geräten und Anlagen. Einige Abteilungen dieser neugeschaffenen Spezialklinik konnten noch nicht in Betrieb genommen werden, da die nötige Ausstattung bisher nicht erworben werden konnte.

Auch in diesem Bereich wirkt sich die Handelsblockade, die die USA international gegen Cuba durchzusetzen versuchen, verheerend aus. Bei den erforderlichen Medikamenten gibt es ebenfalls Engpässe.

Ein besonderes Anliegen von Dr. Fernández ist die Anschaffung eines Krankenwagens, da oftmals

Kranke in andere Spezialkliniken verlegt werden müssen. Dies muß dann sehr schnell geschehen, und wenn erst ein geeignetes Fahrzeug organisiert werden muß, vergeht oft viel Zeit.



Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba unterstützt seit der letzten Bundesdelegiertenkonferenz dieses Asthmazentrum in Form einer Patenschaft. Wir wollen Geld für Anschaffungen sammeln, Sachspenden weiterleiten und regelmäßig über das Asthmazentrum berichten.

Gebraucht werden bestimmte medizinische Apparate, Krankenhausausrüstung, z.B. Krankbetten und Betttücher, Seife, Wasch- und Desinfektionsmittel, Medikamente und vieles mehr.

Eine genaue Liste des Bedarfs wird derzeit übersetzt.

Interesse besteht seitens der Leitung der Klinik auch an Beziehungen mit ähnlichen Einrichtungen bei uns, die einen Erfahrungsaustausch (Fachliteratur) oder auch Praktika und wissenschaftlichen Austausch beinhalten könnten.

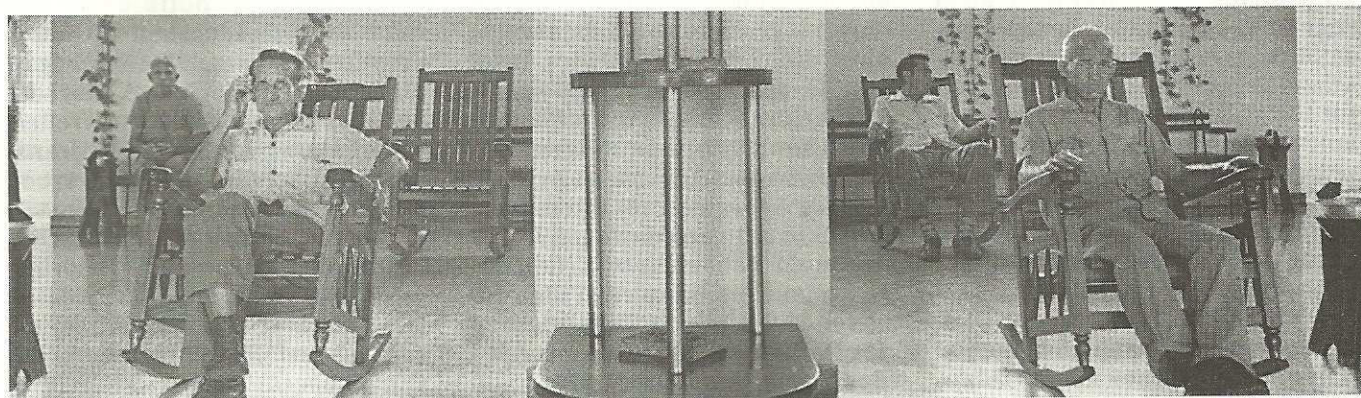
Spendenkonto:

FG-München, W.Ströhlein, Sonderkonto, Stichwort: Asthmazentrum

Kto.Nr.248811-808 bei Postbank München, BLZ 700 100 80

Kontaktadresse:

Gabi Ströhlein, Biedersteinerstraße 75, 80802 München



Die José Martí - Brigade in Cuba



Ein Besuch in Zeiten tragischer Einsamkeit...

Viele wundern sich daß Cuba nun schon 3 Jahre ohne die Unterstützung der ehemaligen sozialistischen Staaten existieren kann. Wenn mensch den hiesigen Medien glauben sollte, ist es ein Land, das täglich mehr in Hunger, Elend und Verzweiflung versinkt; beherrscht von dem 'kommunistischen Fossil' Castro. 14 Menschen aus der BRD wollten sich selber ein Bild machen von den Verhältnissen auf Cuba. Sie nutzen eine ungewöhnliche Möglichkeit die Insel kennenzulernen und gleichzeitig Solidaritätsarbeit zu machen.

Die Brigade 'José Martí' existiert seit 1973 und gibt Menschen aus aller Welt die Möglichkeit 3 Wochen in Cuba zu leben und zu arbeiten. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba übernimmt hier die Organisation.

Auch an der Brigade ist der Wandel der Zeit nicht spurlos vorübergegangen. Meldeten sich noch vor 5 Jahren dreimal so viele InteressentInnen an, als dann später mitfliegen konnten, stand dieses Jahr die Durchführung der BRD-Brigade zeitweise in Frage, weil sich zu wenige TeilnehmerInnen gemeldet hatten.

Die allgemeine politische Flaute in der Solidaritätsbewegung schlug auch hier durch. Bis Ende der 80er Jahre stellte das DKP-Spektrum die Mehrheit der Brigade. Vor 3 Jahren meldeten sich erstmals erstaunlich viele unabhängige und autonome Linke an. Die brachten natürlich andere Vorstellungen und Inhalte in den Brigadealltag ein, was nicht ohne Konflikte ablief, aber auch wichtige gegenseitige Lernprozesse förderte, was auch den cubanischen OrganisatorInnen vom Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) auffiel. Die Vorbereitung war zwar nicht so gründlich wie in den vorangegangenen Jahren; die TeilnehmerInnen allerdings waren besonders motiviert, Cuba in den schweren Zeiten beizustehen. Als der große Anstrich auf die Brigaden war, kam schon mal jemand mit, der sich vorher keine Gedan-

ken gemacht hatte und dann plötzlich merkte, daß eine Brigade kein Hotelurlaub ist. Heute überleben die Leute vorher genauer. Solidaritätsarbeit ist ja nicht mehr in Mode.

Die 'periodo especial', das häufigste Wort in Kuba seit 1992, veränderte das Brigadeleben grundlegend. Waren bis vor einem Jahr über 300 BrigadistInnen in einem Camp nahe Havanna untergebracht, so mußte wegen der Transportprobleme die Brigade dreigeteilt werden.

In dem für über 300 Personen eingerichteten Camp waren nur 60 BrigadistInnen aus der BRD, der Schweiz, Österreich, Griechenland und Kurdistan untergebracht.

Anders als den PauschaltouristInnen begegnete einem auf Schritt und Tritt die cubanische Realität. Ein Teilnehmer berichtete, daß ihm die ersten Eindrücke in Cuba einen Schock versetzt hätten, obwohl er sich vor der Abreise über die Situation auf der Insel kundig gemacht hatte. z.B. empfand er die offene Prostitution vor Touristenhotels, die allgemeine Jagd nach den Dollars als schlimmer als erwartet. Erst intensivere Kontakte mit verschiedenen CubanerInnen haben diese Erfahrungen relativiert. So werden die Probleme, die durch die Legalisierung des Dollars und die Forcierung des Tourismus entstehen, auch von

den Offiziellen ohne Schönfärberei benannt.

Die Menschen halten nicht hinter den Berg mit ihrer Zufriedenheit über die jetzige Situation. Sie erwähnen, was Cuba vor 1989 erreicht hatte, und wie der Alltag sich verändert hat. Eine Cubanerin brachte es so auf den Punkt: Die 'periodo especial' bestimmt mein Leben von morgens bis abends. Ich muß zwei Stunden früher aufstehen, denn ich muß 6 km zu Fuß zur Arbeit gehen, früher fuhr ein Bus. Nach der Arbeit muß ich mehrere Stunden vor den Läden um Brot, Öl ... anstehen. Manchmal stehe ich zwei Stunden, nur um zu erfahren, die dringend benötigte Ware ist weg. Zu Hause bestimmt die Strom- und Wassersperre das Leben und erschwert die Hausarbeit. Hier sind wiederum die Frauen besonders betroffen. Die beliebten Telenovelas - Fernsehserien, die in fast jeder cubanischen Familie begeistert konsumiert wurden - fallen wegen der Stromsperre aus.

Auch die Brigadearbeit litt unter dem Benzinmangel, weil der Sprit für den Traktor fehlte, der die gepflückten Apfelsinen zur Weiterverarbeitung in die Fabrik transportieren sollte, mußte die Arbeit unterbrochen werden, da sonst in der Regenzeit das gepflückte Obst unter den Bäumen verdorben wäre. Der cubanische Brigadeleiter bemerkte dazu, daß wir hier die cubanische Realität erleben. Ein Gutteil der für die Devisen so drin-

gend nötigen zckerernte verdarb im letzten Jahr, weil die Transportmöglichkeiten fehlten.

Angesichts dieser düsteren Realitäten stellt sich natürlich für die BrigadistInnen die Frage, was sie motiviert, ihre Urlaubszeit in einer Arbeitsbrigade zu verbringen? Welche Wirkungen hinterläßt der bedrückende Alltag bei ihnen?

Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ eine größere Gruppe von StudentInnen aus der Universität von Havanna, die ein Wochenende im Camp mit der Brigade verbrachten, dort arbeiteten, feierten, sich erholten.

Ein cubanischer Student brachte sein Verhältnis zur Revolution so auf den Punkt:



„Wenn wir beklagen,, daß wir nach 1989 einen Teil unseres Lebensstandarts verloren haben, so wissen wir, daß erst durch die Revolution dieser Lebensstandard möglich wurde. Unsere momentane Situation ist zu einem Großteil der US-Blockade geschuldet, die von Anfang an die Revolution straangulieren sollte, und zwar mit allen Mitteln. Wie sollten wir da für die USA sein?“

Oft wird Solidaritätsreisenden vorgeworfen, daß sie Revolutionstourismus betreiben. Keiner der BrigadistInnen hängt dieser romantischen Vorstellung an. Allerdings, so eine Teilnehmerin, versteht sie ihre Arbeit als bescheidene Unterstützung der cubanischen Revolution, als Revolutionstourismus

im positiven Sinne.

Niemand erachtet die eigene Arbeitsleistung bei der momentanen Situation als unwichtig. Wenn auch die cubanischen Organisatoren aus Motivationsgründen auf den wöchentlichen Produktionssitzungen die über 100%ige Planerfüllung der Brigade betonten, wissen doch alle, es ist eine symbolische Arbeit.

Ein Brigadist: „Klar haben wir auch durch die Arbeit etwas geleistet. Aber das steht für mich an dritter Stelle. An erster Stelle steht die Soldarität, dann die Dollars, die wir während unseres Aufenthalts hier ausgeben. Auch wenn ich die Probleme des Tourismus sehe weiß ich die Bedeu-

tug für Cuba.“

Am Ende der 3 Wochen bedauerte niemand, an der Brigade teilgenommen zu haben. Anders als bei früheren Brigaden verließen die TeilnehmerInnen die Insel mit mehr Optimismus, daß es Cuba doch schaffen kann, die revolutionären Errungenschaften auch unter der aktuellen Weltordnung zu erhalten.

Einige wollen nach ihrer Rückkehr diese Solidaritätsarbeit zu Cuba intensivieren; vor allem mit Aktionen gegen die Blockade, die auch von der BRD aktiv unterstützt wird. Ein Teilnehmer dazu:

Natürlich war mir schon immer bewußt, daß diese Blockade ein Verbrechen ist. Was sie aber für den Alltag der Menschen bedeu-

tet habe ich jetzt mit eigenen Augen gesehen.

Eine Teilnehmerin aus der Ex-DDR ergänzte, „als von der Bundesregierung 1990 die langfristigen Verträge zwischen der DDR und Cuba über die Lieferung von Milchpulver gebrochen wurden, ohne daß in der Öffentlichkeit größere Proteste laut wurden, hat mich das wahnsinnig wütend gemacht. Hier konnte ich nun erfahren daß die tägliche Milchration für die Schulkinder nicht mehr gewährleistet ist, die mit zu Cubas Errungenschaften zählte. Wenn du das mitkriegst und in der BRD wird das Milchpulver eingelagert, dann denkst du die Unterstützung für Cuba muß noch viel stärker werden und ich kann mit meinen Erfahrungen viel dazu beitragen.“

Ein Teilnehmer erinnerte daran, daß über die Solidaritätsarbeit hinaus langfristig Che's Worte ihre Richtigkeit behalten haben, daß die beste Solidarität die Revolution im eigenen Land ist. Bis dahin allerdings, so sein Resümee, muß alles getan werden, um Cuba zu unterstützen. Solidarität zeigt sich, wenn Freunde in Not sind.

Auch 1994 wird vom 9. bis 30. Oktober eine Brigade nach Cuba fliegen. Damit eine gründliche Vorbereitung möglich ist, sollen sich Interessierte schon jetzt informieren oder anmelden bei: Wolfgang Peter, Kuftenstr. 47, 89129 Langenau, Tel: 07345/5352 (ab 21 Uhr).

Als praktisches Zeichen der Solidarität überreicht jede Brigade Geld- und Sachspenden als Brigadegeschenk auf Cuba. 50% der gesammelten Summe erhält die 'Gesellschaft für motorisch Behinderte' in Havanna, 50% geht an den cubanischen Partner der FG und Veranstalter der Brigade 'José Martí', das ICAP.

Geldspenden bitte an: Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Stichwort: „José Martí“, Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kontonr. 307984-507.

Peter Nowak



Ein Solidaritätsflugzeug für Cuba

im August 1994

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“

Planungen für das SOLIDARITÄTSFLUGZEUG
Stand: 20.12.93

1.) Wir werden am 30. Juli von Köln aus mit einer Gruppe von 120 StudentInnen nach Havanna fliegen. Da wir eine so große Gruppe sind, wird der Flug ziemlich billig werden, wahrscheinlich 850,— bis 870,— DM.

2.) Der Großteil der Gruppe wird nach vier Wochen zurückfliegen; es ist aber auch möglich, individuell den Aufenthalt zu verlängern. Wer länger bleiben will, muß die gewünschte Aufenthaltsdauer bei der Anmeldung angeben, damit wir die Flüge passend buchen können und die entsprechenden Visa besorgen können.

3.) Normalerweise brauchen Cuba-Reisende eine TouristInnen-Karte. Wir werden allerdings ver-

suchen, als offiziell von der cubanischen StudentInnenorganisation FEU eingeladene Delegation, für alle ein Visum zu bekommen, da für die TouristInnen-Karte ein gebuchtes Hotel vorgewiesen werden muß und bei einer Verlängerung von vier Wochen tierisch viel Kohle vorgezeigt werden muß.

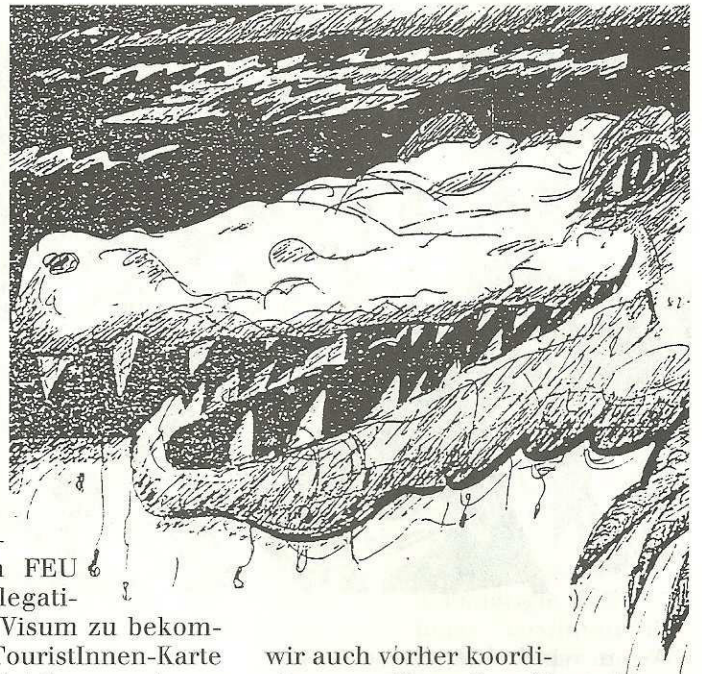
Am einfachsten wird es sein, wenn wir die Visa ein paar Wochen vor dem Flug gesammelt beantragen. Wahrscheinlich wird das eine Kleinigkeit kosten, aber nicht allzu viel. Näheres müssen wir noch mit der kubanischen Botschaft in Bonn klären.

4.) Superwichtig: Alle sollten vorher soviel wie möglich Spanisch lernen (zumindest ein bißchen), um sich auch selbst mit den Leuten unterhalten zu können, weil mensch dann viel mehr über das Land erfährt. Natürlich wird es auch Leute geben, die übersetzen können. Das müßten

wir auch vorher koordinieren: alle, die übersetzen könnten, sollten sich melden, damit sie es unter sich aufteilen könnten.

5.) Wenn die FEU damit einverstanden ist, werden wir in der ersten Woche in Havanna in den Familien von StudentInnen untergebracht. Erfahrungsgemäß ist das der beste Weg, die Alltagsrealität, die Lebensweise in einem Land kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen, um auch mal unabhängig von der organisierten Gruppe etwas zu sehen und zu erleben, die Sprache zu verbessern etc.

6.) Da die Versorgungssituation in Cuba extrem schlecht ist, wollen wir etwas zur Ernährung der Familie in dieser Woche bei-



steuern. Am billigsten wird das, wenn wir hier in der BRD zentral im Großhandel Säcke mit Reis, Bohnen, Kaffee, Mehl etc. einkaufen und 120 Pakete zusammenstellen, die dann alle mit in ihre Familien nehmen. Außerdem sollten wir auch noch Seife, Zahnpasta und Waschmittel dazupacken, da die in Cuba (zumindest für normale CubanerInnen) fast nicht mehr zu kriegen sind. Individuell können in Cuba natürlich noch frische Sachen wie Käse, Brot, Milch, Fleisch etc. in Dollar-Läden dazugekauft werden.

7.) Da es kaum noch Treibstoff in Cuba gibt, ist der Verkehr fast zusammengebrochen. Es fahren kaum noch Busse, von Privatautos kaum zu schweigen. Deshalb müssen alle, die an der Reise teilnehmen wollen, ein Fahrrad besorgen (gebraucht, vom Flohmarkt, bei Fundbüro-Versteigerungen), mit dem wir uns dann wie die CubanerInnen auch in Havanna fortbewegen. Ein dickes Schloß sollte auch dabei sein (extreme Klau-Gefahr)!

8.) Da es natürlich in Cuba noch lange noch nicht so viele Fahrräder gibt, wie gebraucht werden, wollen wir diese Räder nach der Reise dalassen. Natürlich inklusive Flickzeug. Und zwar logischerweise jeweils in der Familie, in der wir gewohnt haben.

9.) Bei alledem was wir mitschleppen wollen, ist noch nicht klar, ob der Laderaum des Flugzeugs ausreicht. Eventuell werden wir die Räder, oder einen Teil davon, schon vorher mit dem Schiff nach Cuba schicken, allerdings nur, wenn es gar nicht anders geht.

10.) Es ist natürlich unmöglich, mit einer Gruppe von 120 deutschen Studis durch Havanna zu laufen, Treffen und Diskussionen zu organisieren, etc. Deshalb werden wir die Gruppe in vier kleinere Gruppen à 30 StudentInnen aufteilen. Diese Gruppen sollten schon vorher zusammenfinden, am besten stadtweise, und Einzelpersonen schließen sich der nächstliegenden größeren Stadt an.

Die Kleingruppen sollten so bald wie möglich anfangen, sich zu treffen und sich auf die Reise vorzubereiten, d.h. sich über die

Geschichte Cubas zu informieren, über die aktuelle Situation zu diskutieren, über unsere Rolle (als Studis, als Linke, als Menschen aus dem reichen Norden); auch darüber, wie wir uns persönlich in Cuba verhalten wollen, Spanisch zu lernen usw. Wenn ihr dazu Informationen (Buchtips, Videofilme, Broschüren, Texte, etc.) braucht, meldet euch bei uns - wir schicken/vermitteln euch dann was!

Es handelt sich also nicht um eine unverbindliche Gruppenreise sondern persönliches Engagement und Auseinandersetzung sind gefordert.

11.) In Havanna wird es für diese Gruppen dann ein Programmangebot geben, d.h. Treffpunkte, zu denen alle mit ihren Rädern kommen, um dann gemeinsam zu einem Treffen mit der FEU, einem Technologiezentrum, zur Besichtigung der Universität oder des Museums der Revolution zu fahren. Es soll allerdings auch Zeit bleiben, die Stadt auf eigene Faust oder mit der StudentIn, bei der/dem sie wohnen, zu erkunden.

12.) Nach dieser Woche in Havanna fahren die vier Gruppen in Landcamps, wo sie zusammen mit cubanischen StudentInnen im Rahmen des Ernährungsplans auf dem Süßkartoffelacker, in der Bananenplantage etc. arbeiten werden: frühes Aufstehen, harte körperliche Arbeit bei großer Hitze, karges cubanisches Essen und keine Chance zu konsumieren mit Dollars, aber auch die Möglichkeit, viele Kontakte mit CubanerInnen zu knüpfen, zu diskutieren, jede Nacht zu feiern...

13.) Nach zwei Wochen Landarbeit bleibt uns dann noch eine Woche, um uns zu erholen, das caribische Meer und die weißen Sandstrände zu genießen... Wer will, kann individuell im Land herumreisen, für die anderen wird die FEU etwas organisieren, evtl. im FEU-Camp in Varadero (wunderschön!), falls das dann noch nicht Hotelneubauten zum Opfer gefallen ist. Auch das müßte bei der Anmeldung angegeben werden, damit die FEU weiß, für wieviele Leute sie planen muß. Vielleicht werden wir es so organisieren, daß wir Zelte mitnehmen, damit wir

nicht cubanischen StudentInnen den Platz klauen, und die dann später der FEU zur Verfügung stellen.

14.) In den Monaten vor der Reise sollten die Gruppen in ihren Städten alles sammeln, woran es cubainschen StudentInnen mangelt: Stifte, Papier, Hefte, Taschenrechner (Solar), Sachen für StudentInnenwohnheime wie Betlaken, Handtücher, Seife, Putzzeug etc. Vor allem aber soll Informationsarbeit geleistet werden, Cuba-Vranstaltungen, Feten, Info-Stände. Vielleicht machen wir in den Tagen vor dem Abflug größere Aktionen, z.B. eine Karawane, die von einer Stadt in die nächste zieht, aus der Leute mitfliegen und sie mit den gesammelten Materialien abholt. Wir würden auch gerne in Köln direkt vor dem Abflug eine Demonstration machen (wie die erste Nicaragua-Brigade).

15.) Damit die Brigade keine einseitige Angelegenheit wird, denken wir, daß alle TeilnehmerInnen ungefähr 200,-DM mehr zahlen sollten. Mit diesem Geld wollen wir es ermöglichen, daß eine Gruppe von cubanischen StudentInnen (ca. 20 Leute) für ca. zwei Wochen nach Deutschland kommt, damit der Austausch auch beiderseitig ist, um kennenzulernen, wie wir hier leben im „real existierenden Kapitalismus“. Wir hoffen, daß das angesichts der ziemlich niedrigen Flugkosten kein allzu großes Problem darstellt.

Noch ist es nicht klar, wann und in welchen Städten dieser Gegenbesuch stattfinden wird. Auch darüber müssen wir im Vorfeld und während der Brigade noch diskutieren.

16.) Macht euch auch schon mal einen Kopf, wie ihr euch (wie ihr woht, arbeitet, studiert, etc.) in Cuba darstellen könntet: wie wär's z.B., Photos mitzubringen, Pantomime oder ein kleines Theaterstück zu probieren, das dann im Camp vorgeführt werden könnte?

Kontakt: FH-ASTA 0211/451206

Projektbeschreibung der Kampagne: „Busse für Cuba“

Wir möchten Euch das Solidaritätsprojekt »Busse für Cuba« zur Unterstützung des Transportwesens näher vorstellen.

Wie Ihr alle wißt, hat Cuba durch die Blockade der USA und nach dem Wegfall seiner Handelspartner in der Sowjetunion und Osteuropa massive ökonomische Probleme. Diese werden durch die europäischen Länder die ganz oder teilweise die Blockade unterstützen weiter verschärft. Insbesondere die BRD verweigert Cuba die übliche wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit und mißachtet, gegen geltendes internationales Recht und gegen die Vereinbarungen des Einigungsvertrags, die bestehenden Handelsverträge der ehemaligen DDR mit Cuba.

Einer der Bereiche, in dem das cubanische Volk die Lieferungsengpässe am deutlich-

sten spürt, ist der Personentransport. Der Busverkehr ist mittlerweile auf knapp ein 1/4 des Verkehrs von 1980 gesunken.

Man kann sich leicht vorstellen was das im Alltag bedeutet. Die Mehrheit der Cubanerinnen und Cubaner in den großen Städten ist auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Sie verbringen täglich viele Stunden mit Warten auf überfüllte Busse und wissen nicht wann sie z.B. am Feierabend zu Hause sein werden. Das führt natürlich zu Gereiztheit, Aggression und Rempelen beim Ergattern eines Platzes. Diese Situation ist nicht nur sehr belastend sie führt auch zu täglichen Verkehrsopfern. Jeden Tag sterben vor allem Jugendliche, die sich z.B. außen an den Bussen nicht richtig festhalten konnten.

Deswegen soll gezielt für eine Region dieses Transportproblem im Nahverkehr angegangen werden. Santiago de Cuba braucht 100 bis 120 Busse, um den Personennahverkehr wieder auf einen ausreichenden Stand zu erweitern.

Am Kraftstoff soll es nicht liegen. Das Verkehrsministerium hat ein besonderes Kontingent an Diesel für den Personennahverkehr zur Verfügung gestellt. Das Problem sind die fehlenden Ersatzteile und der hohe Verschleiß bei den Trans-

portmitteln durch das Alter und die ständige Überbelastung.

Eine einmalige und auch nur vorübergehende Gelegenheit bietet sich jetzt in Deutschland an. Die Busbetriebe der ehemaligen DDR müssen ihre alten Busse Marke Ikarus entsorgen, denn im Zuge des „Aufbauprogramms Ost“ werden in Zukunft Mercedes und MAN Busse die Linien fahren.

Die Ikarus-Busse sind nach cubanischer Ansicht in technisch einwandfreiem Zustand. Sie waren im Alltagsbetrieb nicht hoch belastet und sind durch die TÜV Vorschriften verkehrstauglich gehalten worden.

Da die Busbetriebe die Busse rasch abstoßen müssen, läßt sich ein günstiger Preis aushandeln.

Wie läuft der Transport nach Cuba?

Cuba hat ein Linienschiff nach Bremerhafen eingerichtet. Es läuft alle 45 Tage ein und nimmt die Waren, die für Cuba bestimmt sind mit. Lagerprobleme gibt es keine, da der Hafen dem Vertreter des cubanischen Transportministeriums 30 Tage Lagerfreiheit zugesichert hat. Wir müssen also die Busse nur bis dorthin

überführen. Rote Kennzeichen und Führerschein Klasse II genügen. Noch gibt es Ikarusse im Angebot. Aber Privatunternehmer aus Osteuropa, russische Offiziere die einen Umzugswagen brauchen und Einzelpersonen aus dem Osten, die die Busse als Wohnungen nutzen wollen oder müssen sind eine harte Konkurrenz.

Alle, die die Lebenssituation der Menschen in Kuba erleichtern wollen, sind hier gefragt. Handeln wir schnell und bringen wir das benötigte Geld auf. Gefragt sind auch alle, die durch ihre berufliche oder private Kontakte bei der Suche und dem Ankauf nach geeigneter Busse helfen können.

Erste Unterstützer des Solidaritätsprojekts sind u.a. der DGB Heidelberg, DGB Mannheim, DGB Karlsruhe, VVN Regionalverband Baden-Württemberg.

Für weitere Fragen steht die Koordinationsstelle des cubanischen Verkehrsministeriums in Berlin zu Verfügung.

Kontakte:

Republica de Cuba,
Ministerio de Transporte
Dipl. Ing José L. Ameneiro
c/o Cubana Fluggesellschaft
Frankfurter Tor 8a
10 245 Berlin
Tel.: 030 / 48 273 72
Fax: 030 / 58 917 41
o. 030 / 48 250 22

Cuba - Solidarität Heidelberg
c/o Joachim Guilliard
Mannheimerstr.15
69115 Heidelberg
Tel.: 06221 / 16 8901

Spenden:

Nicaragua Forum e.V.
BLZ.: 672 500 20
Kontonnr.: 151 7732
Verwendungszweck:
- Transportwesen Cuba -

Die Spenden sind steuerlich absetzbar, auf Wunsch wird eine Spendenbescheinigung zugesandt

Cuba-Initiative Heidelberg

Wir haben mit unseren Bemühungen bei der Aktion „Ein Bus für Cuba“ einen beachtlichen Erfolg gehabt. Auf Anfrage unserer cubanischen Freunde wollen wir eine weitere Aktion starten die die cubanische Eisenbahn betrifft. Hier werden dringend benötigt:

1. Vierachsige gedeckte Güterwagen der GSNR 1992 Bauarten: GGhrs-z 15, Gagmrs 15.02, Gags-v 1992

2. Vierachsige Kesselwagen der GSNR 7850

Typenauswahl gemäß der zukünftigen Bestimmung - Melasstransport - (Typ 0, I, IIc und weitere, die entsprechend hergerichtet und gereinigt werden können). Bauarten: Uahs-w 50.03, zas-w 7850

3. Dieseltriebfahrzeuge vorrangig für den Güterzuginsatz

Baureihen: (DR) 120.0 bis 120.3 ab 1992 BR 220 (hauptsächlich bei der „FC“ eingesetzt), 130 bis 132, sowie hierzu alle Ersatzteile.

4. Lokomotiven der BR

346.2-9, hier besonders die die mit Sonderkupplungen (SA-53) ausgerüsteten BR 346, 578 und 625 des BW Wustermark.

5. Lokomotiven der BR 347 (regelspurig umrüstbar) mit SA-5 Kupplungen aus dem Fahrhafen Mukran.

6. SA-5 Kupplungen mit dazugehörigen Federapparaten, Einbau- und Zubehörteilen. 7. EDK bis BR 1.000 und Zubehör zur Havariebehebung.

Darüberhinaus besteht Interesse an funktionsfähigen ausgemusterten Telefonalagen (auch R-F-T Bauarten). Bei unserer Aktion handelt es sich

um eine Initiative zur Unterstützung der cubanischen Eisenbahn, die nur begrenzt über herkömmlich kommerzielle Wege beschritten werden kann. Sie ist eher einzuordnen als Entwicklungshilfeprojekt und setzt somit auch ein wenig persönliches Engagement voraus.

Anlaufadressen:

Bernhard Hoffmann
Uhlandstr. 22
69214 Eppelheim

Eberhard Günther
Hirtenaue 19,
69118 Heidelberg

1937 in Argentinien als Tochter der exilierten deutschen antifaschistischen Familie Nadja und Erich Bunke geboren und mit dem Namen Tamara bedacht. Der Tradition ihrer Familie und eigenen Erkenntnissen folgend, entwickelte sie sich zur revolutionären Internationalistin, lebte von 1952 bis 1960 in der Deutschen Demokratischen Republik und ab 1961 in Cuba und Bolivien.

„Sie gehörte zu den seltenen Menschen, bei denen Taten und Worte übereinstimmen“

(Nadja Bunke, eine Freundin von Tamara zitierend, in cl Nr. 3/92).

Am 31. August 1967 wurde sie, wenige Wochen vor ihrem Kampfgefährten Che, von den CIA-trainierten Killern der bolivianischen Junta aus dem Hinterhalt ermordet.

„Fidel erinnerte jetzt an die lebendige Tradition von José Martí - dazu gehört auch die Selbstbestimmung Cubas, besonders gegen die nordamerikanische Beherrschung, das Ende aller Formen des Rassismus, die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, daß jeder genug zu essen bekommt und es keine Armut mehr gibt. Das waren die Ziele Martí's vor 100 Jahren, und auch die von Fidel, Che und Tamara. Und das sind auch die Ziele des Sozialismus.“

(Nadja Bunke in cl 3/92)

Die cubanische Revolution ehrt TANIA - LA GUERILLERA u.a. durch die Herausgabe einer Gedenkmünze:



Beim Europatreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen im Dezember 1993 in Havanna haben wir Kontakt mit der cubanischen Prägestalt aufgenommen, um speziell diese Münze in der Bundesrepublik zu vertreiben.

Wir möchten mit dieser Aktion sowohl das Andenken Tanias ehren als auch die Erinnerung an ihr Leben und ihren Kampf wiederbeleben und grüßen mit dieser Aktion ihre Eltern Nadja und Erich in Berlin.

Die Münzen TANIA - LA GUERRILLERA gibt es ab sofort zum Solidaritätspreis von DM 10,- (zzgl. Porto) bei der Geschäftsstelle der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Theodor-Heuss-Ring 26, 50668 Köln, Tel.: 0221 - 13.18.36, Fax: 0228 - 12.32.38.

Unvergessen: Tania - La Guerrillera

G 7911 F

Adressenaufkleber

FG BRD-KUBA e.V. G 7911 F
Theodor-Heuss-Ring 26, 50668 Köln

5566 10961 1
Forschungs- und Dok.-Zent. Chi1
Mehringhof-Gneisenaustr. 2

10961 Berlin

a e.V.

